

ent-
nommen

NEUE ZEIT



WIR WERDEN VON UNSEREM FRIEDENSKURS NICHT ABGEHEN!

Michail GORBATSCHOW während der Fernsehansprache am 14. Oktober 1986

ISLAND

Im Jahre 874 entdeckte der norwegische Heerführer Ingolfur Arnarson eine unbekannte Insel. Er betrat das Eiland, stieg auf einen Hügel und erblickte eine Bucht, eingeschlossen von Eisschollen. „Eisland!“ rief Ingolfur aus. „Island!“

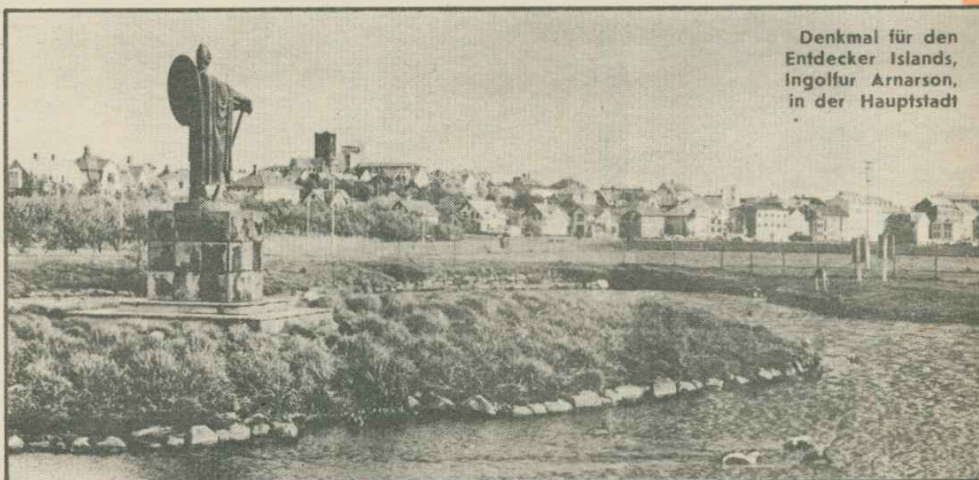
Island ist die zweitgrößte Insel Europas an der Nahtstelle von Atlantik und Nördlichem Eismeer. Ein Land nicht nur des Eises, sondern auch des Feuers. Hier gibt es über 100 Vulkane, darunter 28 aktive, und unzählige heiße Quellen, die sogar aus dem Eis brodeln. Der größte Vulkan, Hekla, war bereits im Mittelalter bekannt. Die katholische Kirche siedelte dort allen Ernstes die Hölle an... Der „Große Geysir“ im Haukadalur-Tal gab den Geysiren der ganzen Welt ihren Namen. Im Norden der Insel befindet sich der größte Wasserfall Europas, der Dettifoss, und im Süden der Gullfoss, der faszinierende Goldene Wasserfall.

Bereits im Jahre 930

schufen Siedler aus Norwegen, Schottland, Irland und von den Färöern das erste Parlament Europas — den Althing. Doch bald schon wurde die Republik von den norwegischen Eroberern beseitigt. 1380 wurde die Insel Teil des Königreiches Dänemark. Seine volle Unabhängigkeit erlangte Island 1944.

Am 11. und 12. Oktober fand in der Hauptstadt Islands, in Reykjavik, das sowjetisch-amerikanische Gipfeltreffen statt.

Seydisfjörður, ein Hafen an der Ostküste



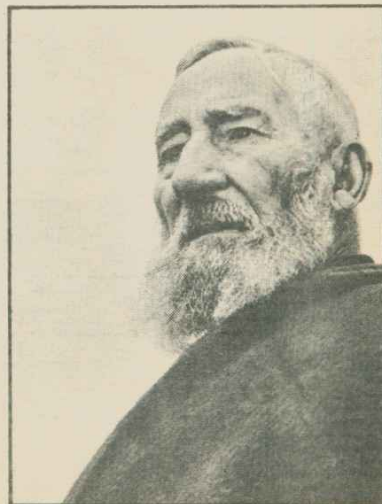
Denkmal für den Entdecker Islands, Ingolfur Arnarson, in der Hauptstadt



Der Hafen von Siglufjörður



Das Geysirtal im Namaskardi



Isländischer Seemann

Aus der Fernsehansprache Michail Gorbatschows

vom 14. Oktober

Wir strebten danach, beim Treffen in Reykjavik die Hauptfragen der Weltpolitik — Einstellung des Wettrüstens, nukleare Abrüstung — in den Brennpunkt zu rücken. So kam es auch eigentlich.

Auf den Verhandlungstisch wurde ein ganzes Paket umfassender Vorschläge gelegt, die, wenn angenommen, eine neue Epoche im Leben der Menschheit, die kernwaffenfreie Epoche, einleiten würden. Das macht das Wesen jenes kardinalen Umbruchs in der Weltsituation aus, dessen Möglichkeit offensichtlich und real war.

● Bei strategischen Waffen

Binnen fünf Jahren die ganze Triade der strategischen Offensivwaffen — die strategischen landgestützten, die strategischen bordgestützten Raketen und die strategischen Bomber — auf 50 Prozent zu reduzieren und binnen 10 Jahren diese tödlichen Waffen völlig zu liquidieren. Die sowjetische Seite machte ernsthafte Zugeständnisse: Sie gab die Forderung auf, die Mittelstreckenraketen sowie die Vorward-Based-Systems zu den strategischen Waffen zu rechnen.

● Bei Mittelstreckenraketen

Die amerikanischen und sowjetischen Mittelstreckenraketen in Europa völlig zu vernichten, das nukleare Potential Großbritanniens und Frankreichs dagegen auszuklammern. Unter der Bedingung, daß die USA und die UdSSR die Mittelstreckenraketen in Europa völlig vernichten, wäre die Sowjetunion bereit, sich auf 100 Gefechtsköpfe an ihren Mittelstreckenraketen im Ostteil der UdSSR zu beschränken, während die Vereinigten Staaten ebenso viele solche Raketen auf ihrem Territorium behalten könnten.

Bei den Raketen mit einer Reichweite von weniger als 1000 km wurde vorgeschlagen, sie einzufrieren und über ihr weiteres Schicksal zu verhandeln.

● Bei Raketenabwehr und Verbot von Nuklear-tests

Den unbefristeten ABM-Vertrag beizubehalten und zu festigen sowie sich gegenseitig zu verpflichten, daß in den nächsten 10 Jahren das Recht, aus dem Vertrag auszutreten, nicht wahrgenommen wird. In dieser Periode alle Forderungen des Vertrages strikt zu befolgen sowie die Entwicklung und Erprobung von Teilen der kosmischen Raketenabwehr im Weltraum zu verbieten. Zu erlauben wären nur Forschungen und Versuche im Laborrahmen.

Die sowjetische Seite schlug vor, sofort nach dem Treffen in Reykjavik allumfassende Verhandlungen aufzunehmen, um ein Abkommen über das vollständige und endgültige Verbot von Nuklearexplosionen auszuarbeiten. Bei der Vorbereitung eines solchen Abkommens könnte man — auch hier zeigten wir Flexibilität und bezogen eine konstruktive Position — gleichzei-

tig auch Teilprobleme, etwa im Hinblick auf Nuklearexplosionen, lösen.

● Die Position der UdSSR zur Kontrolle

Wenn beide Länder den Weg der nuklearen Abrüstung einschlagen, wird die Sowjetunion ihre Position in bezug auf die Kontrolle erhärten. Die Kontrolle muß real, allumfassend, überzeugend sein. Sie muß die Sicherheit geben, daß das Abkommen zuverlässig eingehalten wird, und das Recht der Inspektion an Ort und Stelle beinhalten.

● Michail Gorbatschow sagte:

„Bei den strategischen Offensivwaffen und bei Mittelstreckenraketen ergab sich die Möglichkeit, mit der Ausarbeitung von Vereinbarungen zu beginnen.“

Der ABM-Vertrag gewann in dieser Situation zentrale Bedeutung. Seine Rolle wurde noch wichtiger.

Zehn Jahre Nichtwahrnehmung des Rechtes auf den Austritt aus dem ABM-Vertrag sind notwendig, damit die Gewißheit besteht, daß wir bei der Lösung des Problems der Rüstungsreduzierung die Sicherheit jeder Seite gewährleisten. Überdies auch die Sicherheit in der ganzen Welt.

Doch waren die Amerikaner offensichtlich auf anderes eingestellt. Wir sahen, daß es die USA faktisch darauf anlegten, den ABM-Vertrag zu schwächen, zu revidieren, um ein breitangelegtes kosmisches Raketenabwehrsystem zu ihren eigenen egoistischen Zwecken zu entwickeln. Dies zu akzeptieren, wäre einfach verantwortungslos von mir gewesen.

Wir haben den Eindruck, daß vor allem die SDI der Haken ist... SDI wäre gleichbedeutend mit der Ausdehnung der Waffen auf ein neues Milieu, und das würde die strategische Situation destabilisieren, sie noch schlimmer machen, als sie heute ohnehin ist.

Nach Reykjavik stand die berüchtigte SDI vor aller Augen noch klarer als Symbol der Verhinderungstaktiken gegen die Sache des Friedens, als konzentrierter Ausdruck militaristischer Pläne und der Weigerung, die nukleare Gefahr, die auf der Menschheit lastet, zu bannen. Anders kann man SDI gar nicht auffassen. Das ist eine überaus wichtige Lehre aus dem Treffen in Reykjavik.

Das eben abgeschlossene Treffen ist ein großes Ereignis. Eine Umwertung ist zustande gekommen. Eine qualitativ neue Situation ist entstanden... Das Treffen ... hat einen möglichen Schritt vorwärts, zu einer realen Wendung zum Besseren vorbereitet, wenn die USA endlich auf realistische Positionen übergehen und bei ihren Urteilen auf Schimären verzichten.

Dieses Treffen überzeugt uns von der Richtigkeit des gewählten Kurses, von der Notwendigkeit und dem konstruktiven Charakter des neuen politischen Denkens im nuklearen Zeitalter.“

NEUE ZEIT

MOSKAUER HEFTE
FÜR POLITIK

HOBOE
ВРЕМЯ

TEMPS
NOUVEAUX

NOWE
CZASY

TIEMPOS
NUEVOS

NEW
TIMES

nová
doba

TEMPI
NUOVI

TEMPOS
NOVOS

42

OKTOBER
1986

Gründungsjahr 1943

6
Das Echo von Reykjavik

11
Auf dem Weltkongreß
in Kopenhagen

13
Indonesien. Terror und
kein Ende

14
Zum Koreaproblem

15
Finanzdebatte in Rom

18
UdSSR--Japan.
Ein Weg von 30 Jahren

20
Der Schuß in Delhi

22
Die Heuschreckenplage

26
Stukenbrock —
Stätte des Gedenkens

28
Oman: Der fernste
Nahe Osten

31
Kasparow bleibt
Weltmeister

Panorama (8), Interview
(10), Post, Echo (16),
Biographisches (18), Perso-
nalien (25), Diskussion mit
dem Leser (30).

UMSCHLAG: TASS-Foto



ZEIT

ZU HANDELN

Bericht vom Weltkongreß in
Kopenhagen.

S. 11

REALISMUS

IN DER POLITIK

Interview Hun Sens, Vorsit-
zender des Ministerates und
Außenminister der VR Kam-
puchea.

S. 10



WER SCHOSS AUF RAJIV GANDHI?

Ein Fanatiker oder ein Ver-
schwörer? Über den Verlauf
der Untersuchung und die
ersten Versionen lesen Sie auf
S. 20



HINRICHTUNGEN

in Indonesien: Kommunisten
werden weiterhin getötet.

S. 13

DIE HEUSCHRECKEN- PLAGE

Gefährlicher Einfall von
Heuschrecken in Afrika.

S. 22



DER WELTMEISTER

behauptete seinen Titel.

S. 31

STUKENBROCK — STÄTTE DER ERINNERUNG

eine letzte Ruhestätte
65 000 sowjetische Kriegs-
fange.

S.



Chefredakteur: V. IGNATENKO

Redaktionskollegium: L. BESYMENSKI, S. GOLJAKOW, J. GUDKOV
[Verantw. Sekretär], A. LEBEDEV, A. PIN, B. PISTCHIK (Stellv. Chefredakteur
A. PUMPIANSKI [Stellv. Chefredakteur], V. TSCHERNJAWSKI [Stellv. Chefredakteur], V. ZOPP

Gestaltung: A. GARANIN

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

"NEUE ZEIT"

ZWEI TAGE IN „HÖFTI“

Von unserem Sonderkorrespondenten Alexander PUMPIANSKI

„Wir versäumen eine historische Chance“, sagte Michail Gorbatschow zu Ronald Reagan bei der eigentlich nicht vorgesehenen vierten Konferenz, die fast vier Stunden dauerte. Der Präsident reagierte darauf nicht. Das Treffen, das nahe daran war, ein Erfolg, ein großer Durchbruch zur nuklearen Abrüstung zu sein, endete in enttäuschender Ungeklärtheit. Alles ist noch möglich, aber nicht mehr heute, nicht hier in Reykjavik, und das hängt auch davon ab, was die Amerikaner aus den neuen Erfahrungen lernen.

Abkommen in greifbarer Nähe

„... trotz bedeutender Zugeständnisse von unserer Seite konnten wir keine Übereinkünfte erzielen. Leider kamen die Amerikaner mit leeren Händen zu diesem Treffen. Mit jenem eingemotteten Gepäck, an dem bereits die Gefähr Verhandlungen zu erstickern drohen. Wir haben während des Treffens gespürt, daß das neue Denken fehlt. Wieder ist das Gespenst der Jagd nach militärischer Überlegenheit aufgetaucht.“ Das ist das Urteil des Generalsekretärs des ZK der KPdSU darüber, was beim zweitägigen sowjetisch-amerikanischen Gipfeltreffen geschah.

Auf einer Pressekonferenz gleich nach den Verhandlungen sprach Michail Gorbatschow davon mit verhaltener Leidenschaftlichkeit, voller Überzeugung, daß die von ihm vertretene Position richtig ist und daß für einen Erfolg sowjetischerseits alles getan worden war. Leider waren die Verhandlungspartner absolut nicht auf der Höhe der Situation. Zugleich war klar: Die Brücken sind nicht verbrannt, Pessimismus ist nicht angebracht. Trotz allem zeigte das Treffen, daß Vereinbarungen möglich sind. Um so notwendiger sind angespannte Arbeit und aktives Handeln aller Kräfte der Vernunft.

In den zwei Tagen des Treffens wurden prinzipielle Lösungen für die Reduzierung und Liquidierung der strategischen Waffen gefunden, desgleichen für die Mittelstreckenraketen; die Seiten waren drauf und dran, eine Formel für umfassende Verhandlungen über das Problem des nuklearen Teststopps auszuarbeiten, und all das dank den radikalen Vorschlägen der UdSSR, die dem Westen weit entgegenkam. Aber im letzten Moment vereitelten die Amerikaner eine Vereinbarung, weil sie für das Star-War-Programm schwärmen und nicht zulassen wollen, daß diese „heilige Kuh“

der amerikanischen Politik auch nur berührt wird.

Wie unerträglich lange zog sich die Zeit in Erwartung der Pressekonferenz hin! Aber immer wieder wurde sie aufgeschoben. Die Bildschirme der Fernsehgeräte zeigten nur die nichtssagende verschlossene Doppeltür, hinter welcher der politische Dialog stattfand. An diesen zwei Tagen Treffen, von dem wir, 2000 Journalisten aus aller Herren Länder, nur wußten, daß es eben stattfindet und durch und durch vertraulich ist, schien die Zeit stillzustehen. Und dann wirbelte alles plötzlich auf und — war vorbei.

Nein, so darf Reykjavik nicht verabschiedet werden. Wir waren Zeugen eines großen widersprüchlichen Ereignisses, das seine Spur in der Geschichte hinterlassen wird. Ich will versuchen, seine Atmosphäre und Logik zu rekonstruieren.

Reykjavik. Wenige Tage davor

Die ganze Stadt mit ihren 100 000 Einwohnern steht im Zeichen des Treffens: Werbeprospekte mit den Bildnissen der beiden Spitzenpolitiker, Bekanntmachungen in Englisch und Russisch, zügiger Verkauf von Schals aus isländischer Wolle in den Farben der sowjetischen und der amerikanischen Flagge. Die weitaus meisten Taxis sind für das Treffen vorbehalten, die Einwohner durch die Presse aufgefordert, an diesen Tagen nicht außer Haus zu essen, sondern die Restaurants den zahlreichen Gästen (etwa 4000) zu überlassen.

Ein weiteres Beispiel des nötigen Verzichtes auf das Übliche. Seit 20 Jahren ist es in Island so, daß das Fernsehen donnerstags ruht: Die Menschen sollen eine Pause einlegen und ihre Zeit nützlicher — für die Familie, für Bücher oder Schachspielen — verwenden. (Vor einigen Jahren dauerte eine solche Pause den ganzen Juli.) Zudem sind die Isländer über die Vorherrschaft ausländischer Filme besorgt, die der nationalen Eigenständigkeit Abbruch tun. Doch an diesem Donnerstag, am 9. Oktober, leuchteten die Bildschirme auf, damit die Isländer sehen konnten, wie die Maschine des US-Präsidenten bei Wind und Regen auf dem Stützpunkt von Keflavik landete und der Besuch, fröstelnd in seinem hellen, eine Idee zu weiten und bis oben zugeknöpften Überzieher, mit der üblichen Leichtigkeit, die ihm übrigens immer schwerer fällt, die Gangway hinunterlief, rasch die Formalitäten absol-

vierte und, ohne eine Erklärung abzugeben, in eine schwarze Limousine stieg.

Am Tag darauf traf Michail Gorbatschow in der isländischen Hauptstadt ein. Seine kurze Ansprache auf dem Flughafen war eine wohlgemeinte und energische Aufforderung zu ernstem Handeln.

Und noch ein Detail zum Fernsehen, zu diesem wahren allgegenwärtigen Aggressor unserer Tage. Als ich mal Zeit hatte, sah ich mich vor der Hallgrímskirche, die wie eine gigantische Orgel dem Himmel zustrebte. Die Tür war verschlossen. Ich klopfte einen Mann heraus, der war aber kein Kirchendiener, ja nicht einmal Isländer, vielmehr ein Techniker des norwegischen Fernsehens. Ende dieses Monats wird die Kirche nach 43 Jahren Bauarbeiten, die das ganze Volk ausführt, so Gott will, eröffnet werden, vorläufig aber wurden dort gleich drei Crews — die vom norwegischen, die vom isländischen Fernsehen und die von der BBC — einquartiert. Ganz oben, im Glockenturm, staken Relaisvorrichtungen.

Aus 75 m Höhe bot sich ein Panorama von Himmel und Meer dar, beides ist bis auf ein paar Nuancen stahlgrau. Einen hübschen Kontrast dazu bilden die bunten Dächer und Mauern der alten und nicht sehr hohen Häuser. Und eine Ruhe ist hier...

Als erstes fiel mir das 8geschössige weißblaue Hotel, in dem wir abgestiegen waren und das auch das sowjetische Pressezentrum beherbergte, auf. Selbstverständlich hieß das Hotel „Saga“. Die Amerikaner entschieden sich für den dicht am Flugplatz für Inlandsrouten gelegenen „Löfleiðir“.

Zwei Schiffe an der Reede: die „Baltika“ und die „Georg Ots“, auf diesem letzteren Michail Gorbatschows Sitz. Präsident Reagan kam beim US-Botschafter in der Laufasvegur unter.

Das Regierungshaus ist von oben nicht leicht auszumachen. Dieses zweigeschössige bescheidene Gebäude mit einem Dachgeschoß sieht absolut nicht offiziell aus. Darin arbeiten der Premierminister und die Präsidentin. Jedermann darf ohne jegliche Formalitäten hineingehen.

Auch die Villa „Höfti“ ist nicht aus der Vogelschau auszumachen. Gerade sie bildet aber den Fokus dieser Tage, denn dort treffen sich die beiden Politiker. Ein weißes Holzhaus mit einem Dachgeschoß und einem Ziegeldach, das an den eckigen Hut, den die jungen Mädchen im Altertum in Nordeuropa trugen, denken läßt. Das Haus wurde Anfang unseres Jahrhunderts gebaut und von einem seiner ersten Besitzer auf „Höfti“

getauft. Seitdem wechselte es seine Besitzer mehrmals, kam herunter, wurde wieder renoviert. Von den Berühmtheiten stiegen in diesem Haus Marlene Dietrich und Winston Churchill ab. Das Gerücht geht um, daß es im Hause spuke, und das ist ein untrügliches Zeichen für seine Ehrwürdigkeit. (In Island mag man Gespenster, beinahe glaubt man daran. Beispielsweise wird erzählt, daß die isländische Sprache ganze 14 Wörter hat, um ein Gespenst in allen möglichen Situationen zu bezeichnen.) Jetzt gehört das Haus mit den Fenstern zum Meer und Eingangsstufen zu grünem Rasen dem Rathaus. An diesen zwei Oktobertagen erlebte die Villa ihre Sternstunde. War es ihr beschieden, die Schritte der Geschichte zu hören?

Die Antwort auf diese Frage sollten wir erst später erfahren. Vorläufig aber hörte man am häufigsten die Frage:

Warum Island?

Michail Gorbatschow schlug in seinem Schreiben an Ronald Reagan England oder Island vor. Die Amerikaner lehnten England ab. Trotzdem: Warum Island? Geographisch gesehen liegt es auf halbem Wege zwischen Moskau und Washington. Der etwas abgeschiedene Charakter der Gegend betonte, daß es sich um ein Arbeitsstreffen handelte. Die US-Presse lobte überdies die Leichtigkeit für den Sicherheitsdienst: patriarchalische Sitten, der Terrorismus mache noch einen weiten Bogen um das Land, die insulare Lage erleichtere die Einreisekontrolle.

Die Politik hatte ebenfalls keine Einwände gegen diese Wahl. Island ist ein NATO-Verbündeter der USA, doch unterhält es auch mit der Sowjetunion traditionsgemäß gute Beziehungen. Aktiver Handel (isländische Fische im Austausch gegen sowjetische Erdölprodukte und PKWs), gegenseitige Sympathien in der Kultur, darauf beruhend, daß beide Länder das kostbare Erbe der Vergangenheit pietätvoll aufbewahren und die heutigen Errungenschaften von Literatur, Theater und Malerei liebevoll pflegen. Und selbstverständlich ein sehr guter moralisch-historischer Hintergrund für das Treffen.

In gewisser Hinsicht hat Island einmalige Erfahrungen. Seit 1000 Jahren hat es keinen Krieg geführt. Die Chroniken berichten über die größte Schlacht, die am 21. August 1238 geschah. Die Zahl der Opfer betrug 56. Einer der ruhmreichen Söhne Islands schrieb nicht ohne Stolz: "Wir haben keinen einzigen Nationalhelden in Kampftrüstung, dafür haben wir viele Helden mit der Feder in der Hand... Wir verteidigten uns und siegten mit der Feder als Waffe." Auf der Insel befindet sich ein großer US-Luftstützpunkt. Dafür hat das Land keine eigene Armee, und die Amerikaner vom Stützpunkt geben sich Mühe,

den Isländern mit der Uniform nicht mißliebig aufzufallen.

Aber wohl die interessanteste Meinung hörte ich von Präsidentin Vigdis Finnbogadóttir. In einem Interview für die "Neue Zeit" sagte sie: "Wissen Sie, in geologischer Hinsicht ist Island sehr eigenartig. Wir liegen am äußersten Rande eines Bruchs in der Erdkruste, der durch den Atlantik führt und gleichsam die Grenze zwischen West und Ost bildet, wovon die ununterbrochene vulkanische Tätigkeit zeugt." Die Präsidentin sieht ein schönes Symbol darin: Ihr Land als Verbindungsglied zwischen zwei Kontinenten.

Interview für die "NZ"

"... Wir sind ein friedliches Land. Vielleicht wird unsere Lebensweise der Diskussion der beiden Spitzenpolitiker ihren Stempel aufdrücken", sagt Frau Finnbogadóttir.

Die Isländer nennen sie einfach Präsidentin Vigdis. Vor dem sowjetisch-amerikanischen Gipfel unterhalten wir uns in ihrem eleganten Arbeitszimmer, dessen Wände mit Gemälden isländischer Maler geschmückt sind: blendendweiße Gletscher, die größten in Europa, darunter sprudeln heiße Quellen hervor... Phantastische Lavalandschaften (als sich die amerikanischen Astronauten auf die Landung auf dem Mond vorbereiteten, trainierten sie hier). Islands Natur ist eine unerschöpfliche Energiequelle für Künstler aller Richtungen.

Die Nachricht vom Gipfeltreffen wurde am 30. September in Moskau, Washington und Reykjavik um 14.00 Uhr Greenwicher Zeit bekanntgegeben. Aber die Regierung Islands wurde schon im voraus benachrichtigt. Ich frage Frau Finnbogadóttir, wie das gewesen sei. Auf dem üblichen diplomatischen Wege, antwortet die Präsidentin.

"Der Botschafter der UdSSR und dann auch der Botschafter der USA waren beim Premierminister. Sofort informierte er mich als Staatschef." Die erste Reaktion?

"Island ist ein gastliches Land, und in diesem Sinne hat es viel mit der UdSSR gemein. Bereitwillig übernehmen wir die Rolle des Gastgebers dieses sehr wichtigen Treffens, weil wir auf positive Ergebnisse hoffen. Aber darauf hoffe ich ganz und gar nicht", sagt Frau Finnbogadóttir.

"Wir alle auf der Erde möchten etwas Positives, Sicheres vor uns sehen", setzt sie fort. "Wir möchten, daß unsere Kinder zuversichtlich in die Zukunft blicken könnten, frei von jeder Verzweiflung. Die Kinder dürfen nicht in der Angst vor der Katastrophe aufwachsen."

Die Präsidentin, eine attraktive jugendlich wirkende Dame, spricht fließend französisch und englisch, studierte an der Sorbonne. Im Frühjahr 1973 verbrachte sie in ihrer Eigenschaft als Theaterintendantin mehrere — wie sie

sagt, wunderbare — Tage in Moskau. Sie schätzt die sowjetische Kunst und erzählt, daß sie jedesmal, wenn sowjetische Künstler in Reykjavik ein Gastspiel geben, sie zu sich nach Hause einladet.

Bei unserer Unterhaltung erinnern wir uns daran, daß der deutsche Historiker des 11. Jahrhunderts Adam von Bremen über die Isländer schrieb, sie hätten keinen anderen König als das Gesetz. Ich frage die Präsidentin, ob sie glaube, daß Abkommen im Bereich der Rüstungskontrolle zu einer größeren Ordnung in den Angelegenheiten der Welt verhelfen.

"Selbstverständlich brauchen wir solche Abkommen. Die Gesellschaft kann ohne Gesetz und Ordnung nicht bestehen."

Ich spreche über die Ursache der Frage. Wir sind Zeugen einer Art Nihilismus im Hinblick auf das Völkerrecht. Viel zu oft hören wir, daß Verträge nur ein Stück Papier seien, daß das Fundament der Politik nicht Verträge, sondern Stärke sei.

"Wenn wir nicht von der Notwendigkeit ausgehen, Verträge einzuhalten", meint die Präsidentin, "wenn wir den Glauben daran verlieren, sind wir zum Pessimismus verdammt, Pessimismus aber macht den Menschen schwach. Man darf die Bedeutung von Verträgen nicht herabsetzen, sie bringen Nutzen, geben dem Menschen Hoffnung, Optimismus Energie."

Auf die Frage, welche Abkommen man, ohne den Boden des Realismus zu verlassen, vom Gipfel in Reykjavik erwarten dürfe, antwortet sie ausweichend:

"Erwarten wir denn nicht alle ein Abkommen, das uns die Hoffnung gibt, daß unsere Welt besser sein und weniger Feindschaft aufweisen wird?"

Die "Volksdiplomatie"

Die beiden Spitzenpolitiker waren noch nicht in Reykjavik, aber schon gingen die Wogen der Leidenschaft um das Treffen hoch. Es zog wie ein Riesenmagnet an. Verschiedene Kräfte sahen darin eine Gelegenheit, die Politik zu beeinflussen oder wenigstens einen Abglanz dieser Politik auf sich zu konzentrieren, ihren Willen und ihre Hoffnungen zu verkünden beziehungsweise sich den Hals freizuschreiben.

Die zionistischen Extremisten, die eiligst aus Tel Aviv oder New York nach Reykjavik verlegt wurden, interessierten sich am wenigsten für einen Erfolg des Gipfels: In einer aufdringlichen Weise die ihnen keineswegs Sympathien einbrachte, machten sie Reklame für ihre eigenen Namen und ihre Plakate und wanderten durch fremde Pressekonferenzen, jedesmal bemüht, möglichst laut aufzutreten und den Veranstaltern "Show zu stehlen".

500 Isländer versammelten sich, eine Kerze in der Hand, im Zentrum der Stadt. Sie vertraten die Idee einer



Villa "Höfti"

neutralen Island. 200 Personen zogen an der US-Botschaft vorbei, um zu fordern: "Weg mit den Stützpunkten aus Island! NATO ohne Island!" Sie verlangten, daß Amerika das kleine Nicaragua in Ruhe läßt.

Die Delegationen der amerikanischen Vereinigungen "Freeze" und "Sane" brachten ein von 60 Mitgliedern des Kongresses unterzeichnetes Schreiben an den US-Präsidenten mit der Aufforderung zum nuklearen Teststopp. Zu den Unterzeichnern gehörte auch Senator Edward Kennedy.

Die unermüdliche Joan Baez war nach Reykjavik geflogen, um in der Oper ein Konzert unter dem Motto "Gipfeltreffen der Völker" zu geben. Sie sang auf englisch und russisch, spanisch und isländisch, sang das alte, unendlich traurige "Sag mir, wo die Blumen sind" und einen Song von Bulat Okudshawa, die Ballade vom schwarzen Jungen Biko, der in der RSA ermordet wurde, und "We shall overcome". Außerdem sagte sie Ronald Reagan im Stil der "Volksdiplomatie", d. h. ohne diplomatische Umschweife, und das isländische Fernsehen trug diese Worte in einer Live-Übertragung in jedes Haus: "Herr Präsident, Sie sind ein populärer Präsident. Wann endlich machen Sie Ernst mit der Abrüstung? Ich möchte Ihnen Ihre Vorteile in Erinnerung bringen, daß Sie die Demokratie sowohl in der linken als auch in der rechten Diktatur unterstützen werden. Falls Sie das im Ernst sagten, ziehen Sie Pinochet sofort jede Unterstützung. Rufen Sie Ihre Truppen ab: Das sind unsere Truppen im Ausland, sie haben dort, wo sie sich zur Zeit befinden, nichts zu suchen. Ihr Platz ist zuhause."

Die Organisation "Friedensvogel" behloß, bis zum Washingtoner Gipfel 10 000 Kinderbriefe an Gorbatschow und Reagan zu sammeln. Vorläufig hat sie die ersten Briefe ausgestellt. Ärzte der Welt für die Verhütung eines Atomkrieges... Frauen für ein erdnisreiches Gipfeltreffen... Britische und bundesdeutsche Anhänger kernwaffenfreier Zonen in Europa... Mönche für den Frieden aus dem italienischen

Assisi... Sie alle haben ihre Vertreter entsandt. Parallel zum vertraulichen Treffen der "großen Zwei" fand ein vielgesichtiges Gipfeltreffen der Völker statt. Zwischen beiden Ereignissen bestand ein komplizierter, widersprüchlicher und zugleich direkter, einfacher Zusammenhang.

Und noch ein Faktor, der die Öffentlichkeit beeinflusste: die Presse. Sie konnte sich von der Überraschung anscheinend überhaupt nicht erholen. Überraschend waren die Formel des Treffens, sein Auftrag und seine Tagesordnung. Selbstverständlich auch die möglichen Ergebnisse. Die Presseleute standen gleichsam im Epizentrum eines Erdbebens, und da rauschte es natürlich im Pressewald.

Der Streit um den Auftrag

Was ging also vor? War das ein Treffen oder war das keines? Ein Gipfel oder nur ein Vorspiel dazu? Werde man das Datum eines vollumfänglichen Treffens in Amerika bekanntgeben? Werde man Abkommen unterzeichnen? Über diesem fruchtlosen Herumräteln vergingen Tage. Es war im voraus klar, daß sich die Ergebnisse nur nach Abschluß des Treffens einstellen werden. Das offizielle Embargo für Nachrichten aus der Villa "Höfti" blieb gültig, alles andere dagegen war unsicher und spekulativ, und so blieb der westlichen Presse nichts anderes übrig, als sich mit Nichtigkeiten abzugeben, was sie auch recht erfinderisch betrieb. Dieses Treffen gehörte zu den größten Ereignissen, also mußte geschrieben, gesprochen, gesendet werden, auch noch dann, wenn keine realen Informationen vorlagen.

Um so bunter waren die Meinungen. Im Vorfeld des Treffens kamen von der amerikanischen Küste jeden Tag maßgebliche Äußerungen: Der Präsident habe erklärt... Der Außenminister habe gesagt... Politiker jeder Ebene und Couleur schalteten sich in den Interview-Wettbewerb ein, und so mancher Redner widersprach nicht nur seinen Rivalen, sondern manchmal auch sich selbst. Je größer dieses Tohuwabohu war, desto klarer zeichneten sich bestimmte Dinge ab.

Der Gedanke des Treffens ist bei den Amerikanern populär, und so ging Reagan auf Gorbatschows Vorschlag über ein dringliches Treffen in Reykjavik ein. Doch gab es auf höchster Ebene in Washington keine Einmütigkeit in dieser Frage, weshalb Reagan und Shultz schwankten. "Kritik von rechts" könnte, auf Reagan angewendet, etwas sonderbar anmuten, doch es gab sie sehr wohl, und das machte ihn unsicher: Die größte Schwäche der heutigen "starken" Administration besteht darin, daß sie den Vorwurf, schwach zu sein, fürchtet. Nach Washingtoner Begriffen gibt ein Politiker nur dann etwas her, wenn er den Russen seine Muskeln demonstriert. Derselben Logik zufolge ist es eine schwache

Position, mit der UdSSR über Rüstungskontrolle zu verhandeln. Nein, den Russen sei eine Schlacht über die "Menschenrechte" oder an den Fronten der willkürlich formulierten regionalen Konflikte zu liefern, das ist eine "starke Position"!

Worauf soll beim Treffen, da es nun einmal bekanntgegeben worden ist, der Akzent gesetzt werden? Es ging dabei um Prinzipielles: um die Prioritäten in der Politik, darum, wie ernst die Absichten jedes Landes sind, vor allem aber um die Überprüfung der Bereitschaft, Probleme zu lösen, nach Kompromissen zu suchen, Vereinbarungen zu erzielen.

Im sowjetischen Pressezentrum wurden wir gefragt: "Ist es wahr, daß die UdSSR das Interesse für regionale Konflikte verloren hat und die Frage der Menschenrechte am liebsten ignorieren würde, um sich auf die Rüstungskontrolle zu konzentrieren?"

Eine typische logische Substitution.

Das Leid eines kleinen Landes oder einer Region ist kein kleines Leid. Die Rechte eines Menschen bleiben auch dann ein akutes Problem, wenn die Rechte ganzer Völker verletzt werden. An neuralgischen Punkten und brennenden Problemen mangelt es nicht. Man muß sich damit ständig beschäftigen und die schmerzenden Punkte heilen helfen. Doch gibt es einen universellen Schmerz und eine allgemeine Gefahr, sie sind durch die militärische Konfrontation und das hemmungslose Wettrüsten hervorgerufen. Das ist die Frage der Fragen, das schlimmste aller Leiden. Die Katastrophen der "Challenger", in Tschernobyl und mit dem U-Boot sind, obwohl natürlich außerordentlich schmerzhaft, Alltag unseres Nuklearjahrhunderts. Sie sind eine Warnung: Die Welt rast ihrem Verderben entgegen. Dieser Zug gilt es zu bremsen, wobei man nicht vergessen darf, daß sich der Zug aus unterschiedlichen Waggons zusammensetzt.

Ein Gipfel UdSSR-USA darf sich nicht auf das Banal-Dekorative des Protokolls beschränken. Ein Gipfeltreffen ist der höchste Einsatz, der Archimedeshebel. Es geht darum, das militärisch-politische Beharrungsvermögen der Ost-West-Konfrontation zu überwinden und der gefährlichen Entwicklung Einhalt zu gebieten — die Anstrengungen auf anderen Ebenen reichen dazu offensichtlich nicht aus.

In der Tat sind die Verhandlungen über Kern- und Weltraumwaffen trotz des klaren Auftrags des ersten, des Genfer Treffens von vor einem Jahr endgültig steckengeblieben. Dank dem Briefwechsel Gorbatschow-Reagan in diesem Sommer und den energischen Expertenkonferenzen in Moskau und Washington konnten neue Ideen eingeführt und alle bisherigen Argumente umgewertet werden. Einen Durchbruch gab es jedoch nicht. Darauf folgte Michail Gorbatschows Vorschlag über ein dringliches Treffen.

Eine außerordentliche Situation erfordert außerordentliche Maßnahmen. Es wäre nicht gut möglich gewesen, ein solches Treffen abzulehnen. Aber war die amerikanische Seite wirklich reif, um im Geiste des Realismus vorzugehen?

Die Antwort war nicht so sehr in Worten zu suchen, sondern in den Positionen der Seiten.

Was ist geschehen?

Die sowjetische Delegation traf in Reykjavik mit einem ansehnlichen Gepäck bereits getroffener Maßnahmen ein (vormal verlängertes einseitiges Moratorium für unterirdische Explosionen, Programm der vollständigen nuklearen Abrüstung bis zum Jahr 2000 und andere wertvolle Initiativen) und brachte darüber hinaus ein umfangreiches Paket von Vorschlägen mit, deren radikaler und kompromißloser Charakter die Amerikaner offenbar überumpelte. Der Zweck dieser Vorschläge war, eine prinzipielle

Übereinkunft zu erzielen und dann die entsprechenden Ministerien und andere zentrale Instanzen mit der Vorbereitung von drei Entwürfen der Abkommen zu beauftragen, damit solche Abkommen schon beim Washingtoner Gipfel unterzeichnet werden können.

Im Bereich der strategischen Rüstungen wurde vorgeschlagen, die vorhandenen Arsenale im Laufe von fünf Jahren um 50 Prozent abzubauen, und zwar nach der sehr einfachen Formel: jedes Element der einander gegenüberstehenden und recht asymmetrischen Triaden (landgestützte Raketen, Raketen auf U-Booten, strategische Fliegerkräfte) auf die Hälfte zu kürzen. Im Laufe von 10 Jahren wäre dann alles zu vernichten. Das ist ein dermaßen klares und überzeugendes Schema, daß die Amerikaner es schließlich akzeptierten.

Bei den Mittelstreckenraketen war die sowjetische Position noch großzügiger. Michail Gorbatschow schlug dem

US-Präsidenten vor, sich auf die ehemalige amerikanische "Null-Option" zu einigen.

Nach einigem Schwanken nahmen die Amerikaner auch das an.

Die Logik der Weiterentwicklung der ganzheitlichen sowjetischen Position sieht wie folgt aus: Da die beiden Großmächte sich in den Prozeß realer großer Reduzierungen einschalten, bedarf einer dreifachen Kontrolle, und UdSSR begrüßt und akzeptiert jede Form der Kontrolle. Eine Garantie ist notwendig, daß keine der Seiten überraschend ein Potential von neuen Waffen entwickelt, somit die Überlegenheit erlangt und ihren Willen zu diktieren instandsetzt. Dazu muß alles, was das Wettrüsten abbremst, bewahrt und gefestigt werden. Da die Übereinstimmung vorliegt, im Laufe von 10 Jahren die strategischen Raketen zu vernichten, gilt es, den ABM-Vertrag zu festigen, und zwar durch die Verpflichtung, binnen

Die ganze Welt diskutiert den Ausgang des Treffens in Reykjavik. Wissenschaftler, Politiker und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens heben Realismus und konstruktiven Charakter der sowjetischen Vorschläge hervor und daß unser Land um des obersten Zieles willen, der Sicherung des Friedens auf unserem Planeten, zu kompromißfähigen Zugeständnissen bereit ist. Der Grund dafür, daß in der isländischen Hauptstadt keine Vereinbarung erzielt werden konnte, ist das Bestreben der US-Administration, um jeden Preis SDI beizubehalten und den "Sternenkrieg" faktisch vorzubereiten.

• DDR

Vor der Wahl

Das Abgleiten in die Katastrophe aufzuhalten ist die Pflicht eines jeden Menschen und natürlich eines jeden Wissenschaftlers. Niemand kennt die schrecklichen Folgen der Anwendung modernster Massenvernichtungswaffen besser als der Experte.

Ich bin Geophysiker und habe klare Vorstellungen von der möglichen friedlichen Nutzung des Weltraums und begrüße die Vorschläge, die die Sowjetunion in Reykjavik vorgelegt hat. Westliche Kollegen, mit denen ich sprach, bestätigen, daß diese Vorschläge von vielen ihrer Mit-

bürger als Ausdruck des aufrichtigen Friedensstrebens der UdSSR aufgefaßt werden.

Die Menschheit muß wählen: Entweder löscht sie Atomwaffen vollständig vom Antlitz der Erde und schafft Voraussetzungen für friedliche, gegenseitig nützliche Zusammenarbeit, oder sie fährt fort, immer neue Waffensysteme zu schaffen.

Die Zeit der Handlungen hat begonnen. Wir dürfen sie nicht verspielen.

Heinz STILLER
Professor

Berlin

• TSCHECHOSLOWAKEI

Auf die Stimme der Vernunft hören

Dies ist ein Augenblick äußerst verantwortungsvoller Entscheidungen.

Wir haben in der Tat den kritischen Punkt unserer Ge-

schichte erreicht, da wir die Zukunft der Menschheit nur noch sichern können, wenn wir die Vernichtung der angehäuften Kernwaffenarsenale in

Angriff nehmen. Wenn wir nicht die Kernwaffen abschaffen, schaffen die Kernwaffen uns ab.

Nüchtern denkende Menschen merken auf bei dieser Einstellung der US-Administration: Nach außen gibt man in Washington vor, abrüsten zu wollen, schmiedet jedoch Pläne eines neuen Weltkrieges, von dem man sich verspricht, ihn zu gewinnen. Obwohl Präsident Reagan in Genf zugab, daß man einen Atomkrieg nicht gewinnen kann und ihn deshalb nicht entfesseln darf, gehen amerikanische Militärprogramme und -doktrinen weiter davon aus, daß ein Sieg möglich ist, wenn man nur die militärische Überlegenheit über die Sowjetunion erringt.

In Reagans Umfeld heißt es, daß er als "Friedenspräsident"

in die Geschichte eingetragt will. Die Geschichte jedoch ein strenger Richter. Richtet über Staatsmänner nicht nach ihren Worten, sondern nach ihren Taten. Und Tatsachen beweisen, daß Nachkriegszeit für die UdSSR eine Zeit der verpaßten Gelegenheiten war. Viele konstruktive Vorschläge der UdSSR wurden wegen der systematischen Verweigerung der USA nicht verwirklicht.

Präsident Reagan nimmt seinem eigenen Volk und der Geschichte eine schwere Verantwortung auf sich, wenn er im Interesse der Rüstungsindustrie handelt, deren verderblichem Einfluß bereits Präsident Eisenhower seinerzeit gewahrt hatte, die Stimme der Vernunft überläßt. Ein Abrüstungsprogramm niemandem weh und bedrohlich für niemandes Sicherheit. Nutzen tragen nicht nur sowjetischen und amerikanischen Völker davon, Menschen dieser Erde, sondern auch unsere dankbaren Nachkommen.

Jan PUDIL
Direktor des Instituts für internationale Beziehungen

Prag

• JAPAN

Keine Zielgerade, sondern Zwischenruf

Ichiro Hatoyama, Parlamentsabgeordneter der regie-

renden Liberaldemokratischen Partei, meint:

"NEUE ZEIT"

Jahren nicht aus ihm auszutreten. Man kann sogar die Laborforschungen im Rahmen der "Strategischen Verteidigungsinitiative" zulassen, die Amerikaner sollen ruhig ihre Möglichkeiten prüfen, da die US-Administration an diesem Projekt so sehr hängt. Dagegen müssen die Entwicklung und die Tests im Weltraum verboten werden.

Das lehnten die Amerikaner strikt ab.

Die Positionen der beiden Großmächte in der Frage der "Sternenkriege" waren himmelweit voneinander entfernt. Moskau sagt: Es ist verbrecherisch, das Wetrüsten in den Weltraum zu tragen, das wird jeden Fortschritt auf dem Gebiet von Rüstungskontrolle und Abrüstung zunichte machen und zur Entwicklung von Kernwaffen "dritter Generation" führen, worauf sich die Gefahr um eine oder mehrere Größenordnungen zugleich steigern wird.

Das Washingtoner Gegenstück zum

gesunden Menschenverstand, der sich auf die traurige Erfahrung der gesamten menschlichen Geschichte und korrekte Extrapolationen der Wissenschaft stützt, sind ansichtskartenmäßig bunte Bildchen einer wolkenlosen Zukunft unter den Fittichen einer neuen Technologie, die von sich aus die Kernwaffen beseitigen und anstelle der Menschen mit allen militärpolitischen Widersprüchen von allein aufräumen wird. Doch hinter all diesen schönen Illusionen schaut der Pferdefuß des Militär-Industrie-Komplexes hervor. Dieser wittert neue Profite, und die Aussicht auf militärische Überlegenheit, die in Worten geleugnet wird, wirkt wie ein Doping.

Das allgemeinemenschliche Interesse gegen das private, eigennützige, imperiale Interesse: Das war der Sinn der beiden Positionen. Leider vereitelte das zweite die historische Übereinkunft.

Die einzigartige Chance wurde vorläufig nicht wahrgenommen. "Soll Amerika nachdenken", sagte Michail Gor-

batschow auf der Pressekonferenz in Reykjavik. "Wir werden warten..."

In "Höfti" prallten zwei Arten von Denken, zwei Tendenzen in der Weltpolitik aufeinander. Mit drei Pausen konferierten die beiden Spitzenpolitiker elf Stunden im engen Kreis. Aber das alte Haus war dicht besiedelt. Nicht von Gespenstern, obwohl die Gespenster des sehr spezifischen amerikanischen innenpolitischen Kampfes und die bösen Geister des Militär-Industrie-Komplexes den Präsidenten wohl kaum an der Schwelle des Hauses entlassen hatten. Ich spreche jetzt vom Geist der menschlichen Hoffnungen und Bestrebungen, von dem das Haus in diesen Tagen umweht war. Er diktierte den Teilnehmern des Treffens: Laßt ab von euren Vorurteilen und Voreingenommenheiten, seid weise, sucht nach der Lösung der Probleme, nach neuen kühnen Entscheidungen! Solange dieser Auftrag nicht erfüllt wird, geht der Kampf weiter.

Wichtige Vereinbarungen waren zum Greifen nahe. Aber "Star Wars" erwiesen sich als unüberwindbares Hindernis. Dieses Programm wird zwar erst ausgearbeitet, aber es hat Frieden und Sicherheit bereits beträchtlichen Schaden zugefügt. Alle Länder würden gewinnen, wenn es gelänge, sich von SDI zu befreien, die atomare Abrüstung voranzubringen und die militärische Spannung abzubauen. Mir scheint, wir haben keinen Grund zum Pessimismus und

daß in absehbarer Zukunft günstige Ereignisse möglich sind.

Aus offiziellen Erklärungen, Presse- und Fernsehschätzungen kann man das arithmetische Mittel der Reaktionen in Japan errechnen. Die Japaner sind enttäuscht und beunruhigt, betrachten jedoch die Ereignisse von Reykjavik nicht als Endgerade, sondern als eine Zwischenrunde unseres Marathonlaufs in eine atomfreie Zukunft. Tokio

litanten Kräfte in unserem Land böte das keinen Vorteil. Ich bin zutiefst davon überzeugt, daß Reykjavik der internationalen Bewegung für nukleare Abrüstung Auftrieb geben wird. Die aufrichtigen Initiativen der Sowjetunion werden noch mehr Befürworter finden. Zugleich wird die

demagogische amerikanische Position nur dazu beitragen, daß die USA sich international immer weiter isolieren.

Tawfiq TOUBI
Stellvertretender
Generalsekretär
des ZK der Kommunistischen Partei Israels

● ISRAEL

Stimulus für alle Friedenskräfte

Ich meine, daß die Weigerung, die sowjetischen ABM-Vorschläge anzunehmen, die US-Administration in die Lage des Schuldigen versetzt hat. Sie trägt die Verantwortung für das Scheitern einer friedensdienlichen Vereinbarung.

Die israelischen Zionisten und nicht nur sie, sondern alle, die vom Antisowjetismus, der Kriegspropaganda und Expansion leben, sind zufrieden. Daß die amerikanische Seite einen Vertrag über die begrenzte Ausarbeitung des "Star Wars"-Programms vereitelt hat, kommt ihnen gelegen. Immerhin hat sich Israel dem amerikanischen Programm

schon angeschlossen. So kommt es, daß nur die reaktionärsten Kräfte, diejenigen, die den Friedensprozeß auf der Erde hintertreiben, daraus Nutzen ziehen. Die "Star"-Allüren der US-Administration haben für diese Kräfte einen ganz konkreten irdischen Widerpart. Die Einstellung des Wetrüstens und die Beseitigung der "Sternenkriegs"-Gefahr würde sich unweigerlich positiv auf die Beilegung regionaler Konflikte, auch des Nah-Ost-Konflikts, auswirken. Abrüstung würde die Lösung uns betreffender Fragen positiv beeinflussen, wie der Unabhängigkeit, Sicherheit, des Rechts der Völker auf Selbstbestimmung. Für die mi-

SDI blockiert die Abrüstung

Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Michail Gorbatschow, hat in Reykjavik weitreichende Vorschläge eingebracht, die den Vorstellungen der Friedensbewegung und der SPD entsprechen. Leider klammert sich die amerikanische Seite weiterhin an ihr SDI-Programm. Dadurch wurden im Endeffekt auch Abrüstungsvereinbarungen auf anderen Gebieten unmöglich.

Die Sozialdemokraten der Bundesrepublik Deutschland waren von Anfang an gegen SDI. Auf dem letzten SPD-Parteitag in Nürnberg hieß es, daß SDI die Abrüstung blockiert und daß derjenige, der sie unterstützt, den Rüstungswettlauf praktisch fördert. Wir werden der US-Regierung auch weiterhin klar machen, warum die SPD das SDI-Programm ablehnt. Wir werden ebenso darauf bestehen, daß die in Reykjavik vorgebrachten Vorschläge

Verhandlungsgegenstand bleiben. Wir sind besonders an einer Reduzierung der Raketenkernwaffen in Europa interessiert.

Die Demonstration vom 11. Oktober, an der sich viele tausend Menschen beteiligten, in Hasselbach vor dem amerikanischen Stützpunkt, auf dem Flügelraketen stationiert werden, hat deutlich gezeigt, daß die Friedensbewegung Auftrieb erhält. Sie fordert von der Bundesregierung, ihren ganzen Einfluß in Washington geltend zu machen, damit konkrete Abrüstungsschritte einsetzen.

Horst SIELAFF,
SPD-Bundestagsmitglied

Bonn

Das Material wurde von D. Sgerski, B. Koslow, NZ-Korrespondent A. Tolpegin (BRD), J. Tawrowski (Japan) vorbereitet.

USA

„Delta“ nach Europa...

● IM PENTAGON TRÄGT MAN SICH SCHON LANGE MIT DEM GEDANKEN, IN EUROPA EINE ABTEILUNG ZUR BESONDEREN VERWENDUNG ZU DISLOZIEREN.

Doch selbst Washingtons engste Freunde unter den NATO-Partnern lassen in dieser Hinsicht jeden besonderen Enthusiasmus vermissen. Und doch beschlossen vor kurzem Großbritannien und die Bundesrepublik Deutschland, einigen Gruppen der amerikanischen Kommando-Einheit „Delta“, top secret, bei sich Obdach zu gewähren. Nachrichten über diese sind rar. Bekannt ist nur, daß sie unter den Truppen zur besonderen Verwendung eine Spitzenposition einnimmt und für die Ausführung besonders komplizierter und riskanter Unternehmungen vorgesehen ist. Die Einheit wurde erstmalig 1979 im Zusammenhang mit der Affäre um die amerikanischen Geiseln im Iran genannt.

Der jüngsten westeuropäischen Entscheidung war einiges Propagandagetöse vorausgegangen, über die mißlungene Befreiung der Pan American, die Terroristen auf dem Flughafen von Karatschi besetzt hatten. Die Medienkonsumenten auf beiden Seiten des Atlantik sahen sich einer Flutwelle von Anwürfen ausgesetzt, da man die amerikanischen Kommandotruppen, die sich auch noch „Antiterror-kampfguppen“ schimpfen, ihres ineffektiven Einsatzes wegen rüffelte. Schuld sei einzig ihre Stationierung weitab vom potentiellen Einsatzort. Nahegelegender Schluß: Einige Abteilungen gehören in europäische Lande stationiert, und für Terroristen brechen herbe Zeiten an.

Aber neben Einheiten zur besonderen Verwendung wie den Green Berets und den

„Seals“ wird nämlich auch „Delta“ im neuen Pentagonprogramm unter der nebulösen Bezeichnung „für Konflikte geringer Intensität“ (CLI) eine Sonderrolle zugeordnet. Programmziel: Eine hochmobile „Polizei“ zu schaffen für Strafunternehmen in Ländern Asiens, Afrikas, Lateinamerikas, des Nahen und Mittleren Ostens. In den Vorstellungen der Pentagonstrategen sollen speziell gedrihte Kommandoeinheiten dabei die erste Geige spielen. Für das Finanzjahr 1986/87 werden 1,7 Md. Dollar für das CLI-Programm veranschlagt.

Derzeit macht sich eine 12 Mann starke Erkundungsabteilung für einen Abstecher in die BRD bereit, um eine geeignete Örtlichkeit für ihren Stützpunkt zu finden, aller Wahrscheinlichkeit nach in Bayern. In Großbritannien soll gleich eine größere Abteilung disloziert werden.

Um Bürgerprotesten aus dem Weg zu gehen, erklärte die britische Regierung eifertig, daß die Kommandoeinheiten nur zur Geiselnbefreiung und zum Kampf gegen Terroristen in Aktion treten werden. Der Einsatz amerikanischer, in England stationierter Bomber für den Angriff auf Libyen ist noch gut erinnerlich und zeigt, wie wenig den Bündnispartnern aus Übersee daran liegt, sich mit irgendwem zu beraten... J. ANDRIANOW

GRIECHENLAND--USA

Wer bedroht wen?

● DIE GRIECHISCHEN STREITKRÄFTE WURDEN IN GEFECHTSBEREITSCHAFT VERSETZT.

Jedes Jahr dasselbe: Im Herbst verwandelt sich die strahlende Ägäis, deren Schaumkronen und Wellenplätschern manchen Mythos gebären, in einen Schauplatz bedrückender Aktualität. Auf Befehl von NATO-Generälen

entfaltet sich hier eine monströse Maschinerie von Militärmanövern. Code: „Display Determination“. Früher beteiligten sich griechische Truppen an diesen Übungen. Seit einigen Jahren allerdings lehnt man in Athen höflich, aber bestimmt, zudringliche Einladungen zu diesen gefährlichen Spielereien ab.

An den Übungen teilzunehmen oder nicht, — die Ent-

schlüsselung darüber fällt in das souveräne Recht eines jeden Landes, und man sollte meinen, daß das niemanden ernsthaft beunruhigt.



„Nieder mit der NATO!“ fordern die Teilnehmer einer Kundgebung in Athen

Foto: TAS

dieser Form mit uns verkehren.“

Aus dem Geschehen ergibt sich die widersinnige Schlußfolgerung, daß, um in Nordatlantischen Bündnis seine Unabhängigkeit zu wahren, man gegen seine eigenen Verbündeten zu Waffengewalt greifen muß. Wozu also ist ein solches „Verteidigungs“-Bündnis noch gut? Und eine mysteriöse Gefahr aus dem Norden abzuwehren? Dazu der griechische General a. D. Georgios Koumanakos: „Das ganze Gerede über die Gefahr ist weiter nichts als Lüge und Trug. Die Vormünder mußten ihre Mäuler vor niemandem in Schutz nehmen und sie vor keiner Gefahr bewahren, weil es eben keine solche gab.“

Eine Gefahr trat nichtsdesto weniger auf. Nicht von Norden, sondern von Westen. Und ebendieser zu wehren, wurden die Streitkräfte

in Gefechtsbereitschaft versetzt.

A. BOGOMOLOV

AFRIKA

Wir, 530 Millionen

● DIE VÖLKER AFRIKAS WOLLEN NICHT ABSEITS VOM FRIEDENSKAMPF STEHEN

Die Ideologen eines Nuklearkrieges scheuen keine Anstrengungen, um die Völker Afrikas vom Friedenskampf fernzuhalten. Ihnen wird suggeriert, das sei die Sache der Großmächte und die Afrikaner hätten viele andere Probleme, mit denen sie sich befassen sollten. Doch die Völker Afrikas sind da anderer Meinung: Sie betrachten den Friedenskampf als ihre ureigene Angelegenheit. Das zeigte auch die Internationale Konferenz für Frieden, Abrüstung und Entwicklung, die Ende September in der Hauptstadt der VR Kongo, Brazzaville, stattfand. Auf diesem Forum waren Delegationen aus mehr als 20 Ländern des Kontinents, von nationalen Befreiungsbewegungen, internationalen und regionalen Organisationen vertreten. Sie verabschiedeten die Erklärung von Brazzaville und einen Aufruf.

In diesen Dokumenten heißt es, daß heute nicht nur für den Frieden gekämpft wird, sondern um das Überleben der Menschheit, da Nuklearwaffen, sollten sie eingesetzt werden, niemanden verschonen würden. Die Konferenzteilnehmer gaben eine hohe Einschätzung der Friedensinitiativen der Sowjetunion, riefen die USA und die anderen Nuklearmächte auf, dem Beispiel der UdSSR zu folgen und sich dem Moratorium für Kernwaffentests anzuschließen, darauf zu verzichten, das Wettrüsten in den Weltraum zu tragen. All das kann ihrer Meinung nach zu einem Schritt bei der Beseitigung der Nuklearwaffen bis zum Jahre 2000 werden. "Wir, 530 Millionen Afrikaner, erklären Afrika zur kernwaf-

fenfreien Zone", erklärten die Konferenzteilnehmer einmütig.

Auf der Konferenz wurde die Interdependenz von Abrüstung und Entwicklung erörtert. Übereinstimmend wurde dabei erklärt, daß das Wettrüsten, die Einbeziehung der jungen Nationalstaaten in den Rüstungswettlauf deren Wirtschaft schwer belastet, bremst, sie bisweilen sogar ihrer sozialökonomischen Entwicklung zurückwirft. Ohne allgemeine Abrüstung ist es praktisch unmöglich, Rückständigkeit und Armut der afrikanischen Staaten zu überwinden.

Der Delegierte Äthiopiens, Ayalmeh Ejigu, erinnerte daran, daß in der Welt jährlich Hunderte Milliarden Dollar für die Rüstung ausgegeben werden, während in den Entwicklungsländern mehr als eine halbe Milliarde Menschen hungern. Um sie zu ernähren, würde ca. 1 Prozent der jährlichen Rüstungsausgaben der Welt reichen. "UNO-Angaben zufolge", fuhr er fort, "könnte mit den Geldern, die für das vom Imperialismus entfesselte Wettrüsten Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre ausgegeben wurden, die ganze Sahara in einen ewig grünen Garten verwandelt werden."

Scharf kritisiert wurde das RSA-Rassistenregime, das mit Schützenhilfe des Westens sein Kriegspotential aufstockt und die Schaffung eigener Nuklearwaffen forciert. Die Konferenz rief dazu auf, den Kampf gegen die Apartheid zu verstärken und umfassende Sanktionen gegen das RSA-Rassistenregime zu verhängen. Sie verlangte Unabhängigkeit für Namibia und sprach sich für moralische, politische und materielle Unterstützung des ANC und der SWAPO aus.

"Es darf auf der Erde keinen Platz geben für Kriege, Aggressionen, Apartheid, Rassismus, Zionismus und Neokolonialismus", erklärte der Sprecher des ANC von Südafrika, Sidney Molifi.

Alle Afrikaner können diese Worte unterschreiben.

G. BESUMATOW

Brazzaville—Moskau

ASIEN--PAZIFIK

Der Beitrag der Frauen

● IN TASCHKENT FAND IM RAHMEN DES INTERNATIONALEN FRIEDENSJAHRES DAS REGIONALSEMINAR "FRAU UND ENTWICKLUNG. IHR BEITRAG ZUR BEWAHRUNG DES FRIEDENS" STATT.

... Die Diskussion war in vollem Gang, als Sakae Ito, Ko-Vorsitzende des Japanischen Verbandes der Organisationen der Atombombenopfer, das Mikrofon in die Hand nahm. Sie wandte sich an alle Frauen der Welt:

"Nie werde ich den 6. August 1945 vergessen. Wie gewöhnlich ging ich zur Arbeit. Plötzlich blendete mich ein Feuerpilz. Wie ich später erfuhr, war das Epizentrum der Atomexplosion 1,5 km von meinem Arbeitsplatz entfernt. Augenblicklich ging meine Kleidung in Flammen auf, und eine Sekunde später lag ich unter den Trümmern eines Hauses. Als ich mich befreien konnte, war die Straße, war die Stadt nicht mehr. Überall Stöhnen und Weinen. Es war die Hölle..."

Die sowjetischen Frauen mußten, als sie Sakae Ito zuhörten, an jene denken, die von den Schlachtfeldern des Großen Vaterländischen Krieges nicht zurückkehrten. Den Frauen aus Kampuchea, die die Schrecken des Völkermords durchgemacht haben, kamen die Tränen. Die Vietnamesinnen waren sichtlich bewegt bei diesen Worten: Nie werden sie den Krieg in ihrer Heimat vergessen. Alle dachten an das eine: Die Leiden eines Krieges dürfen sich nie wiederholen.

"Entwicklung ist undenkbar", sagte die Vorsitzende des Komitees der Sowjetfrauen, Valentina Tereschkova, Fliegerkosmonaut der UdSSR, bei der Eröffnung des Seminars, "wenn Hunderte Milliarden Dollar in das

Wettrüsten gehen. Immer mehr Frauen in vielen Ländern werden sich bewußt, daß ihre Rechte nur dann gewährleistet werden können, wenn das Recht der Völker auf souveräne und unabhängige Entwicklung, das Recht aller auf Frieden und Leben garantiert ist..."

Die Debatte im Seminar, das Vertreterinnen von 43 Frauenorganisationen unterschiedlicher politischer Ausrichtung aus 20 Ländern des asiatisch-pazifischen Raums zusammenführte, war freimütig. Man spürte das gemeinsame Streben, die Differenzen zu überwinden, Wege zur Verständigung und zu einer realistischen Einschätzung der Weltlage zu finden.

"Wir alle haben einmütig die Verlängerung des Kerntestmoratoriums durch die Sowjetunion begrüßt", sagte mir Margaret Lawrence Salas vom Nationalen Rat der Frauen Neuseelands. "Überhaupt meine ich, daß die sowjetische Führung wirksame Schritte im Kampf für die Entspannung unternimmt. Die Regierung unseres Landes hat den positiven Entschluß gefaßt, Kriegsschiffen mit Nuklearwaffen an Bord das Anlaufen neuseeländischer Häfen zu untersagen."

Noor Farida Ariffin, Vorstandsmitglied des Nationalen Rates der Frauenorganisationen Malaysias, sagte mir:

"Obwohl die Gesetzgebung der meisten Länder der Region, darunter Malaysias, die Gleichberechtigung von Mann und Frau verkündet, ist es doch bis zu deren vollständiger Verwirklichung noch recht weit. Daran sind natürlich auch zahlreiche verbreitete Vorurteile schuld. Wir sind sehr besorgt über Fälle von Gewalt an Frauen, von brutalem Verhalten des Ehemannes, der Familie gegenüber der Frau. Natürlich wurde seit der Unabhängigkeit in der sozialen Stellung der malaysischen Frauen ein nicht geringer Fortschritt erzielt, doch ihre Diskriminierung besteht immer noch. In Betrieben des staatlichen Sektors erhalten Männer und Frauen gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Im Privatsektor

aber, wo die Positionen der Multis stark sind, wird oft gegen dieses Prinzip verstoßen, und die Frauen erhalten bisweilen nur zwei Drittel oder die Hälfte der Verdienste der Männer. Für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Frauen wird nichts getan — die Unternehmer kümmern sich nur um ihre Profite.

Das Seminar ging weit über den Rahmen der Tagung hinaus. Die Gäste konnten sich

über das Leben städtischer und ländlicher Familien informieren, besuchten Betriebe, ein Krankenhaus, einen Kolchos und den städtischen Pionierpalast...

"Eure Erfahrungen sind für uns ein beeindruckendes Beispiel dafür, was der Sozialismus den Frauen bieten kann", sagte Bi Bi Sherine, Bäckerin aus Kabul, Mitglied des Zentralrates des Afghanischen Frauenverbands. Sie ist noch nicht 30, aber Witwe mit vier

kleinen Kindern. Ihr Ehemann, Arbeiter eines Forstbetriebes, wurde von Duschmanen ermordet. Warum? Weil er ehrlich lebte und arbeitete, seine Heimat frei sehen wollte und der Demokratischen Volkspartei Afghanistans beigetreten war. Doch das Leid hat die Frau nicht gebrochen.

Die Teilnehmerinnen des Seminars bekundeten in ihrem Kommuniqué die Überzeugung, daß die Konfrontation im asiatisch-pazifischen Raum

von guter Nachbarschaft und Zusammenarbeit abgelöst wird, daß diese Region zum Bestandteil eines umfassenden Systems der internationalen Sicherheit werden kann.

Die Frauenorganisationen der Länder des asiatisch-pazifischen Raums begannen mit der aktiven Vorbereitung auf den Weltfrauenkongreß, der im Juni 1987 in Moskau stattfinden wird.

N. PROTASSOWA
Taschkent, im Oktober

ASIATISCH-PAZIFISCHE REGION

Hun SEN: Realismus in der Politik muß siegen

Hun Sen, Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der Revolutionären Volkspartei Kampucheas, Vorsitzender des Ministerrats und Außenminister der Volksrepublik Kampuchea antwortet auf die Fragen der NZ.



Wie schätzen Sie das Friedensprogramm für die asiatisch-pazifische Region ein, das Michail Gorbatschow in Wladiwostok vorgestellt hat?

Die Erklärung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU ist für die Länder Asiens, des Pazifischen Beckens und des ganzen Planeten von historischer Bedeutung. Diese von gutem Willen erfüllten Initiativen sind ein neuer Beweis für die Friedensliebe der Sowjetunion und für ihr hochgradig verantwortungsvolles Herangehen an Fragen einer weltweiten Friedenssicherung.

Die in Wladiwostok vorgestellten Ideen und Vorschläge sind dem Volk von Kampuchea aus dem Herzen gesprochen. Es dürfte bekannt sein, um welch hohen Preis wir Freiheit und Unabhängigkeit errangen. Ich meine den langen gemeinsamen Kampf der vietna-

mesischen, laotischen und kampucheanischen Brudervölker gegen Kolonialismus, Militarismus, Imperialismus und zuletzt gegen das Völkermordregime Pol Pots, das den Hitlerfaschismus an Barbarei noch übertraf. Frieden ist die unabdingbare Voraussetzung, um unsere Pläne für die Wiedergeburt des Landes zu verwirklichen. Deshalb vereinigen wir unsere Anstrengungen mit denen Vietnams und Laos' und bemühen uns, Südostasien in eine Zone des Friedens, der Stabilität und der Zusammenarbeit zu verwandeln.

Regierung und Volk Kampucheas begrüßen und unterstützen die konstruktiven Initiativen, die die Erklärung Michail Gorbatschows enthält. Wir sind bereit, mit der UdSSR, mit allen Ländern für die Verwirklichung dieser Initiativen zusammenzuarbeiten. Wir sind fest davon überzeugt, daß mit gemeinsamen Anstrengungen vieles zu erreichen ist.

Welche Wege führen Ihrer Meinung nach zu Frieden und Sicherheit in der Region?

Als Resultat einer Politik der Kriege und Konfrontation von seiten der Vereinigten Staaten von Amerika und anderer reaktionärer Kräfte bleibt die Lage in Südostasien gespannt. Die drei Länder Indochinas sind darüber in Sorge. Vietnam, Laos und Kampuchea zeigten guten Willen, als sie den unserer Meinung nach wichtigen Vorschlag machten, Südostasien in eine Zone des Friedens, der Freundschaft, der Zusammenarbeit und der guten Nachbarschaft zu verwandeln. Wir haben unseren guten Willen bereits überzeugend demonstriert: Seit 1982 wurden 5 Teilreduzierungen des vietnamesischen Freiwilligenkontingents vorgenommen, das sich auf Ersuchen der Regierung der VRK und in Übereinstimmung mit einem bilateralen Vertrag in Kampuchea befindet. Bis 1990 werden diese Truppen vollständig abgezogen sein.

Die indochinesischen Bruderländer meinen, daß neben anderen Fragen die Lage um Kampuchea in Gesprächen zwischen den Staaten Indochinas und der ASEAN behandelt werden sollte. Kampuchea, Vietnam und Laos schlagen vor, solche Gespräche zu führen. Probleme des Friedens und der Stabilität in Südostasien müßten ohne jede Frage im Mittelpunkt stehen.

Reaktionäre Kräfte und Feinde Kampucheas lassen nicht von ihren finsternen Zielen. Unser wiederauferstandenes Land jedoch hat sich seiner dunklen Vergangenheit ein für allemal entledigt. Wir glauben an die Gerechtigkeit unserer Sache. Wir meinen, daß der Realismus in der Politik aller Staaten der Region die Oberhand gewinnen muß. Dann ist der ersehnte Weg zu Frieden und Stabilität frei.

Zeit zu handeln

Unsere Sonderkorrespondenten Vitali IGNATENKO und Alexander EBEDEW berichten



Kopenhagen ist Gäste gewöhnt. Tagtäglich ist sein Hafen voll großer und kleiner Schiffe aus vielen Ländern. Dieser Tage empfängt Kopenhagen aber nicht nur im Hafen Besucher. Sie kommen mit Flugzeugen, Bussen, Zügen, in Kolonnen zu Fuß oder einzeln per Anhalter als Repräsentanten der Friedensbewegung aus der ganzen Welt.

Auf dem Kopenhagener Forum sind über 130 Länder und über 50 internationale Organisationen vertreten. Ungeöhnlich ist es in seiner Zusammensetzung, in den Methoden seiner Vorbereitung und in der Form der Diskussionen. Tages- und Arbeitsordnung ermöglichen eine Debatte über einen denkbar weiten Themenkreis. Hier nur einige dieser Themen: Frieden und sozialer Fortschritt; Frieden und Menschenrechte; Frieden und Vertrauen. Der Kongreß umfaßt 7 Themen nach Themen, 8 Diskussionsgruppen und Gruppen für spezielle Interessen, Gewerkschafts-, Frauen- und Jugendtreffen u. a. m. Keine vorbereiteten Reden, nur eine freie Diskussion. Auch nicht die obligaten Dokumente. Das ist ausbedungen worden.

Fünf Tage lang ist Kopenhagen Hauptplatz eines Treffens weitester Kreise der Weltöffentlichkeit. Die zur Debatte stehenden Fragen beschäftigen alle und jeden. "Der Menschheit Leben und Zukunft erhalten". Das ist die Devise des Weltkongresses.

Anschluß

Kopenhagen

Der Flugplatz Kastrup gilt als bester Anschluß für Flüge aus Island nach dem übrigen Europa, nach Asien, Afrika, Lateinamerika usw. Es ist bezeichnend, daß ein Teil der Journalisten gleich nach dem Treffen Michail Gorbatschows und Ronald Reagans aus Reykjavik nach Kopenhagen gekommen sind, nicht um umzusteigen, sondern um über den Weltkongreß zu berichten. Aber dieser "Anschluß" besteht in der Nähe in der Weltöffentlichkeit laut werdenden Realität und in den Aufrufen und Schlußfolgerungen der weltweiten Antikriegsbewegung.

Der Kopenhagener Kongreß ist nach Reykjavik die erste große internationale Veranstaltung. Das zeitliche Zusammentreffen war natürlich nicht vorauszu-sehen, als der Kongreß erst geplant und vorbereitet wurde.

Jetzt hat sich zwischen den beiden Begebenheiten nicht ein formal-zeitlicher, sondern ein natürlicher Zusammenhang ergeben. Vor die Schranken der Öffentlichkeit sind zwei Einstellungen zur Weltpolitik und zu den Geschicken der Völker getreten. Die Kongreßteilnehmer sind in der Lage, ohne Hilfestellung zu urteilen und Schlußfolgerungen zu ziehen, und nicht etwa als unbeteiligte Beobachter. Staatsentscheidungen werden natürlich von den Staatsführern getroffen. Das ist aber kein Grund zur Passivität. Die Öffentlichkeit vermag Entscheidungen von Politikern zu beeinflussen. Auf der Pressekonferenz in Reykjavik hat Michail Gorbatschow die Rolle der Weltöffentlichkeit sehr hoch bewertet und gesagt, daß er an ihre Potenzen glaubt.

Bei den Kongreßteilnehmern herrscht die Meinung vor, daß Washington wieder einmal eine einzigartige Chance ungenutzt läßt, den gefährlichen Lauf der Geschehnisse zu wenden, das Wettrüsten endlich unter Kontrolle zu bringen und auf der Erde eine Vertrauensatmosphäre herbeizuführen. Die USA haben es abgelehnt, diesen Weg einzuschlagen.

Hier wird bemerkt, daß die UdSSR wesentlich Zugeständnisse gemacht hat. Was konnte man amerikanischerseits mehr erwarten? Etwa eine einseitige Abrüstung der UdSSR? Viele Delegierte sagen vor versammeltem Forum und in persönlichen Gesprächen, daß man die Dinge doch mit Realitätssinn sehen müsse.

Kurz, der Kopenhagener Kongreß hat gleich anfangs gewissermaßen eine andere politische Dimension, ein neues Niveau und eine neue Tonart angenommen. Die friedliebenden Völker müssen ihr Wort sprechen, sie können und wollen nicht von der Gnade des amerikanischen Militär-Industrie-Komplexes und der ihm treuen Politiker abhängen.

Man kann sagen, daß in Kopenhagen jeden Augenblick empfunden wird, wie

genau und organisch die sowjetischen Initiativen den Forderungen der Friedenskämpfer entsprechen und wie nahe sie den verschiedensten Kreisen in Europa, Amerika und den anderen Erdteilen sind.

Dialog oder Kampf?

15. Oktober. Der Riesenkomplex des Bella-Centret. Über 2000 Delegierte. Es ist 10 Uhr morgens. Der Kongreß beginnt, und zugleich enden die umfangreichen Vorbereitungen, die an sich ausgeprägt politisch waren.

Um das angesichts der vielen großen Antikriegsveranstaltungen der Welt zu verdeutlichen, möchten wir schildern, wie diese Initiative aufkam und fortentwickelt wurde.

Auf der 40. UNO-Vollversammlung wurde 1986 zum Internationalen Jahr des Friedens erklärt. Alle Regierungen und nichtstaatlichen Organisationen wurden aufgefordert, die Aktionen gegen die Kriegsgefahr und für die Abrüstung zu intensivieren.

Erwartungsgemäß war der UNO-Beschluß ein Anreiz zu Massenaktionen für ein Einfrieren der Kernwaffen, für ein Verbot sämtlicher Kernwaffentests, für eine Einstellung des Wettrüstens auf der Erde und seine Verhütung im Weltraum. Nachrichten über Aktionen der Friedenskämpfer kamen aus allen Ländern, unabhängig von ihrer geographischen Lage und Gesellschaftsordnung. Die Unkenrufe, daß sich die Welle der Antiraketenbewegung abflachen werde, sind nicht eingetroffen. Heute können sich sogar Kreise, denen die Devise von einer kernwaffenfreien Welt fernliegt, über die Aktionen der Friedenskräfte nicht hinwegsetzen.

Vor einiger Zeit eine auffallende Meldung: NATO-Generalsekretär Lord Carrington habe den Geistlichen Bruce Kent, den Führer der britischen Bewegung für nukleare Abrüstung, empfangen. An sich eine symptomatische Tatsache, wenn sie die NATO-Doktrin, die einen Ersteinsatz von Kernwaffen vorsieht, auch unbeeinflusst gelassen hat.

Übrigens tauscht die sowjetische Führung regelmäßig ihre Meinungen mit verschiedenen Teilnehmern des öf-

fentlichen Lebens aus und berücksichtigt in ihrer Außenpolitik deren Wünsche und Stellungnahmen. Die plausibelste Bestätigung dafür sind die Verlängerung ihres einseitigen Moratoriums für Kernexplosionen und ihre in Reykjavik gemachten einschneidenden Vorschläge.

Überhaupt wird der politische Dialog über das wichtigste heutige Dilemma — nukleare Katastrophe oder friedliche Koexistenz — auf verschiedenen Ebenen geführt, auch in der Antikriegsbewegung selbst, wo ein Meinungs- und Erfahrungsaustausch für den Erfolg ungemein wichtig ist. Die Friedensbewegung ist vielgestaltig. Eigentlich trifft das Wort "Bewegung" in der Einzahl gar nicht dafür zu. Es gibt Antikriegsvereinigungen von Wissenschaftlern, Ärzten, Architekten, Sportlern, Künstlern etc. In den Antiraketenkampf schalten sich Gewerkschaften mit Millionen Mitgliedern und große Parteien ebenso wie einzelne Intellektuelle, Offiziere, Geistliche u. a. m. ein.

Als daher dänische Teilnehmer am öffentlichen Leben eine internationale Diskussion der Antikriegskräfte anregten, fand die Idee in verschiedenen Ländern schnell viele Anhänger. Im Dezember v. J. wurde in Köge bei Kopenhagen das Internationale Vorbereitungskomitee (IVK) gebildet.

Zum Vorsitzenden wurde Hermod Lannung gewählt. Sein Enthusiasmus und Optimismus wie auch seine Konsequenz haben ihm selbst in einer so vitalen Bewegung wie die für Frieden einen ganz besonderen Platz eingeräumt. Es heißt mit Recht, daß man lange leben muß, um endlich jung zu werden. Lannung ist 91.

Er ist Mitglied der Radikalen Linken und Ehrenpräsident des Weltbundes der Weltföderalisten. Als namhafter Pazifist ist er unbedingt dafür, daß Streitigkeiten mit Hilfe internationaler Mechanismen beigelegt werden müssen. Er hat reiche politische Erfahrungen, denn er war 20 Jahre im UNO-System tätig, leitete 9 Jahre den Rechtsausschuß des Europarates und war an der Abfassung der wichtigsten internationalen Menschenrechtskonventionen beteiligt.

Das Sowjetvolk hat besondere Ursache, diesem hervorragenden Mann erkenntlich zu sein: In den für Sowjetrußland schweren 20er Jahren war er in unserem Land und organisierte die internationale Hilfe.

Neben Lannung gehörten zum dänischen Vorbereitungsausschuß Repräsentanten verschiedener Parteien und Organisationen, darunter Gewerkschaften. Die Vorbereitungen kosteten viel Mühe und Geduld und vor allem politische Flexibilität.

Heute kann man den Organisatoren — dem dänischen und dem Internationalen Vorbereitungskomitee — gratulieren: Ihre Mühe hat reiche Früchte getragen. Schon nach den ersten Meldungen zu

urteilen, sind auf dem Kongreß vielerlei politische Kräfte vertreten: Radikale, Liberale, Sozialdemokraten, Sozialisten, Kommunisten, Grüne und sogar Konservative. Man sieht viele Geistliche: katholische, protestantische, orthodoxe, buddhistische und moslemische.

Auch viele Physiker, Mediziner, Juristen und Wirtschaftswissenschaftler haben sich eingefunden. Ebenso Parlamentarier, Generale a. D., Schauspieler, Schriftsteller, Lehrer, Kosmonauten, bekannte Sportler.

Gewiß, manchmal bemerkt man hier auch das Feixen eines Verehrers von "Rambo" oder eines Lesers des Söldnerblattes "Soldier of Fortune". Das soll wohl heißen, daß es Schriftstellern, Philosophen, Journalisten und erst recht Fußballern noch nie gelungen ist, einen Krieg zu verhindern.

Angaben von Geheimdiensten

Hier muß ich eine Atempause einlegen und kurzen Rückblick halten, um die Dinge nicht allzu rosig erscheinen zu lassen. Vor dem Kongreß ging nicht alles so glatt. Er wurde auf Straßen und Plätzen bei Kundgebungen und zugleich im IVK vorbereitet. Dieses tagte viermal: zweimal in Kopenhagen und je einmal in Genf und Wien. Keiner hielt sich abseits, man diskutierte offen, und die Beschlüsse wurden einhellig gefaßt. An der Vorbereitung beteiligten sich Leute verschiedener Anschauungen, deshalb waren Probleme unvermeidlich. Sie wurden aber bereinigt.

Das geschah zum Ärger derer, die sich auf ihre eigene Fassung zum Kongreß vorbereiteten: in den NATO-Räumlichkeiten und allgemein bekannten westlichen Zentren, die sich aus ihrem konstant schlechten Ruf nichts machen. Diese meinte offenbar die bundesdeutsche "Welt", als sie ausplauderte: "Erwartet werden nach Darstellung westlicher Geheimdienste 2000 bis 2500 Teilnehmer aus kommunistischen und prokommunistischen Organisationen in aller Welt." Inzwischen waren übrigens bei den Nachrichtenagenturen Rundschreiben des State Department und der Außenministerien anderer NATO-Staaten zum Kongreß eingegangen.

Wir haben das Rundschreiben des State Department durchblättert, eine höchst langweilige Lektüre! Immer ein und dasselbe: Der Kongreß sei vom WFR und von anderen "Frontorganisationen" der Kommunisten veranstaltet. Wie auf Kommando griffen manche Presseorgane, auch "Jytlands-Posten" (Dänemark), die Behauptung auf. Hier ein paar Schlagzeilen: "Der Krenl steckt dahinter", "Das KGB zahlt" und "Den Kongreß veranstaltet das sowjetische Außenministerium". Dazu bemerkte spöttisch eine andere dänische Zeitung "Radikal-Politik": "Die Radi-

kale Partei meint, daß nicht der Krenl dahintersteckt, und zu unserem Leidwesen zahlt das KGB nicht, sonst brauchten wir nicht so viel Zeit zum Sammeln von Geld zu vergeuden, von dem wir noch nicht genug haben." (Der Kassierer des Vorbereitungskomitees war ein dänischer Sozialdemokrat.)

Je mehr man Kommentare der westlichen Presse aus der Zeit vor dem Kongreß liest, desto klarer wird einem der Grund des Geschreis über die "Vorherrschaft der Kommunisten" und "prosojetische Organisationen". Einige Blätter haben ausgeplaudert, wieso das Gezeter. Auf einem großen und offenen Kongreß kann man nämlich unmöglich die Friedensvorschläge der UdSSR und der anderen sozialistischen Länder totschweigen.

Kommen wir nun zum Weltfriedensrat. Vertreter des WFR haben gemeinsam mit Kollegen aus einer Anzahl anderer internationaler und nationaler Organisationen tatsächlich rege an den Kongreßvorbereitungen mitgearbeitet, sie haben ihre reichen und nützlichen Erfahrungen im Veranstellen internationaler Treffen beigegeben. Wenn man sich vorstellt, daß sich der WFR der Beteiligung an dem Kongreß anlässlich des Internationalen Friedensjahrs entzogen hätte, dann hätte er es bestimmt verdient, kritisiert zu werden.

Es ist komisch, aber noch eine hochnäsige Frage wurde gestellt: "Wer hat es den Kommunisten eigentlich erlaubt, den Friedenskongreß in die Hand zu nehmen?" Lassen wir die einflußreiche Kopenhagener Zeitung "Berlingske Tidende" an unserer Stelle antworten. Ein Führer der bürgerlichen Radikalen Linken, Jens Clausager, schrieb darin: "Gewöhnlich haben die Radikalen nichts mit der KP Dänemarks oder mit dem Weltfriedensrat zu tun. Meiner Ansicht nach üben die beiden keinen größeren Einfluß als wir alle auf den Kongreß aus. Und überhaupt frage ich: Wie soll man einen Dialog abhalten, ohne Verfechter verschiedener Standpunkte zusammenzubringen?"

Ja wirklich, wie? Der Weltkongreß ist ja kein Gespräch Gleichgesinnter, daran beteiligen sich heute Menschen, die sehr oft keine besonderen politischen Sympathien füreinander haben. Die heutige Weltlage nötigt jedoch Tausende und aber Tausende Bürger verschiedener Staaten zusammenzukommen, um ihre Anschauungen über die verschiedensten, oft akuten und widersprüchlichen Probleme einander gegenüberzustellen, wobei sie natürlich für ihre Bestrebungen einen gemeinsamen Nenner — den Schutz des Friedens auf der Erde — haben müssen.

Hier, in Kopenhagen, bringt keiner es fertig, die Kongreßdiskussion zu versimpeln. Es ist begreiflich, daß Delegierte zu manchen Fragen einen verschiedenen Standpunkt vertreten, sagen wir, zu manchen Aspekten des Problems der

Menschenrechte oder vielleicht zur Situation um Afghanistan oder zur internen Lage sozialistischer und kapitalistischer Länder. Mag sein, daß zu noch einigen Fragen kein volles Einverständnis erzielt werden wird. Selbstverständlich gibt es hier niemanden, der sagen würde, daß man akute oder heikle Fragen einfach übersehen soll. Umgekehrt, man ist bestrebt, den Dialog zwischen verschiedenen Antikriegskräften nicht in eine sinnlose Auseinandersetzung ausarten zu lassen und das höchste Ziel des Kongresses keine Minute aus den Augen zu verlieren. Hierzu wird in einem Offenen Brief des IVK aufgerufen: "Der Kongreß wird zielstrebig sein. Für die Teilnehmer werden gemeinsame Aktionen und Initiativen im Brennpunkt

stehen. Auf dem Kongreß werden wir Mittel und Wege für die weitere Zusammenarbeit bestimmen können, die darauf abzielt, das wahnwitzige Wettrüsten auf der Erde für immer zum Stillstand zu bringen und seine Ausdehnung auf den Weltraum zu verhindern."

"Sein!"

Helsingör wird die Stadt Hamlets genannt. Aber die Kunst hat eine große Korrektur an der Geschichte der Stadt vorgenommen: Hamlet hat dort nie gelebt. Aber wer denkt jetzt noch daran? Shakespeare hat für alle zukünftigen Generationen eine Frage gestellt, und sie kommt einem immer wieder in den Sinn.

Die Geschichte kann man nicht im Voraus schreiben, ihre Daten nicht auf den Kalender des folgenden Jahrhunderts festlegen. Der Mensch kann die Ergebnisse seines Tuns voraussehen und sein Schicksal ziemlich genau modellieren. Er kann das Leben selbst steuern, kann den Anbruch der Zukunft beschleunigen oder aufhalten. So ein Mensch ist Mitschöpfer der Geschichte. Deshalb beziehen wir die Hamletfrage hier, in Dänemark, auf die Zukunft der Welt, der Menschheit und der Zivilisation.

Ein Friedenskongreß ist im Gange. Er ist ein Forum der Kämpfer der Welt für eine Zukunft ohne Kriege, und sie alle beantworten die Hamletfrage mit: "Sein!"
Kopenhagen

INDONESIEN

Weitere Hinrichtungen

Seit 20 Jahren kommen aus Djakarta Nachrichten, die Schmerz und Zorn hervorrufen. Nun liegt eine weitere Nachricht vor: Noch neun Mitglieder der Kommunistischen Partei Indonesiens wurden erschossen. Nach 15--20 Jahren Gefängnis sind Menschen hingerichtet worden, die meistens schon über 60 waren. Erschossen wurden sie gleich Hunderten anderer auf die Standard-anlage hin, Ende September/Anfang Oktober 1965 einen Sturz der Regierung des Präsidenten Sukarno versucht zu haben. Die Geschichte hat solche Beschuldigungen inzwischen null und nichtig gemacht, Sukarno mußte 1967 unter dem Druck der Kräfte, hinter denen die heute im Lande regierende Armee stand, seinen Posten aufgeben, aber Opfer von Provokationen und böswilligen Denunziationen werden weiterhin hingerichtet.

Unsere Zeit kannte eine so langwierige [20jährige!] und tragische Kampagne des physischen Terrors der siegreichen Bourgeoisie gegen ihren Klassengegner noch nicht. Beobachter führen das auf unterschiedliche Faktoren zurück: die klassenbedingte Rache der Ausbeuter an der Partei, die die Interessen der werktätigen Klassen verteidigt, den Wunsch, alle Regimekritiker, gleich, welcher politischen Orientierung, einzuschüchtern und dem Wachstum der sozialen Aktivität der Massen in der sich verschlechternden Wirtschaftslage entgegenzuwirken. Doch was hinter dieser endlos wirkenden Reihe von Erschießungen auch immer stehen mag, jede davon ist für die Weltöffentlichkeit eine direkte Herausforderung des Gewissens der

Menschheit, ein Verstoß gegen die elementaren Menschenrechte, die in völkerrechtlichen Urkunden anerkannt und verankert sind. Auch jetzt rufen die Nachrichten aus Djakarta in der Welt eine Woge der Entrüstung hervor. Viele Teilnehmer der in Moskau abgehaltenen Internationalen Konferenz "Die Arbeiterklasse und die Gegenwart", auf der die kommunistischen und Arbeiterparteien vieler Länder, darunter auch die KPdSU, vertreten waren, leisteten einem Aufruf der KPI Folge und verurteilten den andauernden Terror. Ferner forderten sie zur Respektierung der wichtigsten Menschenrechte und demokratischen Freiheiten in Indonesien auf.

Die Weltpresse verurteilt die "blutige Kommunistenjagd" ("Le Matin", Paris).

Die Menschen fragen, was die Öffentlichkeit Indonesiens selbst über diese Hinrichtungen denkt. Die politische Atmosphäre im Lande läßt es einfach nicht zu, daß sich jemand für die Kommunisten zu äußern wagt, ohne seine Lage, seine Existenz und seine Freiheit zu gefährden. Aber das düstere Schweigen, mit dem die indonesische Presse die amtlichen Bekanntmachungen über die Hinrichtungen begleitet, ist beredt genug. Zugleich zeugen einige indonesische Pressestimmen davon, daß denkende Menschen dort über die tiefen sozialen Folgen des ununterbrochenen Terrors beunruhigt sind. So verwies die Zeitung "Kompas" in kaum verschleielter Form darauf, daß das Regime, das Gewalt als Hauptmittel zur Lösung der sozialen Probleme anwendet, einen Kult der Gewalt in der Bevölkerung hervor-

bringe, und das führe zu verschiedenen extremistischen Erscheinungen und immer häufigeren Aktionen des Terrorismus.

In Indonesien erkennen viele, daß der extreme Antikommunismus der Innenpolitik des Landes nach 1965 sein politisches Prestige in der Welt untergräbt. Hier hat man nicht vergessen, daß die KP und die linken demokratischen Organisationen seinerzeit ein mächtiger Kampftrupp waren, der die Souveränität der Republik, ihre wirtschaftliche Selbständigkeit und nationale Würde schützte.

Den nationalistischen Kreisen, die seit langem dem ehrgeizigen Traum nachhängen, Indonesien an der Spitze der Nichtpaktgebundenen zu sehen [1961 gehörte die Republik zu den Begründern dieser Bewegung], müssen jetzt ernsthaft darüber nachdenken, daß die Hinrichtungen linker Politiker dem Lande da nicht gerade förderlich sind. In einer Erklärung der Sowjetregierung zu einer Welle des antikommunistischen Terrors 1985 hieß es: "Die dramatischen Ereignisse in Indonesien können in keiner Weise seinen Interessen als nichtpaktgebundenes Entwicklungsland und seinem Ansehen in der Weltgemeinschaft der Nationen dienen."

Dennoch sind bestimmte Kreise in diesem Lande offenbar noch immer der Meinung, extremer Antikommunismus könne die innere Stabilität sichern und in den Augen des imperialistischen Westens Indonesien als zuverlässigen Partner ausweisen. Sobald sich diese Kreise durchsetzen, zeigt sich, daß diese Position in ostentativer Gleichgültigkeit gegenüber der Weltöffentlichkeit mündet. Doch ist inzwischen bekannt, daß eine solche Vernachlässigung der Meinung der Völker nur in eine Sackgasse führen kann.

A. JURJEV

Pjöngjangs Beispiel

Immer mehr Besorgnis erregen in den letzten Jahren regionale Probleme, die die internationalen Spannungen in der betreffenden Gegend oft genug steigern. Dazu gehört zweifellos auch das Korea-Problem, das durch die imperialistische US-Aggression und die Intervention in Korea hervorgebracht wurde.

Im Juli 1953 unterzeichneten die USA das Waffenstillstandsabkommen und verpflichteten sich, ihre Truppen aus Korea abzuziehen und zur politischen Regelung des Korea-Problems beizutragen. Doch gleich darauf schloß Washington einen Vertrag "Über gegenseitige Verteidigung" mit Li Syng Mans Regime. Die von keinem Termin begrenzte Präsenz von US-Truppen im Süden der Halbinsel wurde "legalisiert".

Heutzutage gehört Südkorea für Washington zu jenen Ländern, die für die nationale Sicherheit der USA "lebenswichtig" seien. In der Praxis bedeutet das eine methodische Verstärkung der militärischen US-Präsenz im Süden der Halbinsel, die Umwandlung Südkoreas in ein Aufmarschgebiet für amerikanische nukleare Raketen, die Unterstützung des Regimes Chun Doo Hwans beim Ausbau der Armee, die Erweiterung des Zusammenwirkens der Streitkräfte der USA, Japans und Südkoreas.

Dem Willen des ganzen koreanischen Volkes gemäß kämpft die Regierung der KDVR konsequent für die Konsolidierung des Friedens auf der Halbinsel und für die friedliche Vereinigung des Landes. Diese Position ergibt sich aus der Überzeugung, daß das Problem der Vereinigung Koreas eine interne Angelegenheit der Nation ist und nach Abzug der US-Truppen aus Südkorea, nach Minderung der militärisch-politischen Spannungen auf der Halbinsel und nach Herbeiführung anderer günstiger Voraussetzungen für einen politischen Nord-Süd-Dialog und die spätere demokratische Vereinigung des Landes ohne Einmischung von außen gelöst werden muß.

Im Oktober 1980 schlug der VI. Parteitag der Partei der Arbeit Koreas ein ausführliches Programm für die Vereinigung des Landes durch Gründung einer Demokratischen Bundesrepublik Korea vor. Das Programm betrachtet die Gründung einer Konföderation als Etappe auf dem Wege zur Normalisierung der Lage. Die wichtigste Bedingung für seine Verwirklichung ist der baldigste Abzug der US-Truppen aus Südkorea. In diesem Zusammenhang erneuerte der Parteitag seinen Vorschlag an die USA, über die Ersetzung des Waffenstillstandsabkommens in Korea durch einen Friedensvertrag zu verhandeln und so die Beendigung des Kriegszustands völkerrechtlich zu verankern. Ein solcher Vertrag soll den Abzug der US-Truppen aus Südkorea vorsehen, desgleichen vereinbarte Maßnahmen, die eine Wiederaufnahme der

Kriegshandlungen auf der Halbinsel Korea ausschließen.

Im Januar 1984 schlug die KDVR der Regierung und dem Kongreß der USA sowie dem südkoreanischen Regime amtlich vor, dreiseitige Verhandlungen durchzuführen, die nach Pjöngjangs Absicht in der Unterzeichnung des erwähnten Friedensvertrags zwischen der KDVR und den USA gipfeln müßten. Die KDVR und Südkorea könnten eine Nichtangriffsdeklaration annehmen, die den Seiten die Verpflichtung auferlegt, ihre Streitkräfte auf ein Minimum zu reduzieren. Im Januar d. J. formulierte die Regierung der KDVR eine weitere friedliche Initiative: Sie gab den einseitigen Verzicht auf großangelegte Militärobungen bekannt und setzte alle Manöver für die Zeit der Verhandlungen zwischen der KDVR und Südkorea aus.

Im Juni d. J. wandte sich das Oberkommando der Koreanischen Volksarmee über die militärische Waf-

US-Kernwaffen aus Südkorea und die Verkündung der Halbinsel Korea zu einer friedlichen kernwaffenfreien Zone zu verhandeln. Vor kurzem, im September, gab das Oberkommando der Koreanischen Volksarmee eine großangelegte Verlegung von Divisionen und Brigaden dieser Armee sowie der inneren Truppen aus dem frontnahen Streifen zum Bau von volkswirtschaftlichen Objekten bekannt.

Wie gehen die südkoreanischen Behörden an dieses Problem heran? Der Innen- und Außenpolitik des Regimes Chun Doo Hwans liegt, ebenso wie unter seinem Vorgänger Pak Tschung Hi, die Doktrin der "Sammlung der Kräfte zur Vereinigung des Landes durch den Sieg über den Kommunismus" zugrunde. In der Presse der KDVR wird diese Doktrin mit Recht als eine unbedeutende Abwandlung von Li Syng Mans Doktrin "Vereinigung des Landes durch einen Feldzug gen Norden" beurteilt. In Südkorea gilt nach wie vor eine repräsentative Gesetzgebung, die rigorose Strafen bis zur Hinrichtung für alle vorsieht, die sich für die Demokratisierung des sozialen und politischen Lebens und für breite Kontakte mit dem Norden einsetzen. Die



Der Sozialismus, der in Korea Wurzeln gefaßt hat, hat dieses einst zurückgebliebene Land in einen entwickelten Industrie-Agrar-Staat umgewandelt. Unser Bild: Die Erzgrube von Komdok, die größte der Republik

Foto aus: "Korea" (KDVR)

fenstillstandskommission an den Oberbefehlshaber der 8. US-Armee und den südkoreanischen Verteidigungsminister mit dem Vorschlag, ein Treffen der höchsten Militärs der KDVR, der USA und Südkoreas einzuberufen. Dort könnten vereinbarte Maßnahmen zur Einstellung von Militärobungen und des Ausbaus der Streitkräfte, zur Verminderung der Ist-Stärke der Truppen und Rüstungen auf der Halbinsel Korea und zur strikten Einhaltung des Waffenstillstandsabkommens erörtert werden. Im selben Monat betonte die Regierung der KDVR in einer Erklärung ihre Bereitschaft, mit den USA und mit Südkorea über den Abzug der

militärische Psychose wird künstlich hochgetrieben und eine hemmungslose antikommunistische Propaganda vom Stapel gelassen.

Die jüngsten Ereignisse bestätigen folgende offensichtliche Wahrheit: Nur ein vollständiger und unverzüglicher Abzug der US-Truppen aus Südkorea wird den Weg eröffnen, auf dem das Korea-Problem geregelt werden kann.

Die UdSSR betrachtet die Beziehungen zu Südkorea als einen Bestandteil der gesamtasiatischen und pazifischen Sicherheit und wird sie auch künftig auf dem Fundament der Gleichberechtigung und Solidarität ausbauen.

W. KONDRATJEW

"NEUE ZEIT" 42.86

Sache eines jeden

Die Parlamentsdebatte über die Etatvorlage für 1987 dauert an

Sie ist von der Fünfparteienregierung Craxi (bestehend aus Christdemokraten, Sozialisten, Republikanern, Sozialdemokraten und Liberalen) eingebracht worden. Das Kabinett hat sich darin vor allem drei Ziele gesteckt: für eine prozentige Zunahme des Bruttosozialprodukts zu sorgen, den Fehlbetrag im Etat nicht über 100 000 Md. Lire steigen zu lassen und die Inflation auf 3 Prozent zu senken.

Das sind gute Absichten, aber die Methode ihrer Ausführung wird scharf kritisiert. Die Fortschrittskräfte fordern schon lange eine radikale Steuerreform. Zur Zeit werden fast zwei Drittel der Steuern bei den in der Produktion Beschäftigten erhoben, während die Reichen faktisch frei ausgehen. Mit "Sanierung" meint man eine weitere Kürzung der Aufwendungen für Gesundheitswesen, Renten und andere Sozialleistungen. Die schon Anfang Juli in einem Sozial- und Wirtschaftsprogramm der führenden Gewerkschaftsbestimmungen sind nicht in vollem Umfang berücksichtigt worden.

Die Gewerkschaften haben das Kabinett Craxi auch auf zwei andere Probleme hingewiesen: die Zurückgebliebenheit Süditaliens und die Jugendarbeitslosigkeit. Die Situation ist in der Tat kritisch. Im Landes Süden, wo etwa 40 Prozent der Bevölkerung leben, hat die Kriminalität überhand genommen und wächst die Arbeitslosigkeit an. Seit Jahrzehnten konsumiert der Süden mehr als er produziert. Die Kommunisten und die Leiter der Gewerkschaftsbünde warnen, falls es so weitergehe, werde sich die Situation explosiv gestalten. Schon jetzt leben 18 Prozent der Bevölkerung unterhalb der offiziellen Armutsschwelle. Die Arbeitslosigkeit hat 22 Prozent erreicht. Wirtschaftsexperten schätzen, daß sich die Dinge in nächster Zeit noch mehr zuspitzen werden. Leider haben die Probleme des Südens in der Vorlage keinen merklichen Niederschlag gefunden.

In dieser Situation riefen die Gewerkschaften für den 14. Oktober einen Landessstreik aus. Antonio Pizzinato, Generalsekretär des Allgemeinen Italienischen Gewerkschaftsbundes (CGIL), sagt: "Im weiteren wird viel von den Antworten der Regierung abhängen. So, wie sie ist, halten wir die Vorlage für unangemessen."

Wie stellt sich das Großkapital dazu?

Die Confindustria — der größte Industriellenverband Italiens — vorläufig abwartend, aber kampfbereit. Die Unternehmer haben eine schlagkräftige Waffe: Von den 116 Landestarifverträgen, die über 13 Millionen Werktätige betreffen, entfällt der größte Teil auf die Privatmonopole. Zur Zeit sind die allermeisten Arbeitskontrakte abgelaufen, und bis zum Jahresende laufen weitere 28 ab. Die Unternehmer beeilen sich nicht, sie zu erneuern.

Mir gegenüber sagte Carlo Patrucco, der Vizepräsident der Confindustria: "Es kommt darauf an, wer Opfer bringen soll. Wir finden, man soll die Sozialleistungen kürzen und die frei werdenden Gelder für die Sättigung der Industrie mit modernsten Technologien verwenden."



Mailands Arbeiter streiken aus Protest gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung
Fotochronik: TASS

Vorläufig sind nur bevorzugte Lohnerhöhungen festzustellen."

Diese Ansicht ist bei den Unternehmern Italiens weit verbreitet. Sergio Garavini, Generalsekretär des zur CGIL gehörenden Metallarbeiterverbandes, aber sagt:

"Bei uns in Italien sind die Gewinne hoch, und sie steigen weiter. Der Arbeitsaufwand je Erzeugniseinheit sinkt wertmäßig. Die Beschäftigung der arbeitsfähigen Bewohner nimmt ab, die Löhne von Millionen sind auf Eis gelegt oder werden gesenkt. Deshalb ist die Erneuerung der Kontrakte zur Zeit unser wichtigstes politisches Anliegen."

Die Italiener beschäftigen sich nicht nur mit sozialen und wirtschaftlichen Problemen, sondern auch mit den Fragen von Krieg und Frieden. Als Craxi das

Programm seines Kabinetts vortrug, sagte er, die Regierung setze sich für ein Abkommen über die Einstellung der Nukleartests ein. Seine Stellungnahme zur "Strategischen Verteidigungsinitiative" hat jedoch im Parlament eine heftige Polemik ausgelöst. Wir erinnern daran, daß sich Italien gemeinsam mit Großbritannien, der BRD, Japan und Israel dem SDI-Programm angeschlossen hat. Am 19. September unterzeichneten Rom und Washington ein Regierungsabkommen.

Prof. Marini-Bettolo von der Universität Rom, Mitglied der Päpstlichen Akademie der Wissenschaften, sagte mir folgendes: "Die Aktivität jedes einzelnen ist jetzt notwendiger denn je."

Und weiter: "Im vergangenen Sommer habe ich in Moskau an einem internationalen Wissenschaftlerforum teilgenommen, wo über ein Verbot der Nukleartests diskutiert wurde. Die Wissenschaftler aus 32 Ländern waren sich darüber einig, daß man, um das Risiko einer restlosen Vernichtung der Zivilisation zu verringern, sämtliche Nukleartests verbieten muß. Ich hatte die

Ehre, die vom Forum abgegebene Erklärung Michail Gorbatschow persönlich zu überreichen. Darin haben wir die Chefs der Nuklearmächte, insbesondere der UdSSR und der USA, aufgefordert, ein Abkommen über ein Verbot der Nukleartests zu schließen. Bald darauf erfuhr die Welt, daß die UdSSR ihr einseitiges Testmoratorium bis zum Jahresende verlängert hat. Diese mutige Handlungsweise muß anderen ein Vorbild sein.

Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, von Friedenserklärungen zu konkreten Maßnahmen überzugehen", schloß Prof. Marini-Bettolo.

P. NEGOTIA
Korrespondent des "Trud",
exklusiv für NZ

Rom

ZUR ERINNERUNG

ICH WAR ERNSTHAFT SAUER

Als ich den Artikel "Amerikanischer Traum" in Nr. 27/86 Ihrer Zeitschrift las, kamen mir Ereignisse in den Sinn, die zunächst nichts mit diesem Artikel zu tun haben, andererseits wiederum in unmittelbarer Beziehung zu ihm stehen. Ein sowjetischer Journalist, der einige Jahre in den USA gelebt hatte, schrieb: "Ich werde nie vergessen, wie New-Yorker Bauarbeiter eine Demonstration von 'Bürger-söhnchen', die gegen die Aggression in Vietnam protestierten, brutal auseinanderprügelten."

Ebenso wie Ihr Autor denke ich, daß dieses Erlebnis unbedingt zu den Widersprüchen des american way of life gehört... An jenem Tag fuhr ich von der Arbeit nach Hause und hörte schon im Autoradio die Meldung über die Studentendemonstration und wie sie angekommen war. Mich empörte einfach, wie Vertreter der Arbeiterklasse, zu der ich mich auch zähle, diese durch ihren primitiven Chauvinismus mit Schande bedeckten. Ich machte mich sofort auf die Suche nach den Streikkomitees der Studenten der Columbia Universität und des städtischen New-Yorker College. Als ich sie gefunden hatte, sagte ich den Jungs, daß ich selbst Gewerkschaftsmitglied bin und einen Brief an George Meany, damals Vorsitzender der AFL-CIO, geschrie-

ben hatte, und entschieden gegen die Aggression der USA in Vietnam protestiere. Als ich ihnen meinen Brief zeigte, schlugen sie mir vor, in ein paar Tagen auf einer Veranstaltung im städtischen New-Yorker College zu sprechen. Dort erklärten wir noch einmal laut und deutlich, daß wir die verbrecherische Politik der USA gegenüber Vietnam verurteilen.

Mir scheint, meine Rede und mein Protest waren in gewissem Sinne der Anstoß für Aktivitäten fortschrittlicher Gewerkschafter New Yorks, indem sie sie zwangen, ebenfalls eine Protestkundgebung gegen die verbrecherische Aggression zu organisieren, auf der Tausende von Menschen zusammenkamen. Ich denke, daß dieses Beispiel überzeugend nachweist, wie auch ein einzelner Mensch dazu beitragen kann, daß eine Frage, die sehr viele Menschen bewegt, heftig diskutiert wird.

Charles RIVERS

New York, USA

Ch. Rivers, Metallarbeiter aus New York, schickte uns zusammen mit seinem Brief einige Fotos, von denen wir eins veröffentlichen. Es zeigt Menschen, die gegen amerikanische Schiffe mit Atomwaffen an Bord im New-Yorker Hafen protestieren.



MEINUNGSSTRA

URHEBER DES Ü

Ich bin einfach entsetzt über die Haltung Ihrer Zeitschrift gegenüber dem Terrorismus. Ich meine, daß Terror eine positive Erscheinung ist und daß diejenigen, die Sie Terroristen nennen, junge Helden sind, die für den Triumph der Weltrevolution kämpfen.

Ezio BIANCHERI
Vallecrosia, Italien

Die USA und einige andere westliche Staaten schwingen sich zu Terroristenfressern auf. Was spielt sich in Wirklichkeit ab? Ich möchte an einige Fakten erinnern, die meiner Meinung nach das genaue Gegenteil belegen. Wer scheut keine Mittel und überhäuft nikaraguanische Contras mit Dollars? Die US-Regierung. Sie deckt Pinochet und fördert Verbrecher, die an der afghanisch-pakistanischen Grenze operieren und immer neue Terrorakte verüben, bei denen Unschuldige ums Leben kommen. Die sich da den Lorbeer "des friedlichsten Staates" umhängen, haben das Wichtigste vergessen: Gewalt ruft Gegengewalt hervor, Staatsterrorismus ruft individuellen Terror hervor. Wie auch immer die USA mit ihren "Antiterror-Aktionen" angeben, — sie bleiben die Urheber dieses Übels, das überall, unter anderem auch in meiner Heimat, Tod und Zerstörung verbreitet.

Pierluigi DONINI
Cremona, Italien

Vor ein...
meine Schie...
der Arbeits...
diskutiert. V...
Ergebnis. b...
diese sch...
sich in letz...
Denn die...
ihren B...
Menschen...
und jetzt s...
Frankreich...
über J...
mußten w...
auch da st...
saggiere, b...
Wir rechte...
men aber...
Meinung. I...
die aggre...
und Israe...
schuld ist...
Israel bei...
und schaffe...
nungen i...
dem, selbst...
krakeelt, d...
sei, glaube...
selbst Gew...
an Libyen...
Terror zu...
über diese...
erwies sich...
Auf kein...
Handlung...
Bomben...
bekämpfen...
Erscheinun...
muß man...
zuerst die...
die sie her...

AUGENZEUGEN BER

WENN MAN TIEFER

Es hat sich so ergeben, daß ich zur Zeit immer arbeiten darf. In Spanien, wo ich lebe, gibt es Arbeitslose, und es werden immer mehr. Um die frisieren, werden wir kurzfristig eingestellt. Auf der Behörden außergewöhnlich human vor. Wenn man mit Fug und Recht behaupten, daß unsere La als die der ständig Arbeitslosen. Außer daß beziehen, will man uns wohl in der Illusion wiege zu Müll geworden sind.



ERLEBTE VERGANGENHEIT

SIE SIND AUCH UNSERE HELDEN

Ich habe mir die Fotografien der Heldenfestung Brest angesehen und die Erinnerungen von Alexej Ispolatow, die Sie in Heft 25/86 abgedruckt haben, aufmerksam durchgelesen. In unserem Betriebsklub Kraftwerk Weißwasser haben wir einen Ehrenraum für A. F. Naganow eingerichtet, einen gefallenen jungen Leutnant und einen der letzten Verteidiger der Brester Festung. Hier sind in einer Vitrine Erinnerungstücke der Brester Festung und persönliche Gegenstände A. F. Naganows ausgestellt. Die Brigade Ruppelt aus der Repara-

turabteilung unseres Kraftwerks erkämpfte sich vor kurzem das Recht, den Ehrennamen des Helden zu tragen. Auf einer Festveranstaltung in Gegenwart der Witwe, der Tochter und der Enkelin des Helden wurde der Brigade der Name Naganow verliehen.

Einige Mitglieder unserer Brigade waren Gäste der Familie Naganow in der Ukraine und besuchten eine Brester Brigade, die denselben berühmten Namen trägt. Zeitungsfoto anbei. Die sowjetischen Helden haben ihr Leben nicht umsonst hinge-

geben. Sie haben uns vom faschistischen Joch befreit und uns dadurch den Weg eröffnet, ein neues Leben aufzubauen, einen Weg zu schöpferischer Aufbauarbeit. Deshalb sind sie auch unsere Helden. Ich verehere sie.

Am 22. Juni 1941 war ich elf Jahre alt. Ich erinnere mich noch genau an die bekümmerten Gesichter der Männer, die bei meinem Großvater Franz, einem armen Bauern aus Eldenburg, zusammensaßen. Großvater meinte, daß Hitler dasselbe Schicksal wie Napoleon erleiden werde. Als die Hitlertruppen tief in sowjetisches Territorium eindringen, begannen die örtlichen Behörden Freiwillige zu werben, die sich als Bauern auf russischer Erde niederlassen wollten. Aber Großvater hatte dafür nur ein kaltes Lächeln übrig. Auch als die faschistischen Truppen an der Wolga standen, geriet seine felsenfeste Überzeugung nicht ins Wanken, daß die Rote Armee bis zur Elbe vorstoßen wird. Er hat diese Stunde erlebt und das Wichtigste, er hat einen Keim der Wahrheit in mein Herz gesenkt. Wie arrogant war doch diese barbarische Naziband! Nein, das dürfen wir nie vergessen.

Mit kommunistischem Gruß!

Ernst DRAHEIM
Weißwasser, DDR

Die Witwe des Verteidigers der Brester Festung unterzeichnet den Freundschaftsvertrag zwischen Familie Naganow und der Brigade Ruppelt aus der Reparaturabteilung des Kraftwerks Weißwasser.

DAS THEMA WIRD FORTGESETZT

DIE SPUREN SIND VERWISCHT, JEDOCH...

Anfang des Jahres lasen wir in einem NZ-Heft einen interessanten Artikel über die Geschichte eines der ersten Lenin-Denkmäler noch zu Lebzeiten Wladimir Iljitschs. Uns interessiert das Schicksal des Denkmals, das später in dem italienischen Städtchen Cavriago aufgestellt wurde. Wir sind Pädagogikstudenten aus Krasnoarmejsk, Gebiet Donezk, und sammeln seit einigen Jahren Materialien über die ersten Denkmäler des Führers des Weltproletariats.

Bisweilen schufen Arbeiter und Bauern sie und nicht berufsmäßige Bildhauer. Sie sind auch nicht gerade Meisterwerke der Plastik.

Ein solches Denkmal wurde auf Initiative des Dorfsowjetvorsitzenden Pjotr Lokotjanski am 25. Mai 1924 im Dorf Sergejewka, Gebiet Donezk, enthüllt.

Nicht weit von dort ist ein Steinbruch, und die Handwerker von Sergejewka gelten seit altersher als begabte Steinmetzen. Der Steinmetz Mark Chaljawa schuf diese Skulptur. Die Bauern M. N. Kutscherenko und J. K. Perejaslawski gingen ihm dabei zur Hand. Iwan Sawwiitsch Aljochin, damals Sekretär des Dorfsowjets, erinnert sich: "Drei Monate lang, von früh bis spät, werkten unsere Künstler damals. Den Sockel haben sie selbst behauen und die Büste Lenins selbst

herausgemeißelt. Dann war die Enthüllung.

Leider liegt heute der weitere Werdegang dieses Lenin-Denkmals im Dunkeln. Während des Großen Vaterländischen Krieges war das Dorf von Faschisten besetzt. Ein Bewohner hatte die kostbare Plastik bei sich versteckt. Danach verwischten sich ihre Spuren. Heute kann man auf dem Dorfplatz ein neues Wladimir-Iljitsch-Denkmal sehen. Wir geben die Hoffnung nicht auf, daß wir das erste Denkmal noch finden. Vielleicht weiß jemand etwas über seinen Verbleib? Bitte antwortet uns!

PH-Studenten
aus Krasnoarmejsk
Gebiet Donezk

Weg von 30 Jahren

Prof. Dmitri PETROW

Vor 30 Jahren, am 19. Oktober 1956, unterzeichneten Vertreter der Sowjetunion und Japans eine Gemeinsame Erklärung, die die Beendigung des Kriegszustandes und die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Ländern verkündete. Der Weg, den die UdSSR und Japan in diesen Jahren zurücklegten, war nicht eben. Es gab Fortschritte und Rückschläge, nicht geringe Schwierigkeiten, bedingt durch objektive wie durch subjektive Faktoren, durch Voreingenommenheit gegenüber der Position des Partners oder durch Versuche von Drittländern, die Anbahnung gutnachbarlicher Beziehungen zu verhindern. Und doch erwiesen sich das Streben des sowjetischen und des japanischen Volkes zur Herstellung dauerhafter Beziehungen der Freundschaft und die objektiven Erfordernisse beider Länder als so stark, daß eine nicht schlechte Grundlage für die weitere Entwicklung der gutnachbarlichen Beziehungen geschaffen werden konnte.

"Das wichtigste Ereignis"

Die Gemeinsame sowjetisch-japanische Erklärung legte nicht nur das juristische Fundament für die Entwicklung der politischen, ökonomischen, wissenschaftlich-technischen und kulturellen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Japan. Ihre Bedeutung ging weit über den Rahmen der bilateralen Beziehungen hinaus. Die Isolierung Japans

von den sozialistischen Ländern, in die es nach Abschluß des Friedensvertrages von San Francisco geraten war, wurde beendet. Das eröffnete Möglichkeiten zur Überwindung der Einseitigkeit in den ökonomischen und politischen Beziehungen des Landes, erlaubte es der japanischen Diplomatie, größere Flexibilität und Beweglichkeit in der Weltarena zu zeigen. Große Aussichten eröffneten sich Japan durch die von der UdSSR entsprechend den Bedingungen der Erklärung gewährte Unterstützung seiner Bitte um Eintritt in die UNO.

Die überaus große Bedeutung dieses Dokuments für die Nachkriegsgeschichte des Landes konstatierte das japanische Außenministerium im Blaubuch 1957. "Japans internationale Stellung erlebte die wichtigste Veränderung in der gesamten Geschichte unserer Diplomatie, als wir die diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion wiederherstellten und im Dezember 1956 in die UNO aufgenommen wurden. Vor der Normalisierung unserer Beziehungen zur Sowjetunion waren Japans Fenster nur zu einer Seite hin geöffnet und zu der anderen fest geschlossen. Deshalb waren auch unsere internationalen Beziehungen auf einen Teil der Erde beschränkt, und wir konnten unsere Stimme nicht laut erheben. Mit der Wiederaufnahme der Beziehungen zur Sowjetunion, dem führenden Land der kommunistischen Welt, aber öffneten wir unsere Fenster nach Osten ebenso wie sie nach Westen geöffnet waren und wurden so gleichbe-

rechtigte Mitglieder der Völkergemeinschaft."

In den vergangenen Jahren lernten die UdSSR und Japan einander besser kennen, fanden nicht wenige Berührungspunkte und vertieften das gegenseitige Verständnis. Die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen erfuhren eine umfassende Entwicklung.

Die Öffentlichkeit beider Länder nahm mit tiefer Genugtuung jene positiven Schritte auf, die in letzter Zeit zur Anbahnung und Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen unternommen wurden. Von besonderer Bedeutung waren die gegenseitigen Besuche der Außenminister. Die Gespräche, die Eduard Schewardnadse vom 15. bis 19. Januar in Tokio und Shintaro Abe vom 29. bis 31. Mai 1986 in Moskau führten, kennzeichneten eine Wiederaufnahme des politischen Dialogs nach achtjähriger Unterbrechung. Sie erlaubten, das Mißtrauen abzubauen und viel von dem, was die Entwicklung normaler bilateraler Beziehungen seit Beginn der 80er Jahre störte, aus dem Wege zu räumen.

Die UdSSR und Japan erörtern als zwei einflußreiche Weltmächte die Weltlage. Sie stimmten darin überein, daß alles getan werden muß, um schnellstmöglich Rüstungsbegrenzungs- und Abrüstungsvereinbarungen sowie eine maximale Senkung des militärischen Konfrontationsstandes zu erzielen.

Ein Kulturabkommen wurde unterzeichnet, das den Völkern beider Länder neue Möglichkeiten für ein gründliches Kennenlernen des geistigen Lebens und der nationalen Kultur des anderen eröffnen soll. Es wurde beschlossen, in Zukunft Konsultationen der Außenminister regelmäßig, mindestens einmal jährlich, abwechselnd in Moskau und in Tokio, abzuhalten. In humanitärem Geist wurde die Frage einer vereinfachten Prozedur für den Besuch von Grabstätten auf sowjetischem und japanischem Territorium gelöst. Die 1978 unterbrochene Arbeit der sowjetisch-japanischen Regierungskommission für wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit wurde wieder aufgenommen. Eine prinzipielle Vereinbarung über einen Japan-Besuch Michail Gorbatschows wurde erzielt.

In den japanisch-sowjetischen Beziehungen vollzog sich eine spürbare Wende zum Besseren. Alle Möglichkeiten für ihre weitere Verbesserung auf der Grundlage der strikten Beachtung der Prinzipien der Gleichberechtigung und des beiderseitigen Vorteils sind gegeben.

Aussichten und Möglichkeiten

Natürlich wird niemand die Augen vor den bestehenden Differenzen ver-

BIOGRAPHISCHES

AUSSENMINISTER JAPANS

Tadasi KURANARI

Fakultät der Universität Tokio. Seine Frau gehört zu den Hibakusha, den Opfern des Atombombenabwurfs.

Seit 1958 ist Kuranari Mitglied der Abgeordnetenversammlung. 1974 und 1976 Kabinettsmitglied als Staatsminister und Chef der wirtschaftlichen Planungsverwaltung. Wurde wiederholt zum Stellvertreter des Generalsekretärs

und des Vorsitzenden des politischen Rates der regierenden Liberaldemokratischen Partei gewählt.

Am 22. Juli 1986 ernannt zum Außenminister. Kuranari sprach in einem Interview davon, Japan müsse eine Politik des Friedens und der Abrüstung verfolgen, und versicherte, er wolle alles nur mögliche für den Weltfrieden tun.



Geboren am 31. August 1918 in Nagasaki. Absolvierte 1941 die juristische

schließen. Eine Annäherung wird dadurch gestört, daß gewisse Kreise in Tokio eine nichtexistente "territoriale Frage" aufgreifen. Doch das, was unsere Länder und Völker vereint und einander näher bringt, ist viel stärker als das Trennende.

Die Sowjetunion hat wiederholt erklärt, daß sie aufrichtig nach Entwicklung der allseitigen Beziehungen zu Japan auf der Grundlage der Freundschaft und der guten Nachbarschaft strebt. Das ist keine schwankungen ausgesetzte Politik, sondern ein langfristiger Kurs, der sich aus den nationalen Interessen der UdSSR und den Prinzipien ihrer Außenpolitik ergibt. Michail Gorbatschow unterstrich in Gespräch mit Japans Außenminister Yasuhiro Aso: Die Sowjetunion hat die prinzipielle politische Entscheidung getroffen, alle Möglichkeiten für die Weiterentwicklung und Verbesserung der Beziehungen zu Japan in allen Richtungen, unabhängig von dessen Verbindungen zu anderen Ländern, zu nutzen. Sprecher der japanischen Regierung: "Der bereits bekundete gleichfalls wiederholte die Bereitschaft, eine Verbesserung der Beziehungen zur Sowjetunion zu betreiben. Ministerpräsident Yasuhiro Nakasone erklärte kürzlich im Parlament, er wolle "Anstrengungen zum Ausbau der freundschaftlichen Kontakte zur UdSSR in Kultur, Wirtschaft, Wissenschaft und in anderen Bereichen unternehmen... Wir wünschen eine Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen. Japan und die Sowjetunion sind Nachbarn, und als gute Nachbarn müssen wir diesbezügliche Anstrengungen unternehmen."

Der auf höchster Ebene klar zum Ausdruck gekommene Wunsch beider Seiten nach fürwahr gutnachbarlichen Beziehungen eröffnet Möglichkeiten für die Suche nach konkreten Wegen einer schicksalbezogenen Zusammenarbeit.

Die Sowjetregierung geht davon aus, daß die UdSSR und Japan keinen Grund zu einer Konfrontation haben. Vielmehr erweitern die zunehmende Interdependenz in der Welt von heute und die Aufgabe, das Überleben der Menschheit zu sichern, den Bereich der gemeinsamen Interessen und schaffen Möglichkeiten für abgestimmtes Handeln, vor allem in den Problemen, die mit der Abwendung der Nuklearkriegsgefahr zusammenhängen.

In Japan wurde die mutige Entscheidung der Sowjetunion, die Kernwaffen- tests einseitig einzustellen, hoch eingeschätzt.

Japan als ein Land, das die Schrecken der Atombombe selbst erfahren hat, möchte sein moralisches Ansehen einsetzen, um an Washington zu appellieren, die Stimme der Vernunft zu hören, Respekt vor dem Willen der Völker zu bekunden und unverzüglich dem Beispiel der Sowjetunion zu folgen, alle Nuklearexplosionen zu beenden. Die Sowjetunion und Japan könnten nicht

wenig dafür tun — sowohl in der UNO als auch über andere internationale Organisationen.

Japan hätte eine wichtige Rolle bei der Abwendung einer neuen Gefahr, die über der Menschheit schwebt — der Ausweitung des Wetttristens auf den Weltraum —, spielen können. Leider beschloß die japanische Regierung am 9. September, sich Reagans "Strategischer Verteidigungsinitiative" anzuschließen und an der Vorbereitung von "Sternenkriegen" teilzunehmen. Dieser Beschluß wurde von der VR China verurteilt. Die Länder Südostasiens stehen ihm zutiefst skeptisch gegenüber. Die Sowjetunion ist natürlich auch über die Pläne für einen Einsatz des japanischen wissenschaftlich-technischen Potentials für die Militarisierung des Weltraums beunruhigt.

Die sowjetisch-japanische Zusammenarbeit könnte einen nicht geringen Beitrag zu Frieden und Stabilität im asiatisch-pazifischen Raum leisten. Friedensdienlich wäre z. B. die gemeinsame, multi- oder bilaterale Ausarbeitung vertrauensbildender Maßnahmen im Fernen Osten. Die Sowjetregierung schlägt vor, eine Begrenzung der Aktivitäten der Seekriegsflotten und der U-Boote in gewissen Pazifikzonen zu vereinbaren, vor allem dort, wo die belebtesten Schifffahrtswege verlaufen.

Nicht wenige Initiativen ergreift die Sowjetunion auch im Bereich der bilateralen Beziehungen zu Japan. Moskau ist bereit, einen Vertrag über gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit zu schließen. Ein solcher Vertrag, wie man ihn sich in der Sowjetunion denkt, würde einen Friedensvertrag, über dessen Abschluß Verhandlungen weitergeführt würden, keineswegs ersetzen. Im Gegenteil wäre ein solcher Vertrag eine wichtige Zwischentappe, die eine Vereinbarung über andere komplizierte Probleme erleichtern würde.

Den Interessen der Völker beider Länder würde der Abschluß eines Abkommens, das die Verpflichtung der Sowjetunion, keine Atomwaffen gegen Japan einzusetzen, und der japanischen Regierung, die von ihr verkündeten "drei Nichtnuklearprinzipien" strikt einzuhalten, verankerte, voll entsprechen.

Festes Fundament

Günstige Aussichten bestehen im wirtschaftlichen Bereich. Der Umfang des sowjetisch-japanischen Handels stieg 1985 um 6,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr auf 4,1 Mrd. Dollar. Doch das ist immer noch weniger als 1982 und kann weder die UdSSR noch Japan angesichts der Entwicklung ihrer Volkswirtschaft und der objektiven Erfordernisse befriedigen.

Einen bedeutenden Impuls erfuhren die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen durch die 10. gemeinsame Tagung des sowjetisch-japanischen und des japanisch-sowjetischen Ausschusses für ökonomische Zusammenarbeit (15.—17.

April d. J., Moskau). Dabei wurde konstatiert, daß neben der Entwicklung des Handels mit traditionellen Warengruppen viel von den Anstrengungen der japanischen Firmen für eine bessere Struktur des Warenaustausches und eine wesentlich erweiterte Einfuhr von Maschinen, Anlagen, Halbfabrikaten und Lizenzen aus der Sowjetunion abhängt. Das würde es erlauben, das Defizit der UdSSR im Handel mit Japan abzubauen und ihn zu normalisieren.

Vertreter japanischer Geschäftskreise äußerten sich positiv darüber, daß die Sowjetunion nach neuen Formen der Wirtschaftsbeziehungen sucht, insbesondere die Bildung gemeinsamer Betriebe vorschlägt.

Zugleich sei gesagt, daß die künstlichen Hindernisse, die durch die von Jahr zu Jahr strengeren Beschränkungen für die Lieferung modernster Technologien an die UdSSR geschaffen werden (Japan verhängt Beschränkungen entsprechend den Beschlüssen des COCOM), die Weiterentwicklung der geschäftlichen Zusammenarbeit ernsthaft stören.

Die sowjetischen Außenhandelsorganisationen und Geschäftskreise Japans rechnen mit der Verwirklichung der bei den Gesprächen der Außenminister erzielten Vereinbarung, daß beide Seiten "zum weiteren Ausbau der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen der UdSSR und Japan auf der Grundlage des gegenseitigen Vorteils beitragen werden". Würde Tokio diese Verpflichtung erfüllen, würden diverse künstliche Beschränkungen hinfällig werden.

Eine große Rolle würde der Abschluß eines von der Sowjetunion vorgeschlagenen Regierungsabkommens über die Prinzipien der ökonomischen Zusammenarbeit spielen. Auf dessen Basis könnte ein Programm für 25—30 Jahre wie jene, die schon seit langem zwischen der UdSSR sowie der BRD, Frankreich, Großbritannien und anderen westlichen Ländern bestehen, erarbeitet werden. Das würde es erlauben, die Handelsbeziehungen auf stabile Grundlage zu stellen, und so die Möglichkeit für die Produktion von Waren, die speziell auf den Bedarf des Partners abgestellt sind, eröffnen...

Bei einem Rückblick auf die vergangenen 30 Jahre können wir befriedigt feststellen, daß nicht wenig getan wurde. Ein nicht schlechtes Fundament der guten Nachbarschaft wurde gelegt. Doch noch mehr Arbeit steht bevor. Sie verlangt nicht geringe Anstrengungen, Takt, die gegenseitige Berücksichtigung der Interessen und die Bereitschaft zur Suche nach beiderseits annehmbaren Lösungen. Doch das ist eine dankbare Arbeit, erlaubt ja nur sie, die Lage im Fernen Osten spürbar zu verbessern und wahrhaft freundschaftliche Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Japan herzustellen.

Der Schuß in der Gedenkstätte

Jetzt, schon zum zweitenmal in den letzten zwei Jahren, sichern Analytiker des Zentralen kriminologischen Laboratoriums der Polizei in Delhi die Spuren von Kugeln, die gegen Ministerpräsidenten des Landes abgefeuert wurden.

Glücklicherweise zeigen die Kreidekreise, die am 2. Oktober 1986 auf einem Weg im Mahatma-Gandhi-Memorialkomplex von Delhi aufgezeichnet wurden, nicht die Silhouette eines zu Boden geworfenen Mannes. An diesem Tag scheiterte ein Anschlag auf Ministerpräsident Rajiv Gandhi.

Die Revolverschüsse am 2. Oktober störten die Stille des jedem Inder heiligen Orts. Hier fand vor 39 Jahren die Einäscherung des von der Reaktion ermordeten Mahatma Gandhi, des Vorkämpfers des indischen Volkes für seine Unabhängigkeit und Ideologen der nationalen Selbstbesinnung Indiens, statt. Die "Große Seele" — eben so wird "Mahatma" übersetzt — betonte, daß die Kriegsgefahr vom Imperialismus, von dessen aggressivem Wesen ausgeht. Die Ideen Mahatma Gandhis prägen den heutigen außenpolitischen Kurs Indiens auf enge Zusammenarbeit mit Staaten unterschiedlicher Gesellschaftssysteme. Dieser Kurs, den Jawaharlal Nehru und Indira Gandhi verfolgten, wird jetzt in Indien auch mit dem Namen des jetzigen Ministerpräsidenten verbunden.

Augenzeugen berichten, daß der Terrorist, der das Attentat auf Rajiv Gandhi verübte, bei seiner Verhaftung geschrien habe, er wolle der zweite Nathuram Godse werden. So hieß der Fanatiker, der auf Mahatma Gandhi schoß. Der Mörder des großen Inders war im Grunde ein Werkzeug der einheimischen Reaktion und des Imperialismus. Diese beiden obskuren Kräfte wollen jetzt Mahatma Gandhi ein zweites Mal ermorden — diesmal ideologisch. Eben deshalb schossen sie auf Indira Gandhi, eben deshalb gaben sie die Schüsse auf Rajiv Gandhi ab.

Am 2. Oktober wurde der 117. Geburtstag Mahatma Gandhis begangen. An diesem Tag legen die Führer des Landes am frühen Morgen Blumen an der Stelle, wo der Vater der Nation eingäschert wurde, nieder. Das Memorial ist ein quadratischer Platz im Freien, eingefaßt von aufgeschütteter Erde. Im Mittelpunkt der Rasenfläche befindet sich eine bescheidene Marmorplatte mit dem Ewigen Feuer.

Nachdem er Blumen niedergelegt hatte, verließ Rajiv Gandhi den Platz. Dabei schlossen sich ihm Regierungsmitglieder und andere Teilnehmer der Zeremonie an. Sie gingen zu den Toren der äußeren Einfassung auf einem schmalen, steingepflasterten Weg. Etwa in der Mitte des Weges, zehn Meter weiter nach rechts, steht ein Gartenhaus mit einem Flachdach, verdeckt von dichter Vegetation. Eben da verbarg sich der Terrorist. Er war von dem Regierungschef ca. 30 Meter entfernt, als der Schuß fiel. Unfreiwilliger Leibwächter Rajiv Gandhis sollte der in diesem Augenblick an ihn herangetretene 56jährige pensionierte Richter Ram Charan Lal sein.

"Plötzlich spürte ich einen starken Schmerz im Rücken und einen plötzlichen Druck in Richtung auf den Ministerpräsidenten", berichtete dieser hühnerhafte Mann im Krankenhaus den Journalisten. "Gleichzeitig hörten wir alle einen Schuß. Ich kann mich erinnern, wie Gandhi recht ruhig fragte: 'Was ist los?'"

Die Leibwächter bildeten einen dichten Ring um den Ministerpräsidenten, und so ging er bis zum Wagen. Andere Vertreter der Sicherheitskräfte kreisten das Gartenhaus ein und zwangen den Terroristen zur Aufgabe.

Beobachter konstatieren die Kaltblütigkeit und den Mut Rajiv Gandhis an diesem dramatischen Tag. Bereits ca. 2 Stunden nach dem Attentat flog er, wie geplant, in den Bundesstaat Maharashtra, um an Veranstaltungen zur Feier des Geburtstages Mahatma Gandhis teilzunehmen.

"Indien", sagte Rajiv Gandhi, "wird auch in Zukunft der Lehre Mahatma Gandhis folgen, die den Fortschritt des Landes prädestiniert und der Bewahrung des Weltfriedens dient."

Unterdes begannen die zuständigen Organe mit dem Verhör des Verhafteten. Wie aus Kreisen, die den Untersuchungsrichtern nahestehen, bekannt wurde, versuchte der Verbrecher sehr raffiniert die Justiz irrezuführen. Er änderte ständig seine Aussagen, ging von einem Dialekt zum anderen über, nannte sich verschieden. Schließlich wurden seine Angaben geklärt: "Karamjit Singh, 25 Jahre, aus Punjab, Anhänger des berüchtigten Bhindranwale — des

jetzt toten Anführers der Sikh-Extremisten, die mit ausländischer Hilfe die Abtrennung des Bundesstaates Punjab von Indien und die Schaffung eines "unabhängigen Staates Khalistan" auf dessen Territorium betreiben. Wie Karamjit Singh aussagte, war sein Schuß am 2. Oktober nicht der erste Versuch eines Anschlages auf Rajiv Gandhi.

Wer ist dieser Karamjit Singh? Ein Fanatiker? Ein Geisteskranker? Ein sein Leben bedenkenlos riskierender Einzelgänger? Offenbar wollte der Verbrecher dem Untersuchungsrichter gerade diese Version weismachen. Doch wie aus informierten Kreisen bekannt wurde, gedenken die Untersuchungsrichter nicht, diese Version zu akzeptieren. Im Fall Karamjit Singh wurden in Punjab bereits weitere zehn Personen verhaftet. Die Umstände lassen eine sorgfältig geplante Verschwörung vermuten.

Der Verbrecher gelangte — noch weiß man nicht, wie — in den Besitz einer Armeeuniform, die als hervorragende Tarnung in der dichten Vegetation, in der er sich verbarg, diente. Der Terrorist hielt sich schon einige Tage vor dem Anschlag auf dem Dach versteckt, hatte einen sorgfältig ausgewählten Vorrat von Lebensmitteln bei sich. In dem Versteck wurden Arzneimittel entdeckt, deren Einnahme — in Verbindung mit Trockennahrung — dem Terroristen erlaubte, sich lange in dem Versteck aufhalten zu können... Eine beachtliche Kaltblütigkeit ist ihm nicht abzusprechen.

Ein Umstand verwirrt Untersuchungsrichter und Beobachter: Der Terrorist schoß mit einem selbstgebastelten Revolver, dessen Möglichkeiten begrenzt sind. Auf dieser Tatsache werden hier zwei Hypothesen aufgebaut: Entweder setzte man auf die Schalldämpfung bei dem Schuß, was es den Leibwächtern erschweren sollte, sofort zu erkennen, woher geschossen wurde, und außerdem könnte der Verbrecher ungehindert weitere ein, zwei Kugeln abgeben. Oder aber Karamjit Singh war nur vorgeschoben, um Verwirrung auszulösen und die Aufmerksamkeit der Leibwächter von dem zweiten Terroristen mit einer stärkeren Waffe abzulenken, doch der konnte diese aus irgendwelchen Gründen nicht einsetzen.

Auf diese Fragen gibt es bislang keine Antworten. Unterdes aber stellen sich neue Fragen, die dem Geschehen am 2. Oktober neue Dimensionen — jetzt schon internationale — verleihen.

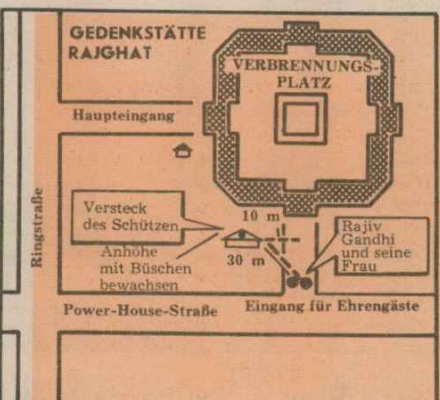
Am 4. Oktober teilte Außenminister Shiv Shankar auf einer Sitzung des parlamentarischen Konsultativausschusses beim Außenministerium mit, der indische Generalkonsul in Karatschi habe ein Telegramm geschickt, in dem er davor informierte, daß in dieser pakistanischen Stadt "Interesse" an einem möglichen

Attentat auf Rajiv Gandhi bekundet wurde... und zwar 24 Stunden, bevor es verübt wurde. Wie die Londoner "Times" am 3. Oktober meldete, riefen Unbekannte den ganzen 1. Oktober über in Zeitungsredaktionen und bei Nachrichtenagenturen in Karatschi an und baten um Bestätigung, ob ein Attentat auf den indischen Ministerpräsidenten verübt worden sei.

Plan des Mahatma-Gandhi-Memorialkomplexes

Einige Sekunden nach dem versuchten Attentat auf Rajiv Gandhi. Leibwächter des Ministerpräsidenten zwingen den Terroristen zur Aufgabe. Der Verbrecher wird festgenommen.

Fotos aus:
"Times of India"
und "Patriot"



Hat jemand in Pakistan von dem geplanten Verbrechen gewußt? Handelt es sich folglich um ein internationales Komplott unter Beteiligung des Nachbarlandes?

Keineswegs Hypothese, sondern unwiderlegbare Tatsache ist der Umstand, daß Pakistan, genauer gesagt die pakistanischen Behörden, hinter den jetzigen terroristischen Exzessen in Punjab stehen. Die Regierung Indiens wies Islamabad wiederholt dokumentarisch nach, daß sich auf pakistanischem Territorium Sonderlager befinden, in denen Separatisten in Diversion und Sabotage unterwiesen werden. Hunderte von ihnen schleust man dann nach Indien. Vor diesem Hintergrund sind Informationen des namhaften Delhieser Kommentators Cecil Victor, Karamjit Singh sei in einem dieser Lager auf pakistanischem Territorium gedrickt worden, von großer Bedeutung. Und schließlich sich da nicht eben der Reis, der mit den geheimnisvollen Anrufen in Karatschi seinen Anfang nahm?

Auch ein anderer Kreis schließt sich. Die Delhieser Zeitung "Organiser", die mit dem Indischen Nationalkongreß nicht

gerade sympathisiert, meldete kürzlich, das geplante Attentat auf Indira Gandhi am 31. Oktober 1984 sei dem Präsidenten Pakistans, Zia ul-Haq, zumindest am 30. Oktober bekannt gewesen. Wiederum einen Tag zuvor!

Doch wenn Pakistan, der "strategische Partner" der USA, von Terroranschlägen in Indien einen Tag vor deren Ausführung erfährt, ist man in Washington über

Gandhis werde im Lande ein Chaos einsetzen und das benachbarte Pakistan könne "impulsive Handlungen" unternehmen? Und näherte sich die "Enterprise" nicht, um solche Handlungen zu unterstützen, der indischen Küste?

Auf US-Territorium agieren mit Wissen und Duldung der Administration über ein Dutzend Organisationen der Sikh-Extremisten. Viele von ihnen werden in Lagern, die von der CIA und dem FBI "betreut" werden, gedrickt. Die Administration hatte gehofft, in Südasien einen proimperialistischen Marionettenstaat "Khalistan" zu bekommen, der sowohl gegen das "unbotsame" Indien als auch gegen den "russischen Einfluß" in der Region eingesetzt werden könnte.

Im Sommer fand in Washington ein Kongreß des "amerikanischen Sicherheitsrates", einer erzreaktionären Organisation, statt. Ein Vertreter der Sikh-Separatisten erklärte dabei: Unsere Bewegung fällt unter die "Reagan-Doktrin" und darf mit Hilfe der USA rechnen.

solche Verbrechen bisweilen schon bedeutend früher informiert.

Bis zur Ermordung Indira Gandhis waren es noch einige Monate, da wurde in den USA im Auftrag der CIA ein Geheimdokument über "Varianten der weiteren Entwicklung in Indien" für den Fall eines "gewaltsamen Abgangs" Indira Gandhis ausgearbeitet. In dem Papier, bekannt als Hardgrave-Bericht — benannt nach seinem Autor —, wurde der künftige "gewaltsame Abgang" Indira Gandhis nicht in Zweifel gezogen. Gefragt wurde nur, wann das geschehen werde.

Einen Tag vor der Ermordung Indira Gandhis — wiederum einen Tag zuvor! —, am 30. Oktober 1984, wurde die Stoßgruppe Nr. 109 der US-Kriegsmarine (der Flugzeugträger "Enterprise" und einige andere Schiffe) aus dem Persischen Golf in das Arabische Meer, näher an die Grenzen Indiens, verlegt. Diese Schiffsbewegung erfolgte, wie indische Dienste fixierten, bei völliger Funkstille. Bestand ein Zusammenhang zwischen diesem Manöver und der Schlußfolgerung des Hardgrave-Berichts, nach dem "gewaltsamen Abgang" Indira

Entsprechend dieser Doktrin sprengten Sikh-Extremisten im Sommer 1985 einen indischen Liner mit 329 Passagieren bei dem Flug über den Atlantik. Im August d. J. schossen sie den Ex-Stabschef der Landstreitkräfte Indiens, General Arun Sridhas Vaidya, nieder. In den letzten Wochen machen sie förmlich Jagd auf namhafte Vertreter der Punjab-Organisation der KP Indiens.

All das demonstriert Neoglobalismus in Aktion. Man will Chaos in Indien verbreiten, das große asiatische Land destabilisieren und dessen weltpolitische Rolle schwächen.

Zu den jüngsten Vorgängen im Lande erklärte der Vizevorsitzende des regierenden Indischen Nationalkongresses (I), Arjun Sing, in einem Interview für die NZ:

"Wir neigen nicht dazu, den Ernst der Lage zu unterschätzen. Doch jene, die Panik im Lande verbreiten wollen, täuschen sich. In der Innen- wie in der Außenpolitik werden wir von unserem Kurs nicht abgehen."

L. SHEGALOW,
NZ-Korrespondent

Delhi, im Oktober



Der fliegende Hunger

Sergej KULIK

"Heute kommt wahrscheinlich kein Zug", sagte mir mit schuldbewußtem Lächeln der Stationsvorsteher der kleinen botswanischen Zwischenstation Palapye, die auf halbem Weg aus Johannesburg nach Harare liegt. "Per Funk ist eben durchgegeben worden, daß ein riesiger Heuschreckenschwarm quer über die Strecke zieht. Wenn der Zug auf dem ansteigenden Gelände in Richtung Simbabwe mit ihm zusammenstößt, passiert bestimmt etwas. Die Lokomotive überfährt Insekten, kommt ins Schleudern, und der ganze Zug rutscht bergab. Wir haben bittere Erfahrungen gemacht. Sie müssen schon entschuldigen."

Gegen Mittag erfuhren wir, daß nicht ausgewachsene, geflügelte Heuschrecken, sondern ihre springenden flügellosen Larven aus der Kalahari-Wüste ostwärts zum Limpopo wandern. Sie zogen dicht bei dicht als mehrere Kilometer langes Band, ein solcher Schwarm strebte den grünen Ufern vom Süden, ein anderer vom Norden her zu. Gerade in der Gegend von Palapye vereinigten sie sich und gingen zum Sturm auf den Limpopo über.

Der wasserreiche Strom konnte sie nicht aufhalten. Sie überquerten ihn in einer Breite von 800 Metern. Millionen sprangen gleichzeitig ins Wasser, daß es zu brodeln schien. Ein großer Teil der ersten ertrank, aber über ihre Leiber

hüpften wie über Pontons die anderen, und schon erreichten sie das gegenüberliegende Ufer. Sie glitzerten naß an der Sonne. Eine knappe Stunde später würden die Baumäste in der Flußniederung unter der Last der Insekten krachen.

Die Bevölkerung — sie gehört dem Bamangwato-Stamm an — hat in diesem dünnen Jahr nicht einmal gesät und hat folglich nichts für den Ernteertrag zu befürchten. Sie ist über die Heuschrecken eher froh. Alle Dörfler, klein und groß, aßen sich, nachdem sie den Larven die Köpfe, Beine und Flügelstümpfe abgerissen hatten, an ihnen satt. Dann stopften sie riesige Säcke, in denen gewöhnlich Maiskolben befördert werden, mit den Larven voll. An der Sonne getrocknet und in Öl gebraten, gelten diese dort als Leckerbissen, aber den größten Teil zerstampfen die Frauen zu Mehl, das entweder in Milch, oder, zu Fladen verbacken, gegessen wird.

So mancher Leser wird glauben, das zeige doch, daß die Afrikaner in mancher Hinsicht noch Wilde seien. Eine kleine Richtigstellung: Die Heuschreckenlarven sind die Akriden der Antike, von ihnen ernährten sich viele christliche Asketen und nannten sie Speise des heiligen Antonius. Rezepte sind bei Herodot zu finden. Heutzutage

treiben japanische Firmen in aller Welt schwunghaften Handel mit Akridendelikatessen in Büchsen, auf denen im Stil altägyptischer Fresken eine Heuschrecke abgebildet ist.

Eine "ägyptische Plage"

Mit Ausnahme von Wüsten, wo die Heuschrecken nicht soviel vernichteten, wie sie selbst als Nahrungsmittel dienten, galt die Heimsuchung durch die gefräßigen Geradflügler stets als Naturkatastrophe. Man denke an das Ägypten des Alten Testaments. Von den zehn Plagen, die Gott dem Pharao schickte, war die achte und schlimmste die Heuschrecke. "Und es fielen Heuschrecken über das ganze ägyptische Land her und breiteten sich darüber aus", lesen wir. "Sie bedeckten das Antlitz der Erde, so daß der Boden nicht sichtbar war, und fraßen alle Kräuter der Erde und alle Früchte der Bäume..., und es verblieb kein Grün an den Bäumen und kein Grashalm auf den Feldern des ganzen ägyptischen Landes." Das geschah im Jahre 1300 v. u. Z., als die Pharaonen der 19. Dynastie regierten.

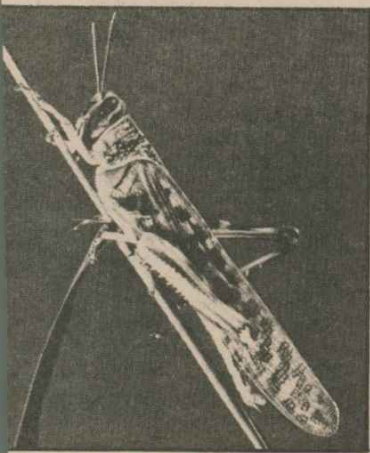
Das ist keineswegs übertrieben. Chroniken haben uns den Untergang einst blühender Länder und das Aussterben ganzer Völker überliefert. So vernichteten Heuschrecken im Jahre 125 v. u. Z. alle Saaten in Numidien und in der Kyrenaika, so daß der Hunger 800 000 Menschen dahintrug.

Heutzutage sind die Heuschrecken nicht minder gefährlich, im Gegenteil, je öfter wirtschaftlich entwickelte Gebiete von ihnen überfallen werden und je größere Pflanzungen einträglicher Exportpflanzen sie vernichten, desto größere Verluste verursachen sie.

Wer weiß, wäre ich einen Monat nach dem Zusammentreffen am Limpopo in Tansania gewesen, dann hätte ich in den

Ausläuern des Kilimandscharo vielleicht denselben Schwarm gesehen, der den Zug nach Botswana aufhielt. Für die lastlosen Wanderer sind weite Entfernungen kein Hindernis. Sind ihnen erst Flügel gewachsen, dann fliegen sie mit dem Wind mit einer Stundengeschwindigkeit bis zu 40 km. Es ist vorgekommen, daß Schwärme morgens in Marokko aufstiegen und sich zum Übernachten in Portugal niederließen. Aus Algerien kamen Heuschrecken bis nach England, aus der RSA bis nach Kenia. Die Afrikaner nennen die Heuschrecken treffend Zähne des Windes, sie haben längst erkannt, daß die Insekten mit dem Wind auf ihre Felder kommen.

Nach Nordtansania fuhr ich frühmorgens ab. Die Morgensonne hatte die



Stübenheuschrecke

chtliche Kühle noch nicht von denünen Baumwoll- und Sisalpflanzungen beiden Seiten der Chaussee vertreiben. In weißer Blütenpracht standen orrige Affenbrotbäume.

Der abgeplattete schneeige Gipfel des Kilimandscharo leuchtete am Horizont, wir eine kleine Anhöhe hinauffuhren. Etzlich gerieten wir aus der grünen Welt in eine gelbbraune. Die Ebene vor uns war in herbstliche Farben taucht.

Unter den Rädern unseres Toyota kuckte es sonderbar. Das Geräusch wurde immer lauter, und bald fuhren wir nicht mehr über schwarzen Asphalt, denn über eine lückenlose Schicht aus braunen Insekten. Wir mußten zögerlich fahren und schließlich halten.

Räder steckten fest in dem Heuschreckenbrei, die Schicht schien 30 cm dick zu sein. An den Ruspseerändern errieten wir dicht mit fingerlangen Heuschrecken besäete.

Als die Sonne zu brennen anfangte, erstarb diese Masse zu sein. Als heiß wurde, geriet alles ringsum in Bewegung und ins Rascheln. Durcheinanderdrängend, suchten die Insekten an der Sonnenglut zu kommen, um sich zu

erwärmen, die Flügel zu strecken und die Wanderung fortzusetzen. Hier und da schien es wie Rauch aufzusteigen, umeinander wirbelnd flogen Heuschrecken in die Höhe. In der Luft vereinigten sie sich, und bald darauf war unser Wagen in den lebendigen Wirbel hineingerissen.

Bei der Heuschreckenbekämpfung beschäftigte Flieger erzählen, daß sie den Motor der eigenen Maschine oft wegen des Brausens der fliegenden Schwärme nicht hören können. Wir im Toyota konnten wegen des ununterbrochenen Aufprallens von Heuschrecken an die Karosserie nicht mehr miteinander sprechen. Bald mußten wir uns die Finger in die Ohren stecken, um das Knattern der Flügel und das Knacken der von den Heuschrecken angegrissenen Pflanzen nicht zu hören.

Es wurde schwül im Wagen, wir konnten aber kein Fenster öffnen, sonst wären Hunderte ungebetener Gäste eingedrungen, hätten sich in unseren Haaren verheddert, wären uns hinter die Kragen gekrochen oder hätten uns mit den Dornen an ihren harten Beinen die Gesichter zerkratzt. In der mitten am Tag hereingebrochenen Finsternis wären wir nicht so leicht mit den rabiaten Insekten fertig geworden.

Zum Himmel aufgestiegen, bildete der Schwarm eine riesige graue Wolke. Sie entfernte sich in Richtung der Sonne, und als die Sicht besser wurde, bot sich uns ein grauenhaftes Bild: Anstelle der noch gestern lebensvollen Ebene erstreckte sich eine Mondlandschaft.

Ich stieg aus und ging zu den Feldern. Nach den aus der roten Erde ragenden kahlen, zur Hälfte angeknabberten Stengeln konnte man bestenfalls erraten, daß da Baumwollsträucher geerntet hatten. Kein Blättchen, kein Trieb war übrig. Die Bananenstauden und Mangobäume waren unter der Last der Schwärme, die auf ihnen genächtigt hatten, geknickt. Selbst das Gras war verschwunden.

Wieviel Insekten an dem Oberfall auf eins der fruchtbarsten Gebiete Tropenafrikas teilgenommen haben? Die Zahlen der Statistik sind horrend. Wissenschaftler beziffern die Stärke eines "durchschnittlichen" Schwarmes auf 2 Md. Exemplare, sie bedecken etwa 12 Quadratkilometer und wiegen mindestens 3000 t (2,5 t je Hektar). Über Somalia wurde unlängst ein Schwarm aus 40 Md. fliegenden Heuschrecken gesichtet, die 1000 Quadratkilometer bedeckten. Es gibt aber noch größere. Die Geschichte der Insektenkunde berichtet von einem aus Nordafrika nach Arabien ziehenden Schwarm, der 6000 Quadratkilometer einnahm, wie errechnet worden ist, 250 000 Trillionen Akriden umfaßte und ein Gewicht von fast 44 Mio t hatte. Schwer zu glauben, die Wissenschaft konstatiert aber nachdrücklich, daß alle Insekten derartiger Riesenschwärme nur um 25 Prozent weniger als alle Menschen der Erde wiegen.

Eine "Durchschnittsheuschrecke" frißt zu Lebzeiten 300 g grüne Masse. Multipliziert man diese Gramme mit der schon bekannten astronomischen Zahl, dann begreift man, warum Paul Bomani, der Ackerbau- und Viehzuchtminister Tansanias, die Heuschrecken eine "fliegende Todesschwadron" genannt hat.

Der Durchschnittsschwarm aus 2 Md. Insekten frißt täglich 4000 t grüne Masse, was ausreichen würde, einen Tag lang 40 000 Elefanten, 100 000 Kamele oder eine Million Menschen zu ernähren. In Marokko ließ sich einmal ein Schwarm in einem Agrarumgebiet nieder und fraß je Stunde 60 t Apfelsinen. Im Sudan flog einer von Dorf zu Dorf und vernichtete in durchschnittlich 40 Sekunden Baumwoll- und Hirseanpflanzungen. In Äthiopien gerieten Millionen Menschen 1958 nach einem Heuschreckenbefall an den Rand des Verhungerns. Beim vorletzten Heuschreckenbefall Afrikas (1974/1975) verloren die Sahelländer allein 40 Prozent ihres Ernteertrags.

Jetzt ist Afrika wieder vom "fliegenden Hunger" bedroht.

Zwei Fünftel der Erträge sind in Gefahr

Eine besonders schlimme Aussicht, wenn man bedenkt, daß Afrika gerade eine langwierige und vielleicht die schwerste Dürre seiner Geschichte hinter sich hat, unter der fast jeder dritte Afrikaner zu leiden hatte. Infolge der langjährigen Mißernten hungerten 1984 50 Millionen Afrikaner. Die Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln schrumpfte derart, daß Afrika mit 7 Mio t Nahrungsmitteln geholfen werden mußte.

Dank den reichlichen Niederschlägen, die in den meisten Ländern Afrikas schon das zweite Jahr zu verzeichnen sind, ist die Lage etwas besser geworden. Der Nahrungsmittelmangel in den am schwersten von der Dürre betroffenen Gebieten ist, der UNO zufolge, auf ein Fünftel zurückgegangen. Aber sechs Länder — Angola, Botswana, Kapverden, Mocambique, Sudan und Äthiopien — sind noch immer vom Hunger bedroht. 18 Millionen Afrikaner hängen noch jetzt von Ernährungshilfe ab. Alljährlich büßen die an die Sahara grenzenden Länder wegen des Vorrückens der Wüste 128 000 Quadratkilometer Nutzfläche ein. Tropenafrika ist das einzige Gebiet der Welt, in dem die Erzeugung von Nahrungsmitteln je Kopf der Bevölkerung seit 1969 sinkt.

Es regnet noch immer, aber der Regen wird keineswegs überall begrüßt. Der vor Feuchtigkeit gequollene Boden ist für die Heuschrecken günstig. Aus den Eiern, die sie im Laufe mehrerer Jahre in den Boden legten und die den Regen in Anabiose abgewartet haben, schlüpfen nunmehr die Larven. In gewöhnlichen

Jahren vermehrt sich zwar nur eine der vier wichtigsten afrikanischen Spielarten, doch jetzt droht Afrika aus mehreren Gründen eine Plage aller vier Arten. Neben den Wüsten-, Wander-, den braunen und roten Heuschrecken treten die nicht minder gefräßigen senegalesischen Grashüpfer und andere Akriden auf, die sich erschreckend schnell vermehren.

"Das wird die schwerste Akridenplage seit 60 Jahren. Afrika kann sich vor ein schreckliches Problem gestellt sehen", sagt der Chefökonom der FAO (Ernährungs- und Agrarorganisation der UNO), Peter Newhouse. "Wenn nicht einschneidende Maßnahmen gegen die Schädlinge getroffen werden, dann werden sie alles verheeren."

In Westafrika sind riesige Heuschrecken- und Grashüpferschwärme bereits in Mali, Senegal, Gambia, Burkina Faso, Mauretanien, Tschad, Niger und Guinea-Bissau festgestellt worden, in Ostafrika in Äthiopien und im Sudan. Auch Angola, Simbabwe, Mocambique, Swasiland und Namibia sind von einem massenhaften Auftreten des "fliegenden Todes" bedroht. Vermutlich wird die Plage die nächsten 4–5 Jahre anhalten.

Wie schnell sie anrückt, ist folgender Meldung zu entnehmen: "In einer mit dem 11. Juli datierten Nachricht aus dem Tschad hieß es, daß vorläufig keine Probleme vorlägen. Eine Woche später wurde das Auftreten von Akriden im ganzen Land gemeldet. Nach einer weiteren Woche hatte sich die Lage wesentlich verschlechtert, und nach fünf Tagen wurde Nothilfe angefordert." Bis Mitte August waren 60 Prozent der dortigen Saaten von restloser Vernichtung bedroht. Im Westsudan sind schon 45 Prozent des Ernteertrags vernichtet, in Botswana sind bis zu 40 Mio ha Weideland mit Heuschrecken befallen.

Diese einzeln bei der FAO und der OAU einlaufenden Meldungen werden, von Computern entschlüsselt und von Fachkräften gesichtet, zu einer alarmierenden Prognose zusammengefaßt. Nächstes Jahr können die Insekten mindestens zwei Fünftel des Ernteertrags vernichten. Sie können Afrika folglich eine nicht minder erschreckende Hungersnot wie die noch unvergessene Dürre bringen. Sollte es nicht gelingen, die Situation unter Kontrolle zu nehmen, dann werden die gefräßigen Geradflügler nach einer Voraussage des US-Amtes für Internationale Entwicklung über Arabien ostwärts bis nach Indien gelangen und 20 Prozent des Festlandes der Erde verheeren.

Afrika geht zum Angriff über

In einem Fernsprecheinterview aus Rom sagte Peter Newhouse: "Das ist ein beispielloser Befall, aber noch sind wir in einem Stadium, in dem das Problem

gelöst werden kann, vorausgesetzt, daß es rechtzeitig unter Kontrolle gebracht wird."

Zur Koordinierung des Vorgehens der lokalen und regionalen Organisationen für die Verhütung der verheerenden Folgen des Unglücks ist bei der FAO eine Sonderzentrale zur Bekämpfung der Heuschrecken in Afrika gebildet worden. Der Präsident von Senegal, Diouf, der dem Permanenten zwischenstaatlichen Komitee für die Bekämpfung der Dürre im Sahel vorsteht, hat am 11. August die Bildung eines Krisenkomitees gegen die Heuschrecken bekanntgegeben. In der Sahelzone hat man begonnen, die Anbauflächen aus der Luft zu bearbeiten. Später sollen die 30 Flugzeuge und 6 Hubschrauber, die dafür eingesetzt sind, in die "Waldzone" verlegt werden.

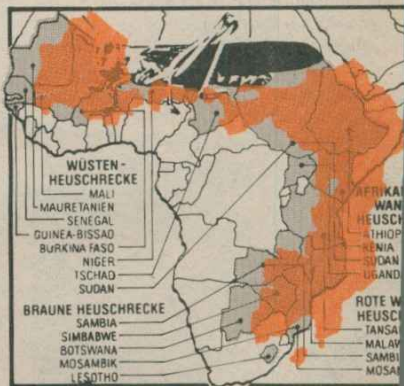
Erfolgreich ist die Kampagne gegen die Heuschrecken in Burkina Faso. Dank den energischen Maßnahmen des Nationalen Revolutionsrates sind die Brutherde der Heuschrecken lokalisiert worden.

"Wir haben die noch unlängst bedrohliche Situation jetzt in der Hand", erklärte Baba Ouedraogo, Hochkommissar der Provinz Yatenga. "Das Komitee zur Verteidigung der Revolution hat die Bauern aufgeboten und ihnen Methoden der Schädlingsbekämpfung beibringen lassen. Es bestehen jetzt 11 Stützpunkte sowie mobile Trupps, die in engem Kontakt mit der Bevölkerung vorgehen. In den nördlichen Gebieten sind schon Hunderte Hektar Nutzland mit Chemikalien bearbeitet worden."

Am entgegengesetzten Ende Afrikas, in Simbabwe, das von betroffenen Gefahrenherden umgeben ist, bereitet man sich sorgfältig auf das unausbleibliche Anrücken der Heuschrecken vor. Wie Sh. Mlambo, Leiter des Forschungsinstituts für Pflanzenschutz, in Harare erklärt hat, sind alle landwirtschaftlichen Dienststellen in Bereitschaft gebracht, Beobachtungsposten eingesetzt und Vorräte von Pestiziden angelegt worden. Man hat die Erfahrungen aus früheren Jahren berücksichtigt, als Flugzeuge Simbabwes die Schädlinge in Botswana und Tansania vernichten halfen.

Naturkatastrophen kennen keine Grenzen. Afrika muß wie gestern der Dürre, so heute den Heuschrecken geeint Paroli bieten. Ende September hat auf Initiative Simbabwes eine Expertenkonferenz der SADCC (zur Koordinierung der wirtschaftlichen Entwicklung der unabhängigen Länder im Süden Afrikas) in Harare ein gemeinsames Programm von neun Ländern der südafrikanischen Region gegen die Heuschrecken aufgestellt. Die beste Methode, die "ägyptische Plage" zu bekämpfen, ist der Erstangriff, um so mehr, als eine Heuschreckenplage heutzutage vorausgesetzt werden kann. In diesem Zusammenhang wendet man sich hier der von den sowjetischen Wissenschaftlern

A. Tschischewski und N. Stscherbinowski aufgestellten Theorie zu, laut der das Verhalten der Insekten von den 11-jährigen Zyklen der Sonnenaktivität abhängt, und man erinnert daran, daß dem neuen "Heuschreckenjahr" ein solches 1975 vorausging. Sehr geschätzt sind die Schriften des bekannten russischen Wissenschaftlers B. Uwarow, der eine Abhängigkeit der Bildung von Heuschreckenschwärmen von einer vorausgegangenen Dürre festgestellt hat.



Die 1986 von den vier wichtigsten Heuschreckenarten befallenen Länder Afrikas

Aus "Der Spiegel" (BRD)

Und schließlich interessiert man sich hier lebhaft für die sowjetischen Erfahrungen bei der Heuschreckenbekämpfung. Vor noch nicht langer Zeit waren die marokkanischen Heuschrecken und die italienischen Wanderheuschrecken im Kaukasus und die asiatischen Heuschrecken in Mittelasien auch eine große Plage. Der ausgiebige Einsatz von Flugzeugen, die Erschließung von Neuland, das Pflügen von Od- und Brachland, die Trockenlegung von Flußniederungen, die Ordnung des Weidefruchtwechsels sowie der Anbau unanfälliger Pflanzen auf Ländereien, wo sich die Schädlinge in Massen vermehren — das alles hat dazu beigetragen, die dortigen Brutherde der Heuschrecken auszuräumen. Nicht zuletzt hat die wirksame Hilfe der UdSSR an Afghanistan und den Iran bei der Bekämpfung landwirtschaftlicher Schädlinge eine Rolle gespielt.

Heuschrecken und Politik

Westliche Berater und Fachkräfte für Probleme Afrikas hielten es für ausgeschlossen, daß 1986 ein Heuschreckenjahr sein werde. Mehr noch, wie der italienische "Panorama" im August d. J. schrieb, waren sie überzeugt, daß den Akridenplagen "vor einigen Monaten" (als die Dürre vom Regen abgelöst

wurde und Milliarden Heuschreckenlarven die Gefahr ankündigten) ein für allemal ein Ende gemacht sei, und rieten an, die Interafrikanische Organisation für Heuschreckenbekämpfung aufzulösen. Zugleich stellte die Organisation für die Bekämpfung von Heuschrecken und schädlichen Vögeln ihre Tätigkeit ein.

Kein Wunder, daß diese westlichen Stellungnahmen in Afrika kritisiert werden. Dort ist man über die höchst bescheidene Hilfe bei der Heuschreckenbekämpfung von seiten derer enttäuscht, die in Afrika noch immer riesige Konzessionen und zahlreiche den Anbau von Exportkulturen kontrollierende Gesellschaften haben und den größten Teil der wertvollen agrarischen Rohstoffe zu Spottpreisen aufkaufen.

Zur Ausführung des FAO-Plans für die Akridenbekämpfung werden 23,3 Mio Dollar und noch ungefähr 5–7 Mio Dollar für selbständige Maßnahmen der Länder Afrikas gebraucht. Die Summen scheinen für die westlichen Helfer, die der tansanischen Zeitung "Mzalendo" zufolge, stündlich 4 Mio Dollar Gewinn aus den Entwicklungsländern hinaussummen, nicht weiter belastend zu sein.

Bei der FAO sind jedoch bisher nur etwas über ein Viertel dieser Summe eingegangen. Infolgedessen fehlen für die Heuschreckenbekämpfung, wie die US-Zeitschrift "Newsweek" zugibt, die erforderlichen Stoffe und Gelder. "Die Bemühungen der FAO werden durch den Mangel an Zerstäubern, Pestiziden und Ersatzteilen für Kraftwagen und Flugzeuge behindert." So kommt es denn, daß, wie auf der im September in Yamoussoukro (Cote d'Ivoire) abgehaltenen Regionalkonferenz der FAO erklärt wurde, der Geldmangel die Bearbeitung von höchstens 1 Mio ha Feldern in der Sahelzone zuläßt. Wie Lucas Brader, Leiter des FAO-Komitees für Heuschreckenbekämpfung, warnte, können die Schädlinge deshalb in die Nachbarländer der "Waldzone" — Togo, Benin, Kamerun und Nigeria — eindringen.

Das einzige Flugzeug zum Zerstäuben von Pestiziden, das der Organisation zur Kontrolle der Wüstenheuschrecken in Ostafrika verfügbar ist, ist schon 30 Jahre in Gebrauch. Hierzu bemerkt ein Kommentator von Radio Daressalam: "Die Leute, die sich als unsere Freunde aufspielen, sollten vom Bau einer 'Lockheed' oder 'Trident' Abstand nehmen und für das dadurch eingesparte Geld, das gut und gerne reichen würde, ein paar hundert Flugzeuge für die Landwirtschaft nach Afrika schicken. Dann wäre das Heuschreckenproblem in einer Woche gelöst, und die Menschheit käme der Abrüstung sei es auch nur einen kleinen Schritt näher."

In Yamoussoukro wurde auf noch ein eng mit der Politik zusammenhängendes wichtiges Problem hingewiesen. Die anwesenden Landwirtschaftsminister von 49 Ländern kamen darauf zu sprechen, daß Ackerbau und Viehzucht im Süden

Afrikas durch die aggressive Politik des rassistischen Regimes in der RSA destabilisiert werden. In den Gebieten der Kampfhandlungen, wo die Bauern von UNITA- und MNR-Banden terrorisiert werden, sei es schwierig, die Wanderungen der Heuschrecken zu kontrollieren und diese zu bekämpfen.

Es ist klar, daß der Westen für die neuen Heimsuchungen der Afrikaner mitverantwortlich ist. Wohl deshalb suchen die Strippenzieher der bürgerlichen Propaganda, wenn sie auf die Dürre, die Heuschrecken, Mißernten und anderen Heimsuchungen zu sprechen kommen, diese auf die Natur und das Klima zurückzuführen.

"Gewiß, im Hinblick auf den Hunger sind die Naturfaktoren äußerst wichtig, aber entscheidend kann man sie nicht nennen", sagt S. Gueye vom Politbüro des ZK der Unabhängigkeits- und Arbeitspartei Senegals.

Afrika braucht Hilfe, und die imperialistischen Staaten, die die Völker der Kolonien und Halbkolonien seit Jahrhunderten ausgebeutet haben, sind verpflichtet, sie ihm zu leisten. Doch dürfen die Nahrungsmittellieferungen an die von Heuschrecken heimgesuchten Länder

nicht als Druckmittel benutzt werden. Das tun aber die USA ebenso wie vor einigen Jahren, als die Dürre bekämpft werden mußte. Washingtons Ernährungshilfe wird immer doppelbödig. Die erste Devisen dabei, "Nahrungsmittel für den Frieden", ist pure Propaganda, dagegen entspricht die zweite, "Nahrungsmittel sind Macht", der Weltherrschaftspolitik Reagans. Nicht von ungefähr findet es Washington "unmoralisch", US-Dollars über die FAO für die Heuschreckenbekämpfung im Sozialistischen Äthiopien auszugeben, und fordert dazu auf, nicht zu dulden, daß "eine Beteiligung der USA die gefährlichen Insekten an der Grenze des marxistischen Angola aufhalten hilft". Ist das nicht unglaublich zynisch?

Auf der Konferenz in Yamoussoukro wurde hervorgehoben, daß Afrika nicht nur zu modernen Ackerbaumethoden übergehen muß, sondern daß die Herstellung gerechter weltwirtschaftlicher Beziehungen die wichtigste Voraussetzung für die Erfüllung dieser Pläne ist.

PERSONALIEN

Botschafter der UdSSR in Brasilien

Viktor Fjodorowitsch ISSAKOW



V. F. Issakow, Russe, geboren am 12. Dezember 1932 in Leningrad. 1956 schloß er das Moskauer Staatliche Institut für internationale Beziehungen beim Außenministerium der UdSSR ab. Seit 1962 Mitglied der KPdSU.

Nach Abschluß des Instituts Mitarbeiter des Außenministeriums der UdSSR. 1963–1967 3., dann 2. Botschaftssekretär der UdSSR in den USA, 1967–1971 2., dann 1. Sekretär, Berater der USA-Abteilung beim Außenministerium der UdSSR, 1971–1977 Botschaftsrat der UdSSR in den USA, 1977–1983 Sektorenleiter, stellvertretender Leiter der USA-Abteilung beim Außenministerium der UdSSR. 1983–1986 Gesandtschaftsrat der UdSSR in den USA. V. F. Issakow ist im Besitz staatlicher Auszeichnungen.

Botschafter der UdSSR in Guinea-Bissau

Wladimir Wassiljewitsch ALDOSCHIN



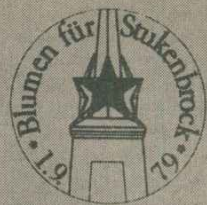
W. W. Aldoschin, Russe, geboren am 8. Januar 1929 in Moskau. 1951 schloß er das Moskauer Staatliche Institut für internationale Beziehungen beim Außenministerium der UdSSR ab. Seit 1954 Mitglied der KPdSU.

Verfügt über große Erfahrungen im zentralen Apparat des Außenministeriums der UdSSR auch im Ausland. 1952–1956 arbeitete er in der Botschaft der UdSSR in der Tschechoslowakei. 1956–1962 3., dann 2. Sekretär der Abteilung für internationale Organisationen des Außenministeriums der UdSSR, danach Assistent des Leiters der genannten Abteilung. 1962–1966 2., dann 1. Sekretär der Ständigen Vertretung der UdSSR bei der UNO. 1966–1974 wieder im zentralen Apparat des Außenministeriums der UdSSR: 1. Sekretär, Berater, Sektorenleiter der Abteilung für internationale Organisationen. 1974–1978 Botschaftsrat der UdSSR in Tansania.

1978–1983 Botschafter der UdSSR in Somalia. 1983–1986 stellvertretender Leiter der 1. Afrikanischen Abteilung beim Außenministerium der UdSSR.

W. W. Aldoschin ist im Besitz staatlicher Auszeichnungen.

Stukenbrock— Stätte des Gedenkens



Stukenbrock... Bis zu den 70er Jahren wußte kaum jemand von dieser kleinen westfälischen Stadt am Fuße des Teutoburger Waldes. In Reiseprospekten wurde auf die hiesigen Sehenswürdigkeiten verwiesen — auf Kurorte mit Heilquellen, auf ein Naturschutzgebiet mit seltenen Tieren. Nur Altansässige erinnerten sich bisweilen an einen verwahten, von vielen vergessenen "russischen Friedhof". Wer hierher kam, sah mit Gras zugewachsene Reihen von Massengräbern und ein Denkmal mit verbleichenden Sowjetsternen aus Sandstein, einem Bronzegewehr und einem Soldatenhelm auf einem Sockel mit

der kaum noch lesbaren Aufschrift: "Hier ruhen russische Soldaten, die in faschistischer Gefangenschaft zu Tode gequält wurden. Es sind 65 000. Ewiges Gedenken den Kameraden!"

Hier befindet sich einer der größten Friedhöfe für sowjetische Menschen, die in der faschistischen Hölle einen schrecklichen Tod fanden. Wer hat dieses Denkmal errichtet, wer die Steine behauen und geschliffen, die kunstvollen Abgüsse gemacht und die Setzlinge gepflanzt, die mit den Jahren zu großen schattenspendenden Bäumen wurden? Selbst die Alteingesessenen bleiben da

eine klare Antwort schuldig. Daß dieses Memorial von sowjetischen Menschen, ehemaligen Lagerhäftlingen, die wie durch ein Wunder überlebten, geschaffen wurde, wußten nur diese selbst.

Die Befreiung kam im unvergeßlichen Frühjahr 1945. In der ersten Nacht der Freiheit schon dachten die Lebenden, beseelt von dem Gedanken, bald die Heimat wiederzusehen, an die in der Unfreiheit Umgekommenen. Der schon vor dem Krieg bekannte Monumentalbildhauer Alexander Mordan, ein ehemaliger Häftling, schuf den Entwurf für den Memorialkomplex. Auch Bauleute fanden sich — die erfahrenen Ingenieure Viktor Choperski und Nikolai Smirnow, der Kunstgußmeister Leonid Manajenkow, die Schleifer und Modellierer Anatoli Glinow und Leonid Kutscherenko. Noch geschwächt gingen sie an die Arbeit. Sie entdeckten von den geflüchteten Besitzern verlassene Steinbrüche und Werkstätten, reparierten erbeutete Autos und eine Schmalspurbahn. Tag und Nacht wurde Baumaterial herangeschafft, waren die Erd- und Bauarbeiten im Gange...

DIE FÜHRENDE KRAFT DER GEGENWART

Die Arbeiterklasse war und bleibt die wichtigste Triebkraft der Menschheitsentwicklung.

Einer Analyse des Platzes und der Rolle der Arbeiterklasse in der heutigen komplizierten, widerspruchsvollen und in vieler Hinsicht zusammenhängenden Welt galt eine in Moskau vom 8. bis zum 10. Oktober abgehaltene internationale wissenschaftliche Konferenz zum Thema "Arbeiterklasse und Gegenwart".

Auf Initiative des Instituts der AdW der UdSSR für die internationale Arbeiterbewegung einberufen, gestaltete sie sich zu einem maßgeblichen und repräsentativen Forum. Die Teilnehmer waren Delegationen von mehr als 100 verschiedenen Organisationen der Werktätigen, namhafte Persönlichkeiten der Arbeiterbewegung, der kommunistischen und Arbeiterparteien, der sozialdemokratischen und Labourparteien, der Gewerkschaften verschiedener Richtung, revolutionär-demokratischer und anderer Organisationen und Massenbewegungen. Auch die Leiter sowie Forscher

vieler wissenschaftlicher Institutionen aller Erdteile waren anwesend.

Auf der Konferenz betonte Anatoli Dobrynin, Sekretär des ZK der KPdSU, daß für die Lösung der Probleme, vor die sich die internationale Arbeiterbewegung gestellt sieht, gemeinsame Bemühungen aller ihrer Bestandteile erforderlich sind. Er fuhr fort: "Natürlich wissen wir um ihre Differenzen miteinander, sie haben aber im Hinblick auf viele Probleme Wichtiges miteinander gemein."

In der kameradschaftlichen Diskussion wurden theoretische, politische und praktische Fragen erörtert, an deren Bereinigung die Arbeiterklasse und ihre Parteien und anderen Organisationen interessiert sind, vor allem die Aufgaben, die nukleare Gefahr zu bannen und das Potential der Kräfte des Friedens, der Vernunft und des guten Willens zu mehren." Wir beabsichtigen, im weiteren auf manche Schlüsselprobleme einzugehen, die von den Konferenzteilnehmern angeschnitten worden sind.

[Eigenbericht]

Das Hauptdenkmal im Zentrum des Memorials wurde bald nach dem Sieg feierlich eingeweiht. Zwei Wochen später waren die letzten Arbeiten abgeschlossen, und die Bauleute kehrten in die Heimat zurück. Die Pflege des Friedhofes übernahm ein alter deutscher Arbeiter, der in der Nähe lebte.

Dann kamen schwere Zeiten — sowohl für jene, die Sympathien für das Sowjetvolk hegten, als auch für jene, die da Andenken an die von den Hitlerfaschisten Ermordeten in Ehre halten wollten. In der BRD wurden erneut militante Aufrufe laut, besudelten Neonazigräber der Opfer der Hitlerdiktatur für Ordnung auf "russischen Friedhöfen", darunter in Stukenbrock zu sorgen, war nicht ungefährlich.

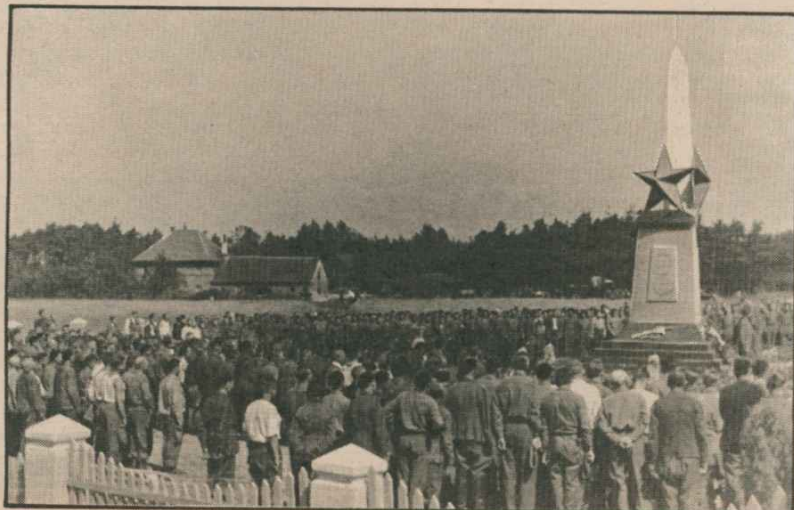
Was mögen die sowjetischen Menschen gedacht haben — die Angehörigen der in der Fremde Umgekommenen, denen bekannt wurde, daß die sterblichen Überreste, die im Boden von Stukenbrock ruhten, geschändet werden könnten? Und die Erbauer des Memorials? Wie mag ihnen zumute gewesen sein, als sie Meldungen von Untaten der Neonazis lasen?

Die Sorge und Empörung der sowjetischen Menschen wurden von allen ehrlichen Deutschen geteilt. Ende der 60er Jahre bildete sich in der westfälischen Stadt Bielefeld der Arbeitskreis "Blumen für Stukenbrock". Pastor Diestelmeier gehörte zu seinen Mitorganisatoren. "Wir haben uns die Aufgabe gesetzt, Sorge zu tragen für den russischen Friedhof im benachbarten Stukenbrock und für andere bekannte wie unbekannte Gräber von Opfern des Faschismus", erklärte er. "Das war unsere nationale und menschliche Pflicht: Hat Deutschland ja den Krieg begonnen, der Millionen Menschenleben kostete und unzählige Zerstörungen, vor allem in der Sowjetunion, verursachte."

Seitdem sind mehr als 15 Jahre vergangen. Heute weiß man von dem segensreichen Wirken des Arbeitskreises nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch im Ausland. Besonders dankbar sind dem Arbeitskreis wir sowjetischen Menschen. Der Arbeitskreis wird von Jahr zu Jahr bekannter — Eltern, Frauen und Kinder von Soldaten und Offizieren der Roten Armee, die einst als verschollen galten, schreiben, bitten, falls möglich, ihnen die Namen der Toten mitzuteilen, danken für die selbstlose Arbeit, für die Bewahrung des Andenkens an die sowjetischen Menschen, die in der Fremde umkamen.

Die Tätigkeit des Arbeitskreises erschöpft sich nicht in der Pflege des Memorials von Stukenbrock. Nun schon 15 Jahre finden an jedem ersten Samstag im September in Stukenbrock große Friedensmanifestationen statt, die Freunde und Gleichgesinnte aus allen Teilen der BRD sowie aus dem Ausland, aus den Ländern, die die Schrecken des vergangenen Krieges durchmachten, hierher führen. Hier, bei dem Massengrab für die Opfer des Faschismus,

Kundgebung in Stukenbrock



Pastor Diestelmeier auf der Tribüne (1976)

Foto: Radinkow

erlangen die Worte, mit denen Haß auf den Krieg zum Ausdruck gebracht und von der Notwendigkeit, den Frieden zu bewahren, gesprochen wird, besonderen Nachdruck.

So war es auch in diesem Jahr. Die Manifestation begann mit der feierlichen Zeremonie der Kranzniederlegung auf dem "russischen Friedhof". Eine lange Reihe von Trauernden mit Kränzen... Auf den Schleifen die Namen vieler Organisationen — linker und progressiver Parteien, von Gesellschaften und Arbeitskreisen aus der BRD, von Veteranenorganisationen der UdSSR, Polens, Jugoslawiens und anderer Länder, in denen das Andenken an die Märtyrer der faschistischen Lager und die Helden des Widerstandes lebt. Kränze von Menschen guten Willens, von jenen, die ihren Beitrag zum Frieden und zur

Völkerfreundschaft leisten wollen... Ein ergreifender Anblick — sicher für alle hier, an dieser Stätte des Gedenkens, Anwesenden.

"Der Frieden ist allen normalen Menschen teuer, unabhängig vom Alter und den politischen Überzeugungen" — das war das Leitmotiv der Ansprachen.

"Die Sowjetregierung hat als erste einen entschiedenen Schritt auf dem Weg zum Weltfrieden getan. Sie erklärte einseitig ein Moratorium für Kernwaffentests. Dieses Moratorium wurde bis zum 1. Januar 1987 verlängert. Aus Moskau war erneut die Stimme der Vernunft zu vernehmen. Wir erwarten, daß uns auch andere, vor allem die USA, folgen werden", erklärte Alexander Malow, Leiter der sowjetischen Delegation, verantwortlicher Sekretär des Sowjetischen Komitees der Kriegsveteranen.

Die sowjetischen Veteranen nahmen auch an anderen Veranstaltungen teil. Wir trafen mit Aktivisten des Arbeitskreises "Blumen für Stukenbrock", mit der sozialistischen Jugend, mit jungen Pionieren und Schülern in einem Zeltlager, mit einer Gruppe von Studenten und Lehrern, die sich für Stukenbrocks Geschichte interessieren, zusammen...

Alle, denen wir begegneten, bekundeten Achtung vor unserem Land, vor seinen Anstrengungen für den Weltfrieden und die Völkerfreundschaft. Wir sprachen auch über Fragen der Festigung der Veteranen-, Kultur- und anderen Beziehungen. So sammelt der Arbeitskreis "Blumen für Stukenbrock" schon einige Jahre Materialien über die Vergangenheit des Lagers. Eine Reihe von Reliquien und Dokumenten erhielt der Arbeitskreis von ehemaligen Häftlingen — so Zeichnungen und Fotos, die die Schrecken des Lagerlebens, den unvergeßlichen Augenblick der Befreiung sowie den Bau des Memorials, die Schaffung einer einzigartigen Zeitung für die befreiten Sowjetbürger zeigten, die sich vorübergehend, bis zu ihrer Rückkehr, in Westdeutschland befanden. Wir ehemaligen Mitarbeiter der Zeitung "Rodina sowjet" ("Die Heimat ruft") übergaben Privatarchive und die vollständig abgehefteten Zeitungen an den Arbeitskreis.

Großes Interesse bekundeten die Einwohner und Gäste Stukenbrocks an der Ausstellung, die der Arbeitskreis direkt auf dem Feld, wo das Meeting stattfand, organisierte. Ausgestellt war weitaus nicht alles. Über Stukenbrock, seine Vergangenheit und Gegenwart wurden Filme gedreht und Bücher verfaßt — sowohl von uns als auch von Deutschen. Und schön wäre es, wenn all das in einem Museum vereint wäre, ähnlich wie das an der Stätte einiger ehemaliger Konzentrationslager — in Buchenwald, Groß-Rosen und anderswo — geschah.

Alexander WASSILJEW
Schriftsteller,
ehemaliger Häftling
des Lagers Stukenbrock

Oman: Der fernste Nahe Osten

Das Land, aus dem die im Orient so geschätzten Myrrhen und der Weihrauch kommen, beflügelt seit alters her die Phantasie von Abenteurern. Märchen und Legenden über die riesigen Reichtümer, die unwahrscheinlich großen Perlen, die an seinen Küsten gefischt werden, und über wundersame Meerjungfrauen gingen von Mund zu Mund. Man erzählte sich von einem stolzen und kühnen Volk, das dieses Land bewohnte. Die Leute von Oman, verwegene Seefahrer, navigierten als erste auf dem Indischen Ozean. Auf ihren kleinen stabilen Schiffen segelten sie vor die Küsten Afrikas weit im Süden, nach Indien und manchmal nach China weit im Osten. An Omans Küsten blühte der Handel. Im 18. Jh. verwandelte sich die Hafenstadt Maskat in einen Handelsknotenpunkt am Persischen Golf. Später erlangte sie als Zentrum des Sklavenhandels zweifelhaften Ruhm.

Omans Schätze und seine einzigartige Lage am Schnittpunkt vieler Seewege lockten nicht nur Entdecker. Im Laufe der Jahrhunderte wurde es zum Gegenstand erbitterter Eroberungskämpfe. Portugiesen, Spanier, Holländer, Engländer, Perser und Türken fielen über Oman her.

Im 18. Jh. landeten Engländer an Omans Küsten. Mit Bestechung, Intrigen und Drohungen entlockten sie den dortigen Herrschern das Recht, Handelsniederlassungen zu errichten. Zu Beginn des 19. Jh. ließ sich ein englischer Statthalter in Maskat nieder. Schon damals zwang London Maskat "besondere Vertragsbedingungen" auf und verleihte es dem British Commonwealth ein. Maskat wurde Aufmarschbasis für militärische Übergriffe auf andere Regionen Arabiens.

Mitte des 19. Jh. wurden auf dem

Territorium Omans britische Protektorate gebildet, das Sultanat Maskat und Vertragsoman. 1913 erklärte das Imamat Oman seine Unabhängigkeit und zwang nach 7jährigem Kampf die Engländer, seine Unabhängigkeit anzuerkennen. 1955 warf Großbritannien erneut im Verein mit der Ameer von Maskat Truppen gegen Oman. Die UNO mußte die "Oman-Frage" beraten. Die Sowjetunion ergriff entschiedene Partei für das Volk von Oman. 1965 nahm die UNO-Vollversammlung ein Dokument an, in dem Oman und Maskat das verbriefte Recht auf Selbstbestimmung zugestanden und England aufgerufen wurde, seine Truppen von diesen Territorien abzurufen. London mißachtete den UNO-Beschluß. Der Kampf gegen die Kolonialmacht wurde fortgesetzt.

Bis Mitte des Jahrhunderts herrschten mittelalterliche Zustände im Land. Nach Sonnenuntergang wurden die Stadttore von Maskat verriegelt, und das Leben erstarb. Es war bei Gefängnisstrafe verboten, zu rauchen und Brillen zu tragen, alte Häuser zu reparieren und neue zu bauen, Bäder einzubauen und Musikinstrumente zu spielen, europäische Kleidung zu tragen, Radio zu hören und Auto zu fahren. Es war verboten, Neuland unter den Pflug zu nehmen. Die Hauptstadt war praktisch ohne Elektrizität. Im ganzen Land gab es eine einzige 10 km lange Asphaltstraße, vom Sultanspalast bis zum Flughafen. Sultan Said bin Taimur, von abergläubischer Furcht beseelt, verließ selten einmal seinen Palast und hielt seinen Sohn Kabus, der in England ausgebildet worden war, in der Festung Salala gefangen.

1970 fand eine unblutige Palastrevolte statt. Das Imamat Oman und das Sultanat

Maskat, die bis dato faktisch vereint waren, wurden zu einem unabhängigen Staat erklärt und in Sultanat Oman umbenannt. Maskat wurde Hauptstadt. Der 28jährige Kabus bin Said wurde Sultan.

Seitdem hat sich in Oman vieles verändert. 1971 wurde das Land UNO-Mitglied. Unter dem Sultan, dem absoluten Herrscher in Oman, existiert ein Konsultativrat, der wirtschaftliche und soziale Probleme behandelt und seine Meinung zu allgemeinpolitischen Fragen äußert. Ein Höchster Entwicklungsrat wurde geschaffen. Allerdings bilden sich staatliche politische Strukturen erst heraus. Bislang gibt es keine Verfassung, keine Parteien und Gewerkschaften. Kommunalbehörden und Sozialeinrichtungen machen die ersten Gehversuche.

Auf der Grundlage eines Fünfjahrplans wird seit 1976 ein Wirtschafts- und Sozialprogramm verwirklicht. Hauptfinanzierungsquelle ist das Erdöl. Eine englische Gesellschaft war 1937 fündig geworden. Anfang der 50er Jahre interessierten sich amerikanische Monopole für das Öl von Oman. Gegenwärtig besorgt vorwiegend die "Petroleum Development Co. of Oman" Prospektierung und Förderung. 60 Prozent des Kapitals dieser Gesellschaft gehören der Regierung, 34 Prozent der britisch-niederländischen "Shell Co.", 4 Prozent der französischen "Compagnie française des pétroles", 2 Prozent der britischen Firma "Partex". Britische, US-amerikanische und japanische Gesellschaften erhielten ebenfalls Schürfrechte.

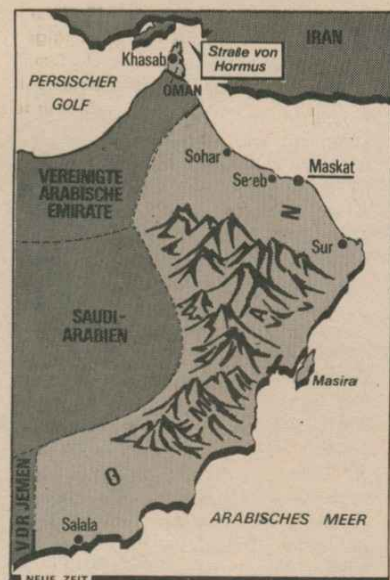
Über 90 Prozent seiner Deviseneinnahmen bestreift Oman aus dem Öl, ca. 4 Md. Dollar in den letzten Jahren. Sein Anteil am Brutto sozialprodukt ist fast genauso hoch.

Die stürmischen Entwicklungen der letzten Jahre auf dem Ölmarkt zeigen, wie gefährlich es ist, seine Wirtschaft allein auf Erdöl zu gründen. Experten schätzen, daß die Ölreserven von Oman bei der jetzigen Fördermenge höchstens noch 20–30 Jahre vorhalten. Deshalb

Fellachen, Fischer, Erdölbeiter, eine Schülerin.



Foto aus der Jahreszeitschrift "Oman"



legt man großen Wert auf eine Diversifizierung der Wirtschaft.

Perspektivreiche Gas- und Kupfervorkommen wurden erschlossen. In Sohar wurde ein Kupferschmelzkombinat gebaut. Seit 1983 werden seine Erzeugnisse exportiert. In der Nähe des Flughafens Se'eb wurde eine Industriezone mit mehreren modernen Betrieben angelegt. Eine weitere Industriezone ist in Salala geplant.

Die Umstrukturierung ging auch an der Landwirtschaft, dem am weitesten zurückgebliebenen Bereich der Wirtschaft von Oman, nicht spurlos vorüber. Bewässerungsanlagen werden gebaut, neue, fortschrittliche agrotechnische Verfahren eingeführt. Mehrere große Viehzuchtfarmen und erste tierärztliche Zentren entstanden. Obst- und Gemüseanbau entwickeln sich. Die meisten Lebensmittel werden jedoch nach wie vor importiert. Der Fischfang, traditioneller Erwerbszweig eines beträchtlichen Teils der Bevölkerung von Oman, wird modernisiert. Immerhin erstreckt sich der Küstenstreifen über 1700 km. Kühlschiffe wurden angeschafft und Fischfabriken gebaut.

Ein weitverzweigtes Netz von Asphaltstraßen überzieht das Territorium von Oman. Eine neue Hauptverkehrsstraße verbindet das zentrale Hochland mit der entlegenen Halbinsel Masandam. Diese Exklave auf dem Territorium der Vereinigten Arabischen Emirate ist die strategische Zone des Sultanats. Die Halbinsel verengt die Straße von Hormus zu einem engen Flaschenhals, der den Persischen Golf mit dem Indischen Ozean verbindet.

Von hier bis zur iranischen Küste sind es nur noch 26 Meilen.

1970 gab es in Oman ganze drei Schulen, an denen 600 Jungen unterrichtet wurden. Heute drücken 195 000 Schüler die Schulbank, gut die Hälfte von ihnen Mädchen. Im September dieses Jahres öffnete die erste Universität für 3000 Studenten ihre Pforten.

Die Arbeit der Fellachen, der Fischer und städtischen Handwerker ist so unerträglich schwer wie ehedem. Es besteht ein empfindlicher Engpaß an nationalen Kadern. Unter 100 qualifizierten Arbeitern sind nur 20 Bürger von Oman. Einwanderer aus anderen nahöstlichen Ländern und aus Südasien stellen 60 Prozent der Arbeitskräfte.

Obwohl die Einkünfte aus dem Erdölabsatz relativ hoch sind, reichen sie nicht aus, um die ehrgeizigen Entwicklungspläne zu realisieren. Um so weniger, als riesige Mittel für militärische Zwecke ausgegeben werden, 1985 etwa die Hälfte des Staatshaushalts.

Alte Vorstellungen, Vorbehalte und Vorurteile bestimmen auch heute noch das Alltagsleben der Menschen von Oman und beeinflussen die Außenpolitik des Sultanats. Alte koloniale Fesseln behindern die Selbstständigkeit Omans und blockieren Versuche, sich aus internationaler Isolation zu befreien.

Vorherrschend wie einst in Oman ist die britische Präsenz. Britische Firmen realisieren den Löwenanteil der Entwicklungsprojekte. Britische Berater und Experten üben großen Einfluß auf staatliche Einrichtungen, Polizei und Armee aus. In allen Teilstreitkräften Omans bis hin zur Leibgarde des Sultans tun britische Offiziere Dienst. Engländer haben Kommandofunktionen über die See- und Luftstreitkräfte Omans inne.

Mit den USA verbinden Oman enge Beziehungen. Noch vor Beginn des Krieges im Persischen Golf, im Juni 1980, wurde ein Vertrag unterzeichnet, nach dessen Bestimmungen die Vereinigten Staaten "bei internationalen Krisen" Zugang zu militärischen Objekten in Se'eb, Thamarit, Khasab (auf der Halbinsel Masandam) und zu Militäreinrichtungen auf der Insel Masirah erhalten. Ständig sind amerikanische Flugzeuge auf Flugplätzen in Oman stationiert. Oft gehen in den Häfen von Oman amerikanische Kriegsschiffe vor Anker. Dort sind auch amerikanische Militärausrüstungen gelagert. In Oman wurden mehrmals Militärmanöver unter Beteiligung amerikanischer Einheiten durchgeführt. In den letzten drei Jahren stellten die USA um 300 Mio Dollar für die Modernisierung von Militärstützpunkten zur Verfügung. Ende 1985 wurde eine Vereinbarung über die Nutzung von Militärtechnik auf Stützpunkten in Oman durch amerika-

nische "schnelle Eingreiftruppen" erzielt. Das Pentagon mißt dem Luftwaffenstützpunkt auf Masirah besondere Bedeutung bei. Er ist ein wichtiges Glied in der Kette amerikanischer Stützpunkte im Indischen Ozean. Vor kurzem wurde in einer Übertragung der amerikanischen Fernsehgesellschaft NBC davon gesprochen, daß "die Stützpunkte in Oman im Fall einer Konfrontation mit der UdSSR als Brückenkopf im Persischen Golf und als Aufmarschgebiet gegen Iran angesehen werden".

Die "besonderen" Beziehungen zu den USA rufen in der arabischen Öffentlichkeit absolut verständliche Beunruhigung hervor. Alles in allem versucht Maskat die Zusammenarbeit mit den arabischen Ländern zu stärken, vorrangig mit den Nachbarn und Partnern im Kooperationsvertrag der arabischen Golfstaaten. Der gesunde Menschenverstand und das Streben nach Stabilität im Süden Arabiens bestimmten die Kontaktaufnahme Omans mit der benachbarten VDR Jemen. 1982 wurde eine Vereinbarung über die Normalisierung der Beziehungen geschlossen. Diplomatische Beziehungen existieren seit 1983.

Ebenso wie nationales und politisches Selbstbewußtsein heranreift und das Bestreben wächst, sich aus der internationalen Isolation zu befreien, wächst auch das Interesse an der UdSSR und die Einsicht in ihren Einfluß auf die internationale Entwicklung. Der Informationsminister von Oman A. A. bin Mohammed al-Rowas erklärte auf einer Pressekonferenz in Maskat: "Oman schätzt den außenpolitischen Kurs der UdSSR hoch ein. Die Sowjetunion hat immer den gerechten Kampf der arabischen Völker gegen die israelische Aggression unterstützt und sich für eine unverzügliche und gerechte Lösung des Palästina-Problems eingesetzt."

Die Bemühungen Omans, in normale Beziehungen zur UdSSR einzutreten, führten am 26. September 1985 zu einem Vertrag über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Im Mai d. J. nahm Sultan Kabus das Beglaubigungsschreiben des ersten Botschafters der UdSSR in Oman entgegen und erklärte: "Wir hoffen, daß wir mit gemeinsamen Anstrengungen die freundschaftlichsten Beziehungen auf der Grundlage der völkerrechtlich bekräftigten Prinzipien der friedlichen Koexistenz herstellen können."

Somit ist die erste Seite in der Geschichte der Beziehungen zwischen der UdSSR und Oman aufgeschlagen. Ein erster Schritt zu gegenseitigem Verständnis und zu gegenseitig vorteilhafter Zusammenarbeit ist gemacht.

M. PETROW

Im sowjetischen politischen Wortschatz ist das Wort "Umstellung" letzthin unter die sehr gebräuchlichen aufgerückt. Sie gebrauchen es andauernd im Zusammenhang mit den verschiedensten Lebensbereichen in der UdSSR. Was meinen Sie aber damit! Könnten Sie das bitte erklären!

Ravindra VENKATRAMAN
Haiderabad, Indien



Es diskutiert
Wladimir KADULIN,
Mitglied
des Redaktionskollegiums
der Zeitschrift "Kommunist"

Das gebräuchliche Wort "Umstellung", genauer gesagt, die damit bezeichneten Prozesse charakterisieren heute den Lebensstil in unserem Land und finden im Ausland lebhaftestes Interesse, was auch Ihr Schreiben beweist. Das ursprünglich dem Bereich des friedlichen Lebens angehörende Wort hat sich gleich nach dem Plenum des ZK der KPdSU vom April 1985 im politischen Sprachgebrauch des Sowjetvolkes eingebürgert und bedeutet, daß das Land einschneidende soziale Wandlungen in Angriff genommen hat.

Das Wort bedeutet viel und ist an die Seite des von jedem Sowjetbürger geehrten Wortes "Revolution" getreten. Letztlich handelt es sich darum, auf neue Art denken und arbeiten zu lernen, so, daß die Potenzen und Vorzüge des Sozialismus voll zur Geltung kommen, daß der sozialistische Aufbau beschleunigt und das Leben der sowjetischen Menschen gehaltvoller und schöner gemacht wird. Der XXVII. Parteitag der KPdSU betonte, daß die Umstellung bei der Beschleunigung der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung des Landes und dabei, auf dieser Grundlage ein qualitativ neues Niveau der sozialistischen Gesellschaft zu erreichen, eine eminent wichtige, eine Schlüsselrolle spielt. "Weder die Arbeiterklasse noch die Bauernschaft, noch auch die technische und freischaffende Intelligenz — niemand will mehr auf die alte Art und Weise leben und sich mit Veraltetem, unser Vorwärtkommen Hemmendem abfinden", sagte Michail Gorbatschow vor den Akti-

visten der Parteiorganisation der Region Chabarowsk. Für die Beschleunigungsstrategie gibt es weder eine innen noch eine außenpolitische Alternative. Deshalb tritt die Umstellung als Gegenpart der Ideologie langsamer und vorsichtiger Evolution, der Praxis kleiner, zaghafter Verbesserungen auf und symbolisiert einen revolutionären Sprung.

Schon in den Plänen für das laufende, das 12. Planjahr fünf hat sich unser Land auf eine neue technische Rekonstruktion der gesellschaftlichen Produktion, auf tieferschürfende strukturelle Wandlungen der sozialistischen Wirtschaft und eine sukzessive Intensivierung orientiert. Als Grundlage des qualitativ anderen wirtschaftlichen Wachstums als früher muß die größtmögliche Beschleunigung des wissenschaftlichen und technischen Fortschritts und die Umstellung im Wirtschaftsmechanismus dienen. Der Gedanke, sich mit einer "rein kosmetischen" Instandsetzung zu begnügen, hat sich schon lange als unhaltbar erwiesen. Leider hat er aber seine Anhänger in den Kreisen der Wirtschaftsfachleute und in der Wirtschaftsverwaltung noch nicht eingebüßt. Unserer Partei geht es aber gerade darum, den Betrieben und Vereinigungen weitgehende wirtschaftliche Selbstständigkeit einzuräumen und ein normales, gesundes Funktionieren der Ware-Geld-Beziehungen auf ihrer sozialistischen Grundlage in Gang zu bringen.

Eine ebenso radikale Umstellung steht im sozialen Bereich bevor. In den Brennpunkt der Sozialpolitik tritt der Mensch, und seine harmonische Entwicklung ist das höchste Ziel und der entscheidende Faktor des gesellschaftlichen Fortschritts. Der Erfolg der Beschleunigung hängt unmittelbar davon ab, wie konsequent wir uns an die Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit halten und Verstöße gegen die Normen der Moral, nicht-erarbeitete Einkünfte und andere nachteilige Erscheinungen bekämpfen werden. Die Umstellung ist auch in ausnahmslos allen Gliederungen des politischen Sowjetsystems im Gange. Die Grundlage bildet da eine weitere Demokratisierung des gesellschaftlichen Lebens, eine Konsolidierung der Gesetzlichkeit und der Rechtsordnung sowie die Fortent-

DISKUSSION MIT DEM LESER

wicklung der vom Volk ausgeübten Selbstverwaltung.

Wie Sie sehen, haben wir es mit einem grandiosen und ungewöhnlich komplizierten Aktionsprogramm zu tun. Man kann es nicht erfüllen, ohne im Bewußtsein der Menschen eine Umwälzung herbeigeführt, ohne sie veranlaßt zu haben, überholte Ansichten und Begriffe abzulegen, und ohne bei jedem einzelnen das Gefühl geweckt zu haben, daß er Herr seines Geschicks und seines Landes ist.

Was kann man über die ersten Ergebnisse des seit dem XXVII. Parteitag Geleisteten sagen? Vor allem, daß sie von einer in allen Sphären der Gesellschaft — in der politischen, wirtschaftlichen und geistigen — angelaufenen Bewegung zeugen, daß die Massen ein höheres politisches Selbstbewußtsein erlangt haben, daß die neuen Vorhaben von den sowjetischen Menschen wärmstens unterstützt werden und daß diese bestrebt sind, die Umstellung allenthalben vorzunehmen. Indessen gibt es auch Faktoren, die die Umstellung hemmen. Noch immer sieht man neben den Enthusiasten der Umstellung, neben Menschen mit ausgeprägtem Gefühl für das Neue auch ziemlich viel solche, die zwar die Notwendigkeit, auf neue Art zu arbeiten, einsehen, aber nicht wissen, wie sie das anstellen sollen. Natürlich gibt es auch welche, die den Sinn der Wandlungen nicht begriffen haben, die abwarten oder an den Erfolg der von der Partei geplanten wirtschaftlichen und politischen Wendung nicht glauben.

Sie können fragen, wo wir den Hebel ansetzen können, um die Wendung schneller herbeizuführen. Unsere Partei sieht ihn in der Verstärkung ihrer führenden Rolle in der Gesellschaft und in der zunehmenden Arbeits- und politischen Aktivität der Kommunisten. Ihnen kommt es unter den heutigen Verhältnissen besonders darauf an, so handeln zu lernen, wie es Lenin gelehrt hat: mit Autorität und Energie. Die Wendung zu den Menschen und zum lebendigen Schaffen hin ist der Hauptsinn der radikalen Umstellung in der Parteiarbeit, der mutigen Erneuerung ihrer Formen und Methoden. Ich wiederhole: Wir sehen die entscheidende Voraussetzung für den Erfolg der Arbeit in dem, was — ungeachtet des riesigen Maßstabs und der erwarteten Resultate — mit dem schlichten Wort "Umstellung" bezeichnet wird.

Titel erfolgreich verteidigt

Am 10. Oktober wurde Garri Kasparow in Leningrad feierlich der Lorbeerkrone umgehängt. Durch seinen Sieg mit 12,5:11,5 im Revanchespiel gegen Anatoli Karpow sicherte er sich den Titel des Schachweltmeisters.

Es war das dritte Match in den vergangenen zwei Jahren zwischen Garri Kasparow und Anatoli Karpow. Ein harter Kampf, voller dramatischer Momente. Der hochinteressante psychologische Zweikampf hielt Millionen Schachfreunde in Atem.

Die Rivalen hatten — noch in London — mit drei Remis begonnen, dann tauschten sie Siege aus, wonach von den folgenden sieben Partien nur eine eine Entscheidung brachte — die achte (gewonnen von Kasparow). Nach einwöchiger Unterbrechung beim Stand 6,5:5,5 zugunsten des Titelverteidigers wurde das Match in Leningrad wiederaufgenommen. Doch jetzt änderten sich jäh Tempo und Rhythmus des Spiels. Von den sieben Partien brachten fünf Entscheidungen! Bei der 20. Partie stand es unentschieden 9,5:9,5.

Auf gewundenen Wegen waren die Matchteilnehmer zu diesem Zwischenergebnis gekommen. Die 13. Partie brachte ein Remis, die 14. gewann Kasparow, in der 15. gab es wieder ein Remis. Die 16. wurde erneut von Kasparow gewonnen, was seinen Vorsprung auf 3 Punkte ausbaute.

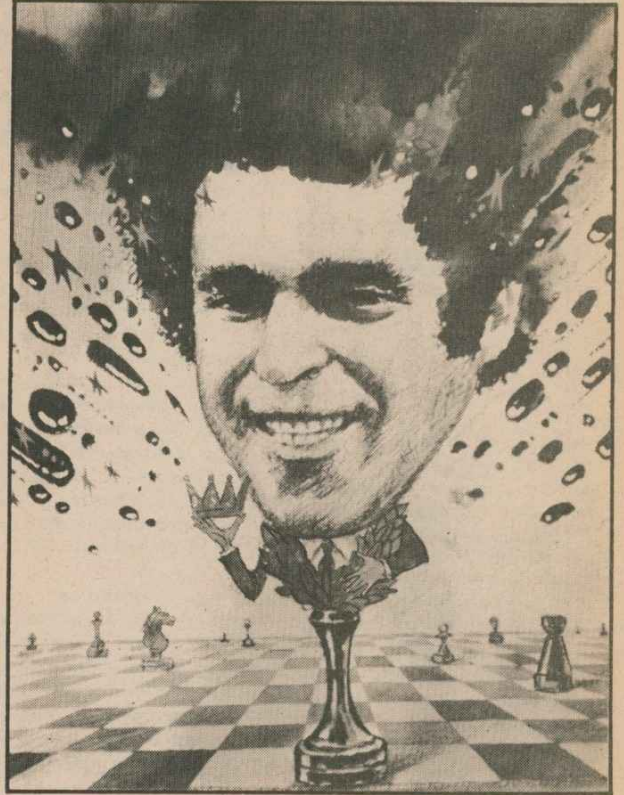
Es schien, als stehe der Ausgang des Spieles schon fest — daran zweifelte kaum jemand. Doch der Ex-Cham-

pion zeigte erstaunlichen Willen und Kampfgeist. Er vermochte nacheinander die 17., die 18. und die 19. Partie für sich zu entscheiden. Welche schachtheoretischen Fehler hat Kasparow begangen? Genau wird man das erst nach eingehendster Analyse all seiner Züge sagen können. Jetzt aber ist schon das eine klar: Kasparow meinte ebenso wie die meisten Verehrer seines Talents, das Spiel sei schon gewonnen, und — seine Konzentration ließ nach. In Spielen von solchem Format bleibt das gewöhnlich nicht ohne Folgen.

In den vier Partien bis zum Schluß bildete sich eine Situation heraus, daß die Rivalen das Match gleichsam neu beginnen mußten.

Klar war, daß derjenige, der die besseren Nerven hat, siegen würde. Kasparow ist zwölf Jahre jünger als der Ex-Champion. Dieser Umstand, auch wenn er nicht der entscheidende war, half ihm, mehr Kräfte zu bewahren und besser als sein Gegenüber in den letzten Partien zu spielen.

Nachdem Kasparow drei Partien hintereinander verloren hatte, stellte er sich, wie er später Journalisten sagte, das Ziel, nicht auch noch eine vierte Partie zu verlieren. Deshalb forcierte er in der 20. Partie ein schnelles, konfliktloses Remis. Kasparow gestand



Zeichnung: I. Smirnow

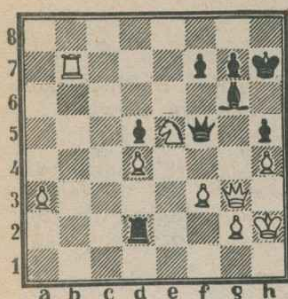
auch ein, daß er jene drei unglücklichen Partien verloren hatte, weil er schöner spielen wollte, da er die sportliche Aufgabe als erfüllt betrachtete. Und eben das führte zu seinen Niederlagen.

Zu den Ursachen dieser Mißerfolge wollen wir hier Anatoli Karpow zitieren, der nach Abschluß des Matches sagte: "Ich war ausgezeichnet auf das Revanchespiel vorbereitet. Insgesamt habe ich mit Garri Kasparow gut gespielt — selbst in der 8. Partie, die ich wegen Zeitüberschreitung verlor. Zeitnot machte mir immer wieder zu schaffen."

Karpow hätte, um sich den Weltmeistertitel zurückzuholen, in den letzten vier Partien eine gewinnen und keine verlieren dürfen. Der Weltmeister aber hätte nur jedesmal Remis zu spielen brauchen. In dieser Situation hatte es Karpow schwer, den Kampf so zuzuspitzen, daß er reale Siegesaussichten bekam. Er bemühte sich nach Kräften.

Doch Kasparow verteidigte sich großartig, besonders in der 21. Partie, und die 22. Partie wurde möglicherweise seine beste in dem Match. Sie wollen wir eingehender darstellen.

In der klassischen Variante eines Damengambits spielte der Weltmeister die Eröffnung zurückhaltend, mit größerem Respekt vor dem Gegner und vermochte ein unbedeutendes Übergewicht zu erlangen. Karpow verteidigte sich überaus akkurat, doch sein Gegenüber schuf ständig diverse Bedrohungen mal von links, dann von rechts oder im Zentrum. Sehr stark war Kasparows Zug mit dem Außenbauern auf der Königsflanke. Die letzten Züge vor dem Abbruch der Partie geschahen in Zeitnot. Einmal schien es, als sei es Karpow gelungen, die Chancen auszugleichen. Als die Partie dann aber abgebrochen wurde, war Kasparow weiter überlegen. Doch viel hing vom 41. Zug des Weltmeisters ab. Hier die abgebrochene Position:



Wie sich herausstellte, notierte sich Kasparow nach 17 Minuten einen glänzenden Springerzug. Er war so stark, daß bei Fortsetzung der Hängepartie der Kampf nur drei Minuten dauerte — die Rivalen hatten nur 6 Züge getan.

Hier die volle Notation der 22. Partie (in Klammern die jeweils verbrauchte Zeit):

1. d4(2) Sf6(0) 2. c4(0) e6(0) 3. Sf3(0) d5(2) 4. Sc3(0) Le7(0) 5. Lg5(1) h6(0) 6. L:f6(1) L:f6(1) 7. e3(0) 0-0(0) 8. Tc1(1) c6(0) 9. Ld3(0) Sd7(0) 10. 0-0(0) dc (2) 11. L:c4(0) e5(0) 12. h3(0) ed (0) 13. ed (0) Sb6(0) 14. Lb3(0) Lf5(0) 15. Te1(1) a5(1) 16. a3(8) Te8(0) 17. T:e8+ (1) D:e8(0) 18. Dd2(0) Sd7(1) 19. Df4 (18) Lg6(1) 20. h4(20) Dd8(30) 21. Sa4(1) h5(10) 22. Te1(1) b5(12) 23. Sc3(6) Db8 (1) 24. De3(10) b4(12) 25. Se4(2) ba (12) 26. S:f6+ (1) S:f6(0) 27. ba (0) Sd5(11) 28. L:d5(4) cd (0) 29. Se5(0) Dd8(6) 30. Df3(12) Ta6(13) 31. Tc1(6) Kh7(11) 32. Dh3(14) Tb6(8) 33. Tc8(4) Dd6(0) 34. Dg3(2) a4(2) 35. Ta8(3) De6(6) 36. T:a4 (2) Df5(0) 37. Ta7(4) Tb1+ (1) 38. Kh2 (0) Tc1(0) 39. Tb7(7) Tc2(1) 40. f3(2) Td2(3). Die Partie wurde abgebrochen (17). 41. Sd7 (17) — wurde notiert. T:d4(0) 42. Sf8+ (0) Kh6 (0) 43. Tb4(0) Tc4(0) 44. T:c4(0) dc (0) 45. Dd6(0) c3(0) 46. Dd4(0). Schwarz gab auf (0).

Die große Vielfalt der Eröffnungen sei besonders hervorgehoben. Kasparow und

Karpow demonstrierten eine neue Interpretation bekannter Varianten und brachten eine Reihe von Kapiteln der Schachtheorie voran. Was die Strategie des Mittelspiels angeht, so kämpften beide ausgezeichnet, wodurch sie Begeisterung bei vielen Schachmeistern, die das Match verfolgten, hervorriefen.

Bei starken Spielern ist der erste Zug bisweilen von entscheidender Bedeutung: Von 24 Partien gewann Weiß 8, Schwarz aber nur eine Partie. Und eine weitere charakteristische Besonderheit des Matches — die verschwindend geringe Zahl der Hängepartien. Kasparow und Karpow kämpften so intensiv im Mittelspiel, daß bis zum 40. Zug die Lage oft schon völlig klar war.

Der Weltmeister demonstrierte in allen Stadien der Partie eine hohe Spielkunst, glänzende Fähigkeiten, Kombinationsdrohungen aufzubauen und Endspielattacken mit Bauern- und Figurenopfern durchzuführen. Zugleich operierte er viel erfolgreicher in Stellungen, für die sich ein Kombinationsspieler gewöhnlich nicht sonderlich interessiert. Möglicherweise prädestinierte gerade das weitgehendst seinen Sieg im Match gegen den Ex-Weltmeister — hatte ja Karpow früher bei ruhigem Positionsspiel nicht seinesgleichen.

Auf der abschließenden Pressekonferenz sagte Kasparow, er habe an den Erfolg geglaubt und sei froh, gezeigt haben zu können, daß sein Sieg im letzten Jahr kein Zufall war. Zum Spiel seines Gegenübers betonte der Weltmeister, Anatoli Karpow sei nach wie vor sehr stark in geklärten Stellungen, sein Spiel habe sehr viele starke Seiten. So könne man seine starke Verteidigung nur bewundern.

Der internationale Großmeister Gligoric (Jugosla-

wien) erklärte: "Beide zeigten das hohe Niveau eines schöpferischen, erfindungsreichen Spiels. Der Ausgang war nicht vorherzusagen."

Die ungarische Zeitung "Nepszabadsag": "Kasparow verteidigte den Weltmeistertitel und bewies mit seinem romantischen Stil, daß auch bei der heutigen Fülle der Schachinformationen und der ausgezeichneten Theoriekenntnis der Großmeister ein originelles Spiel entwickelt werden kann."

Die Zeitung "Praca" (Bratislava, CSSR): "Der Schachsport hat neue, frische Ideen bekommen."

Die "New York Post": "Eines der dramatischsten und brillantesten Spiele, die jemals durchgeführt wurden."

Und der Hauptschiedsrichter des Revanchematches, der internationale Großmeister Lothar Schmid (BRD), erklärte: "Ich bin glücklich, Schiedsrichter bei einer der herausragendsten Begegnungen der Schachgeschichte gewesen zu sein. Das Niveau des Spiels war sehr hoch, und das Verhalten der Schachspieler großartig."

Welche Pläne nun haben Kasparow und Karpow?

Kasparow, der faktisch zweifacher Weltmeister wurde, kann nun an jenen Wettbewerben teilnehmen, die ihn besonders interessieren. Im Herbst 1987 wird er seinen Titel im Match gegen den künftigen Herausforderer verteidigen müssen. Wer das sein wird?

Entsprechend den veränderten Regeln der FIDE wird bei dem jetzigen Wettkampfzyklus der Sieger des Anwärterturniers, der internationale Großmeister Andrej Sokolow (UdSSR), im Hauptfinale auf Ex-Weltmeister Anatoli Karpow treffen. Hatte ja das Ringen zwischen Kasparow und Karpow so lange gedauert, daß der Verlierer nicht mehr an dem Anwärterturnier

teilnehmen konnte. Deshalb bekam Karpow jetzt die Möglichkeit, gegen den Sieger des Anwärterturniers zu spielen.

Das Match Karpow-Sokolow ist für Februar 1987 angesetzt. Natürlich hat Karpow viel größere Spielerfahrungen als sein junger Rivale, doch Sokolow ist ein sehr begabter, immer bessere Leistungen zeigender Schachspieler. Ein überaus hartes Ringen steht also bevor.

In den kommenden Wochen werden wir alle interessiert die Welttschacholympiade verfolgen. Offenbar werden für das UdSSR-Team die beiden Teilnehmer des jetzigen Matches spielen — Weltmeister Garri Kasparow und Ex-Champion Anatoli Karpow.

Das Match Kasparow-Karpow wurde nicht nur ausgetragen, um den Weltmeister zu ermitteln. Enorm ist seine Bedeutung auch, um das Schachspiel, das heute weltweit verbreitet ist, noch populärer zu machen. Die Schachfreunde werden noch lange die in London und Leningrad gespielten Partien analysieren, und die besten von ihnen werden in die Schachgeschichte eingehen.

Das Match ist beendet. Jetzt wird die Schachwelt ihre Aufmerksamkeit für gewisse Zeit anderen, ebenfalls interessanten Turnieren zuwenden. Man wird sich erinnern, daß es Schachbibliotheken gibt, wo die Partien der anderen Weltmeisterschaftsspiele, die Welttschachklassik, studiert werden können. Schach ist nicht nur ein Brettspiel, es bietet auch die Möglichkeit, die Ideenwelt der Schachspieler zu studieren und den Schachnachwuchs zu fördern, ist Freude am gemeinsamen Spiel, Suche nach neuen Lösungen.

David BRONSTEIN
internationaler
Großmeister

Anschrift: 103782, GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja pl.
Telefon: 229-88-72, 209-07-67

Verlag der Zeitung "Trud" * Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer und tschechischer Sprache * Gedruckt in der Druckerei "Moskowskaja prawda"

Kraus & Co. — unser Partner

Als erstes fühlte ich mich auf der Mustermesse der österreichischen Firma Kraus & Co. im Moskauer Internationalen Handelszentrum von der Modenschau angezogen. „Das sind Modelle für 1987, die wir in Großstädten der Welt erst noch offiziell präsentieren werden“, sagte mir der Geschäftsführer der Firma, Herr Robert Fuchs. „Elegant, modern, praktisch — das ist unsere Devise.“

Auch andere Ausstellungsstücke fanden bei den Besuchern reges Interesse: über 800 Schuhmodelle, Hunderte Herren- und Damenkleidungsstücke, Galanterie und vieles andere, insgesamt 2000. Alles erregte das Auge durch moderne Linien und erstklassige Ausführung.

Firma Kraus & Co. ist einer der größten und ältesten Exporteure von Erzeugnissen der österreichischen Leichtindustrie in die UdSSR. Vieles findet bei der sowjetischen Kundschaft verdient großen Anklang.

Erstmalig erschien die

Herr Robert Fuchs, Geschäftsführer der Firma

esprechung
euer Modelle

Firma vor über 30 Jahren, gleich nach dem Abschluß des Staatsvertrages, auf dem sowjetischen Markt. Der erste Kontrakt ist mit dem 15. September 1955 datiert und betraf die Lieferung von 2700 Paar Schuhen. Seitdem hat der Handelsverkehr stetig zugenommen. 1985 lieferte uns die Firma über 5,5 Mio Paar Schuhe, und 1986 ist der Rekordabschluß über 100 000 Herrenanzüge, 70 000 Damenkleider und 1 Million Kuffen getätigt worden.

„Wir könnten noch mehr liefern“, sagt Herr Fuchs. „Wir planen eine weitere Ausdehnung des Handels im Umfang und in den Formen der Zusammenarbeit.“

„Sind Sie mit deren allgemeinen Ergebnissen zufrieden?“

„Gewiß. Unser Umsatz geht in die Hunderte Millionen Rubel. Die sowjetischen Außenhandelsvereinigungen sind solide Partner mit so gut wie unbegrenzten Möglichkeiten.“

In den mehr als 30 Jahren hat die Firma viel Erfahrung gesammelt und zahlreiche Geschäftsverbindungen angeknüpft.

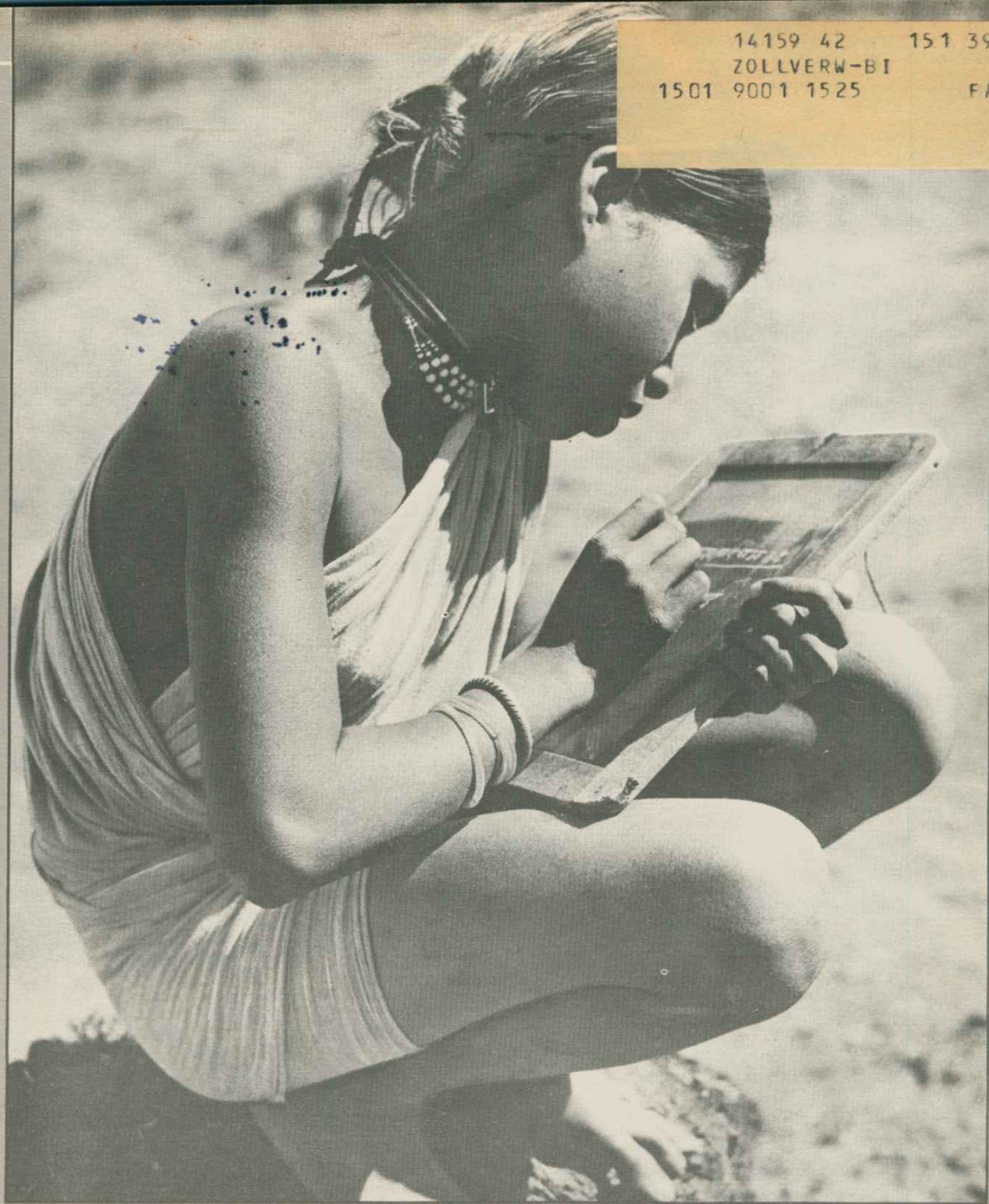
„Wir waren in einer sehr wichtigen Angelegenheit bahnbrechend“, fährt Herr Fuchs fort. „Andere sind unserem Beispiel gefolgt. Wir stellen unsere Erfahrungen im Anbahnen und im Ausbau von Kontakten mit sowjetischen Partnern bereitwillig anderen österreichischen Firmen zur Verfügung.“

R. KRESTJANINOW



Fotos: W. Panow

14159 42 151 394
ZOLLVERW-BI
1501 9001 1525 FAC



Ich lerne schreiben



INTERNATIONALER FOTO-
UND ZEICHENWETTBEWERB
„JAHR DES FRIEDENS“

Aufnahme von
Ram
DHAMIJA
(Indien)

Индекс 70624 НА НЕМЕЦКОМ ЯЗ